

AstA ZEITUNG

U N I F R A N K F U R T - F R Ü H L I N G 2 0 1 8



astA  UNI
FFM

Universität und Revolution



Hrsg. AstA der Universität Frankfurt am Main

V. i. S. d. P. AstA-Vorstand:
Anna Yeliz Schentke
Juri Ghofrani
Alexander «Lexi» Knodt

Anschrift Mertonstr. 26-28,
60325 Frankfurt a.M.

Web www.asta-frankfurt.de

Mail info@asta-frankfurt.de

Redaktion AstA-Zeitungsreferat:
Caroline Geißler,
Domenic Schmeißner
und Henry Dill

eMail zeitung@asta.uni-frankfurt.de

Gestaltung gegenfeuer.net

Druck Bechtle Verlag&Druck

Auflage 49 000

Jahrgang 2018

Die Inhalte der Artikel spiegeln nicht
zwangsläufig die Meinung der Mitglieder
des AstA oder der Redaktion wider.
Die Rechte der Artikel liegen bei den
Autor*innen.

Eigentumsvorbehalt Liegen bei niemanden. Geben Sie diese
Zeitung jeder x-beliebigen Person
für x Äquivalente weiter.

Bildnachweise Illustrationen & Collagen: gegenfeuer.net

Seite 18: pngimg.com/download/36732

Die restlichen Bildrechte liegen bei den
jeweiligen Autor*innen oder sind direkt
vermerkt.

Editorial

„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden. Und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf, entlehnen ihnen Namen, Schlachtparolen, Kostüme, um in dieser altehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neue Weltgeschichtsszene aufzuführen.“¹

1867 - erscheint Karl Marx' "Das Kapital" - eine wissenschaftliche Revolution, ganz ohne institutionell-universitäre Einbindung. Dieses Werk wurde für viele Revolutionäre und Revolutionärinnen das analytische Handwerkszeug schlechthin, um zu bestimmen, welche Umstände die gegenwärtigen sind, wie diese entstanden und demnach zu überwinden sind. Sozusagen die theoretische Grundlage eigene Geschichte zu machen, mit dem Symbolcharakter sich schon bei dessen Entstehung von der vorgefundenen Universität getrennt zu haben.

1917 - schien es dann tatsächlich so, als sei die Theorie der eigenen Geschichte der Menschen während der russischen Revolution in die Tat umgesetzt worden. Die vorgefundenen Umstände wurden genutzt, mit den Geistern der Vergangenheit sollte radikal gebrochen werden. Ein Ereignis, das weltweit mit der Hoffnung verbunden war, endlich das Versprechen der Emanzipation der Menschheit eingelöst zu sehen.

1967/68 - gingen vor allem von Studierenden aus Berkley, Berlin, Paris und Frankfurt vielfältige Proteste aus, die nun auf eine andere Vergangenheit zurückblicken. Die Sowjetunion konnte das Versprechen von 1917 nicht einlösen, die Welt befindet sich im kalten Krieg. Zeitgleich rumort es gerade an den Universitäten gegen Rassismus,

eine verklärte Sexualmoral und Geschlechterrollen, Krieg sowie koloniale Ausbeutung und die fehlende Konsequenz in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. An allen Ecken wird versucht auf die Gesellschaft einzuwirken: und zwar dezidiert politisch in einer radikalen Form. Der Kampf um Selbstbestimmung soll vom universitären Betrieb aus auch gesellschaftliche Institutionen unterwandern und verändern; ein anderes und besseres Leben soll nicht mehr auf die Zukunft vertragen werden. Revolutionsversuche, gerade in den ehemaligen Kolonialländern häufen sich weltweit - Studierende bekunden Solidarität und informieren über die politischen Kämpfe in den USA, Vietnam, China und Südamerika.

Wie ist das Verhältnis von Universität und revolutionären Bewegungen oder gar der Revolution selbst heute, 50 Jahre später, zu bestimmen? Warum erscheint uns diese „bewegte Zeit“ heute so fern? Was lief falsch? Wie können wir als Studierende auf die gesellschaftlichen und universitären Verhältnisse einwirken? Wie ist es möglich den Alp-Traum der Vergangenheit und Gegenwart zugunsten einer emanzipatorischen Zukunft zu bewältigen?

Diese Ausgabe widmet sich dem Verhältnis von Universität und Revolution und versucht dabei vergangene Versuche in den Kontext heutiger Problemstellungen zu bringen. Am Ende der Ausgabe findet ihr den Call for Papers für die nächste Zeitung, zu der ihr als Studierende gerne Texte beisteuern könnt. Dabei soll es um das Verhältnis von Depression, Universität und Alltag gehen.

¹ Karl Marx/Friedrich Engels - Werk, Band 8, "Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte", S. 115-123, Dietz Verlag, Berlin



**Noch immer ein 'Hort
des deutschen Geistes'**

07



**Beitrag der feministischen
philosoph_innen**

23

**Plädoyer für eine
verbindende Praxis
und politische Bildung**

09



**Sexismus
im Senat**

25



**Das Scheitern des
Sozialistischen Deutschen
Studentenbundes (SDS)**

11

**Dialektik von Musik in
Gemeinschaften**

13

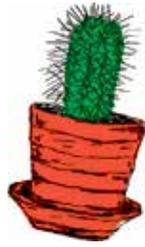


**Diskussionen um eine
linksradi-kale Organisierung
in Zeiten der Krise**

31

Kritische Theorie muss praktisch werden!

33



Neue Marx Lektüre oder Klassenkampf?

37

Kaffeeklatsch mit Kubitschek

39



Berichte aus dem AStA & Studierendenparlament

57

- 05 **Kolumne: Briefe von Gitta.**
- 07 **Noch immer ein 'Hort des deutschen Geistes'**
Emil Bordth
- 09 **Plädoyer für eine verbindende Praxis und politische Bildung**
Max Rößler
- 11 **Das Scheitern des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)**
Oscar Zeta Acosta
- 13 **Dialektik von Musik in Gemeinschaften**
Patrick Funk
- 15 **Interview mit Renate Stubenrauch**
- 17 **Für die enteignung der GROSSBUCHSTABEN**
Curriculum Gesellschaft Politik
- 18 **Abenteuer-Spielplätze oder: brecht die Kinder-Gettos auf!**
W Boehlich – NC- Akad. Proletariat
- 19 **Pädagogen in Arbeiterjugendgruppen**
Manfred Liebel
- 23 **Beitrag der feministischen philosoph_innen**
- 25 **Sexismus im Senat**
- 27 **Über den Moment hinaus: Eine Basisgewerkschaft mit Transformationsperspektive**
David Walter (unter_bau)
- 30 **100 Jahre Oktoberrevolution – was bleibt?**
Antifa Kritik und Klassenkampf
- 31 **Diskussionen um eine linksradikale Organisation in Zeiten der Krise**
Antifa Kritik und Klassenkampf
- 33 **Kritische Theorie muss praktisch werden!**
Beziehungsweise Kritik
- 35 **„Geschlecht und Familie“ Bericht über die Jahrestagung der Gesellschaft für psychoanalytische Sozialpsychologie 2017**
Clara Mißbach und Florian Wehrle
- 37 **Neue Marx Lektüre oder Klassenkampf?**
Emanuel Kapfinger
- 39 **Kaffeeklatsch mit Kubitschek**
Rezension zu „Mit Rechten reden“
Yunus Özak
- 41 **Aus der Broschüre zum 27. Januar**
Tag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee
- 53 **Sexismus auf dem Campus & Kundgebung**
- 54 **Beitrag des AStA bei der Podiumsdiskussion**
„Diskurskultur im Zwielficht – Wie viel Meinungsfreiheit verträgt die Uni?“
- 55 **Inklusion**
Autonomes Inklusionsreferat & Autonomes Behinderten Referat der verfassten Studierendenschaft
- 57 **Berichte aus dem AStA & Studierendenparlament**
- 61 **Call for Papers**
Depression, Alltag und Gesellschaft



Kolumne: Briefe von Gitta.

Einblick in die kuriosesten Briefe und Emails der Universitätsleitung an den AStA.

#1: Literaturkritik

Im Präsidium der Goethe-Uni scheint die AStA-Zeitung eine beliebte und viel diskutierte Lektüre zu sein. Das wissen wir, weil uns als AStA bisweilen sogar Leser*innenbriefe mit Anregungen und Wünschen aus der Leitungsetage erreichen. In ihrer jüngsten Literaturkritik zur letzten Ausgabe „Stress und Langeweile“ beanstandet die Präsidentin Birgitta Wolff etwa, dass in den studentischen Beiträgen ein zu großer Schwerpunkt auf eine „allgemeine Kapitalismuskritik“ gelegt worden wäre. Wolff lässt dabei durchblicken, dass sie zum Konzept, „die linksradikale Positionen des Klassenkampfes in den bestehenden Institutionen auf[zul]greifen“ einen anderen Standpunkt vertrete, als die „vermeintlich intellektuellen Studierenden“, die den Artikel eingereicht hatten. Auch hält sie die politischen Äußerungen in weiteren studentischen Beiträgen mitunter für „krude“.

Ein tiefgehender inhaltlicher Dissens scheint jedoch insbesondere beim Artikel der Frankfurter Hochschulgewerkschaft unter_bau vorzuliegen:

„In dem Beitrag ‚Wir sitzen alle im selben Bus!‘ zweier Autoren der Hochschulgewerkschaft unter_bau (S. 51 f.) wird von einem Austausch mit streikenden Busfahrern berichtet. Es werden allgemein die Beschäftigungsverhältnisse des Mensa- und Sicherheitspersonals kritisiert, in denen die wettbewerbsorientierte Vergabe zu

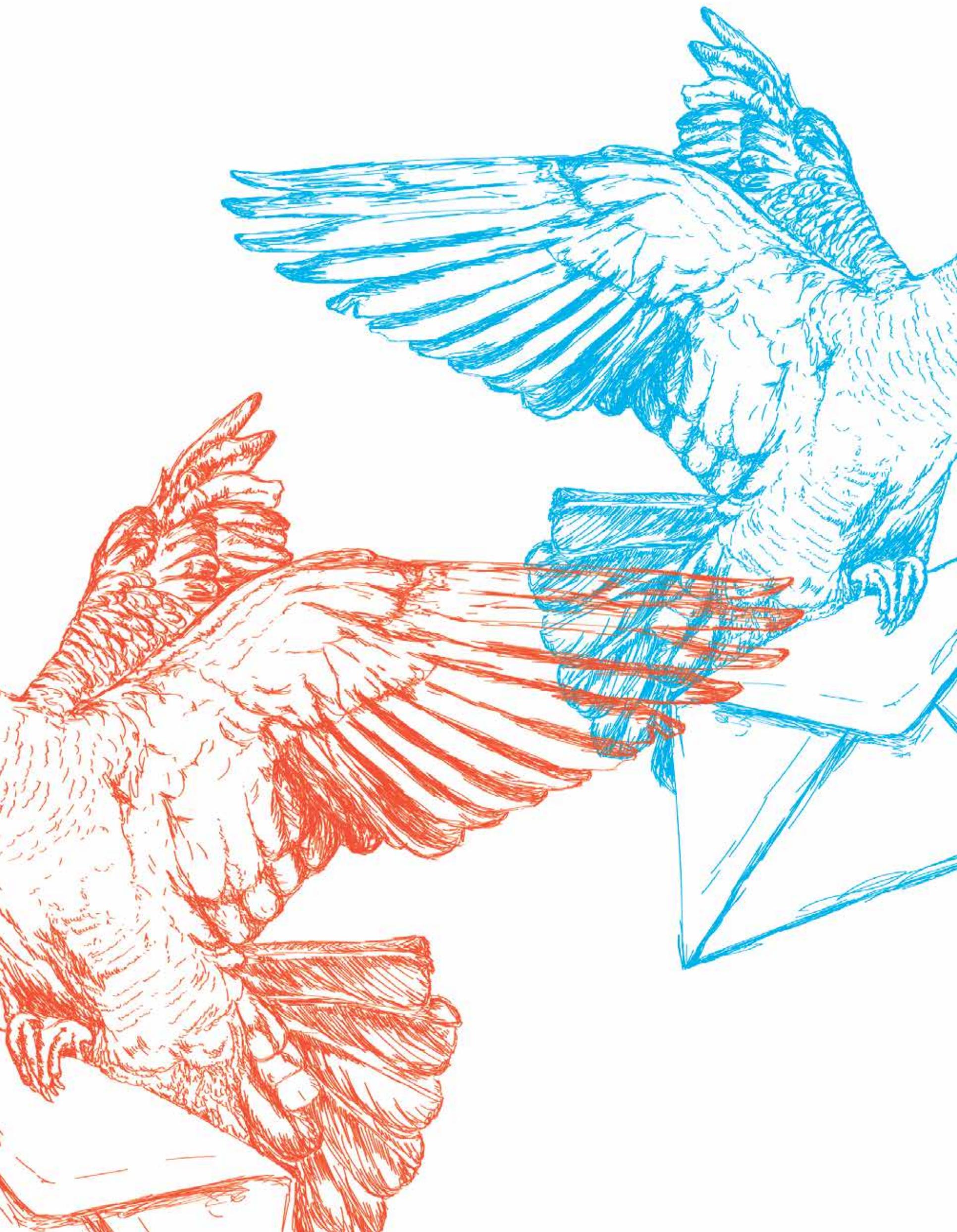
Lohndumping unter den Anbietern führe (S. 51, rechte Spalte).“

Dies stelle eine unzulässige Veröffentlichung dar, weil „die Möglichkeiten des Arbeitskampfes an der Universität [...] mit der Wahrnehmung der Interessen der Studierenden in der Hochschulpolitik nur am Rande zu tun“ habe. Etwas enttäuscht sind wir ja schon darüber, dass die Präsidentin offenbar glaubt, der AStA würde diesen doch recht unbeholfenen Versuch des Union Bustings nicht als solchen erkennen. Dass ihr aber angesichts von Berichten in UNSERER Zeitung über Gespräche zwischen dem unter_bau und streikenden Busfahrer*innen die Knie zittern, macht uns hingegen ziemlich stolz.

Bei solch einem großen Interesse an der zeitungredaktionellen Arbeit des AStAs liegt es ja fast nahe, Frau Wolff das Oppositionsreferat in der AStA-Zeitungredaktion anzubieten. Bis dahin ist jedoch völlig zurecht „zu erwarten, dass sich auch in der kommenden [vorliegenden] Ausgabe Beiträge mit allgemeinpolitischen Fragen beschäftigen werden“.

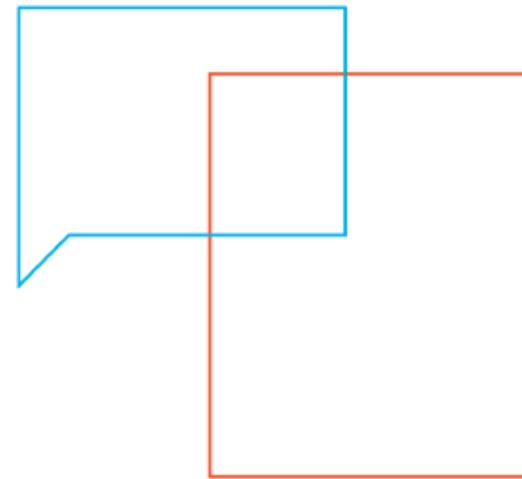
Wir wünschen euch gerade deshalb viel Spaß mit der vorliegenden Ausgabe.





Noch immer ein Hort des >deutschen Geistes<:

Warum das Jahr 1933 mehr als 1968 über die Universität und ihre Angehörigen verrät.



Am 10. Mai 1933 wurden auf dem Frankfurter Römerberg Bücher verbrannt, die für die Beteiligten den ‚parasitären‘ ‚undeutschen‘ Geist des damaligen Wissenschafts- und Kulturlebens repräsentierten. Wie in vielen anderen Städten geschah dies unter maßgeblicher Federführung und Mitwirkung der lokalen Studierendenschaft sowie anderer Angehöriger der Universität.¹ Die Größe der Aktion war bezeichnend: „Laut dem Bericht des ‚Frankfurter Volksblatts‘ vom 11. Mai 1933 waren bereits die zum Römerberg führenden Straßen so überfüllt, dass Polizei und SA frühzeitig Absperrungen vornehmen mussten“². Das „symbolische Bekenntnis zum neuen Staat und zum deutschen Geist“³, wie es der ‚Hochschulgruppenführer‘ Georg Wilhelm Müller nannte, stand in einer Kette von Ereignissen, die die ‚Selbstreinigung‘ und ‚Erneuerung‘ des ‚Volkes‘ nicht nur praktisch umsetzen sollten, sondern sie auch zum Zwecke der Propaganda für die Teilnehmenden sinnlich (mit-)erlebbar machte. Diese Aktionen waren gleichzeitig bereits ein unzweideutiger Ausblick auf das damals noch bevorstehende Grauen von Shoah, Krieg und Vernichtung, mit dem die Deutschen und ihre Verbündeten später die Welt überziehen würden.

Nach der eigenen gesellschaftlichen Stellung befragt, sehen sich viele Studierende, aber auch andere Teile der Universität, heute zumeist als eine Art letzter linker Bastion oder zumindest als einen ‚progressiven‘ Mikrokosmos – also im diametralen Gegensatz zu den Anfangs genannten willigen Schergen der nationalsozialistischen Ideologie. Es wird zwar nicht geleugnet, dass sich auch Konservative und Rechte an der Uni tummeln, doch glaubt man zumindest an eine klare ‚linke Tendenz‘ im eigenen Lager – wobei allgemein immer weniger klar zu sein scheint, was damit

eigentlich genau gemeint ist. Geschuldet ist dies zweifellos den sogenannten ‚68ern‘, deren kulturindustrielle Rezeption bis heute jungen Menschen durch unzählige Wiederholungen das Bild des rebellischen Studierendenseins ins Hirn hämmert. So ist diese ‚Phase der Rebellion‘ zwar nirgendwo inhaltlich bestimmt, aber der Aufnahme eines Soziologie- oder Philosophiestudiums hängt – wie insbesondere auch dem Konsum der zugehörigen Accessoires – trotzdem weiterhin der Schimmer der Revolte an.

Mit dem Verweis auf einen vermeintlich ‚veränderten Charakter‘ der Universitäten wird vielfach deren ‚Nicht-Vergleichbarkeit‘ mit jenen Institutionen beschworen, deren Angehörige zu den glühendsten Anhängern⁴ und Mittätern des Naziregimes gehörten. Zwei Argumente finden hierbei vermehrt Verwendung: Die Wende von der Elite- zur Massenuniversität sowie deren Demokratisierung nach dem Krieg. Ersteres erscheint angesichts der Tatsache, dass der Nationalsozialismus eben genau eine Bewegung der deutschen ‚Massen‘ war, als wenig stichhaltig. So tritt bei intensiverer Auseinandersetzung mit jenem ‚Argument‘ schnell zu Tage, dass hier mehr oder weniger bewusst die Vorstellung herrscht, das ‚gute‘ und ‚einfache‘ Proletariat sei von den bitterbösen ‚Eliten‘ quasi geistig vergiftet worden. Die Tatsache, dass es eben präzise die schon vorhandenen ideologischen Inhalte des Denkens der ‚einfachen Leute‘ waren – das Affirmieren und Festhalten am ‚Volks‘-Begriff, die Forderung nach dessen unbedingter ‚Souveränität‘, die Trennung von ‚schaffendem‘ und ‚raffendem‘ Kapital, sowie dem daraus folgenden Antisemitismus und Rassismus usw. – die jene für den Nationalsozialismus überaus empfänglich machten, wird somit schlichtweg geleugnet. In der Folge wird

auch die Kontinuität jenes Denkens in der heutigen Mehrheitsgesellschaft – also der ‚Masse‘ innerhalb wie außerhalb der Universität – unterschätzt oder bestritten.

Weiterhin wird häufig auf das ‚demokratische‘ Wesen der heutigen Hochschulen verwiesen, welches die Entwicklung des ‚autoritären Charakters‘ potenziell einhegen könnte. Dabei wird natürlich vergessen, dass jene Ich-Schwäche ihre anhaltende Grundlage in Verhältnissen hat, in denen das Individuum auch heute zwischen Ansprüchen, Bedürfnissen, Trieben und der Realität quasi ‚zerrieben‘ wird. Die Erziehung – privat wie öffentlich – ist weiterhin Ausdruck der Vorbereitung auf eine Gesellschaft, in der die Menschen selbst nur Mittel und nicht Zweck ihrer eigenen allgemeinen Reproduktion sind. Unter diesen Vorzeichen gerinnt die Selbstbestimmung zur Selbstkontrolle, weil die Subjekte den „stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse“⁵ schlicht an sich selbst exekutieren. Das Hinzutreten jener ‚Selbststeuerung‘ zur staatlichen Aufsicht macht die Menschen dabei keinesfalls weniger anfällig für Regressionen.

Die Demokratie als ‚Bollwerk‘ gegen den Faschismus zu sehen, bedeutet ohnehin einmal mehr eine Unterscheidung zu treffen zwischen einer an und für sich ‚guten‘ Gesellschaft und ‚schädlichen‘ Einflüssen, die stets nur von ihren ‚Rändern‘ zu kommen scheinen. Historisch ist das nicht nur

eindeutig falsch, sondern auch gleichbedeutend mit einem Zurückfallen hinter die Erkenntnisse der Kritischen Theorie, welche den weiterhin latent feststellbaren „Vernichtungswillen“ immer schon als einen beschrieb, „den die falsche gesellschaftliche Ordnung aus sich heraus produziert“⁶. Insofern muss festgehalten werden:

„[...]die liberale These ist wahr als Idee. Sie enthält das Bild jener Gesellschaft, in der nicht länger Wut sich reproduziert und nach Eigenschaften sucht, an denen sie sich betätigen kann. Indem aber die liberale These die Einheit der Menschen als prinzipiell bereits verwirklicht ansetzt, hilft sie zur Apologie des Bestehenden.“⁷

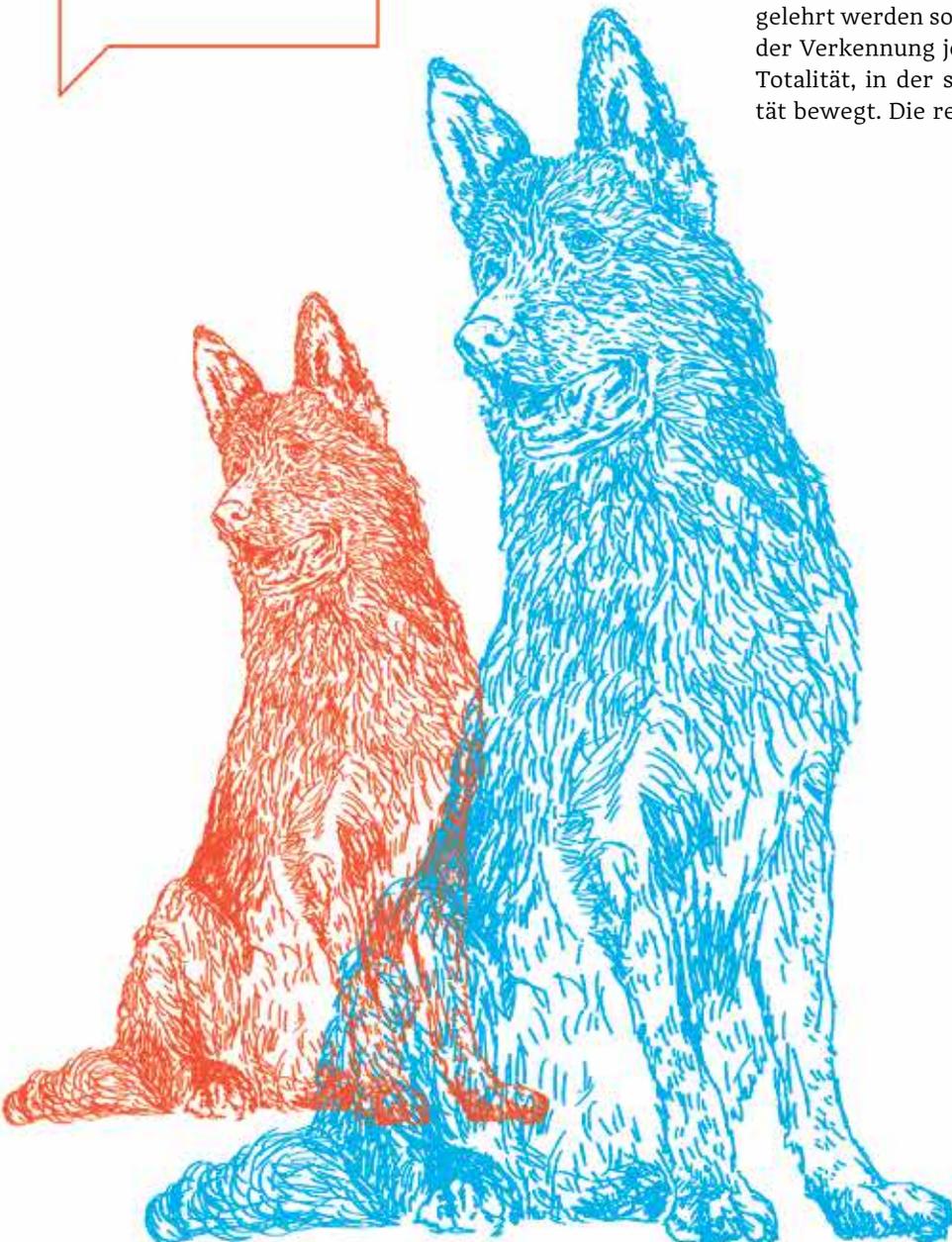
Die demokratisierte Hochschule – und Gesellschaft im Allgemeinen – ist damit keinesfalls ein Rückschritt, doch allein die Aufhebung der bestehenden Gesellschaftsordnung eröffnet die Perspektive einer endgültigen Bannung des Faschismus sowie unnötigen Mangels und Leids generell.

Emanzipation setzt dabei eine Einsicht in die bestehenden Verhältnisse sowie ihre schonungslose Kritik voraus. Zu erwarten, dass Gesellschaftskritik an der Universität gelehrt werden sollte, ist jedoch Ausdruck der Verkennung jener gesellschaftlichen Totalität, in der sich auch die Universität bewegt. Die relative ‚Autonomie‘ der

Wissenschaft begründet sich gerade durch die Erwartung, dass sie so am ‚dienlichsten‘ für die Gesellschaft, und zwar die bestehende, ist. Auch sich über eine zunehmende ‚Ökonomisierung‘ zu beschweren, heißt, die materielle Grundlage der Universität zu verkennen. Statt die Realität am Ideal zu messen, müsste es darum gehen, den gesellschaftlichen Ursprung beider Seiten der Gleichung – Denken und Handeln – aufzuzeigen. Deshalb ist es auch kein Zufall, dass das Studierendenmilieu selbst den innerwissenschaftlichen Widerstreit zwischen zumeist rein normativer Kritik und positivistischer Empirie beständig reproduziert. Dabei merkt die idealistische Seite selbstverständlich nicht, dass sie mit dem Plädieren auf die ‚Freiheit der Wissenschaft‘ natürlich selbst wieder so tut, als wäre die darin zum Ausdruck kommende Idee bereits verwirklicht. Angesichts von verschärfter Weltmarktkonkurrenz und kriselnder Verwertungsgrundlage erscheint das Werten gegen rigidere Studienverlaufspläne, Kontrolle der Lehre usw. deshalb gesamtgesellschaftlich betrachtet notwendig als privilegierte Borniertheit.

Was sich an der Universität verändert hat, und weiter verändern wird, ist die Art ihrer Verwaltung und nicht ihre Funktion im Bestehenden. Auch heute wird hier jenes kleinbürgerliche Denken reproduziert, dass in seiner Mischung von unverständener Empörung, Distinktionsbewusstsein und permanenter Angst vorm Abstieg vor keinerlei Regression gefeit ist. Denken tut mehr denn je Not – wer aber auf seinen Anspruch auf ‚kritische‘ Seminarpläne pocht, hat nichts verstanden. Wer auf sie wartet, handelt zudem noch fahrlässig.

Von Emil Bordth



1 Schneider, Ulrich (2013): Zur Vorgeschichte und Bedeutung der Bücherverbrennung, in: Schneider, Ulrich: „Wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen“: Zur Erinnerung an die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933, S. 4, http://www.nrw.vvn-bda.de/bilder/buecherverbrennung_brosch.pdf

2 Burnicki, Janin / Steen, Jürgen (2013): Bericht Bücherverbrennung in Frankfurt/M., in: Schneider, Ulrich: „Wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen“: Zur Erinnerung an die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933, S.17, http://www.nrw.vvn-bda.de/bilder/buecherverbrennung_brosch.pdf

3 Ebd., S. 17.

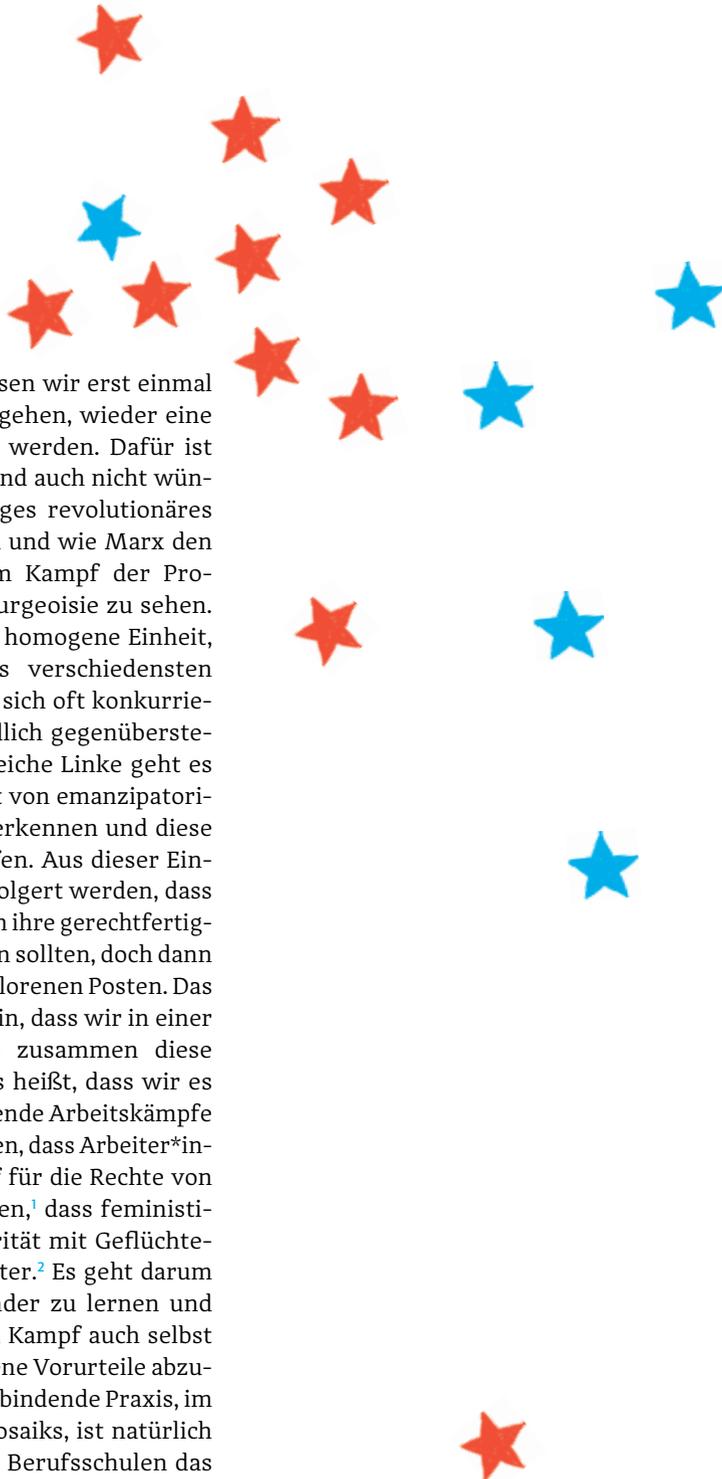
4 Die männliche Form soll hier kennzeichnen, dass die Ideologie der so bezeichneten jedem emanzipatorischen Sprachgebrauch widerspricht. Eine klare Mehrheit der Frauen in Deutschland war gleichwohl am Nationalsozialismus beteiligt.

5 MEW 23: 765.

6 Horkheimer, Max / Adorno, Theodor W. (2013): Dialektik der Aufklärung: Philosophische Fragmente, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, S. 177.

7 Ebd., S. 177.

Plädoyer für eine verbindende Praxis und politische Bildung



Die Begriffe Campus und Revolution lassen viele wohl unwillkürlich an die 68er Bewegung denken. Junge Menschen, die gegen den Muff unter den Talaren ankämpften und die Mitbestimmungsmöglichkeiten, die wir heute für selbstverständlich erachten, überhaupt erst errungen haben. Doch im Jahr des 50. Jubiläums dieser Kämpfe stellt sich die Frage, wie viel Revolution an heutigen Universitäten überhaupt noch möglich ist; in Zeiten der verstärkten Ökonomisierung der Hochschule und weiter Teile der Gesellschaft; in Zeiten in denen die sogenannten Sachzwänge regieren und sich viele Menschen damit abgefunden haben, dass man ja eh nichts verändern könne. Wie lässt sich der Funke für einen radikalen Wandel wieder in die Herzen und Köpfe der Menschen transportieren? Diese Frage beschäftigt viele linke Kräfte schon seit Jahrzehnten oder sogar Jahrhunderten. In dem Versuch Antworten in einer komplizierten Welt zu geben, neigen allerdings vor allem Linke dazu stark zu theoretisieren. Zwar ist es richtig, dass eine komplexe Welt auch komplexe Antworten braucht, doch mensch muss Adornos Dialektik der Aufklärung nicht auswendig kennen, um gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben. Das, was ich in diesem kleinen Essay versuchen werde, ist konkretere Anstöße und teilweise auch nur Hoffnungen zu formulieren, wie wir gesellschaftliche Veränderung vorantreiben können.

Nennt mich desillusioniert, aber ich glaube kaum, dass in den nächsten Jahren die große Revolution kommen wird, die die herrschenden Verhältnisse umstürzt und ich bin mir auch nicht sicher, ob eine solche Revolution wirklich unsere Probleme lösen kann. Es ist vielleicht schön davon zu träumen, aber in der Situation, in der sich zumindest die linken Kräfte in Europa

derzeit befinden, müssen wir erst einmal den mühsamen Weg gehen, wieder eine Massenbewegung zu werden. Dafür ist es nicht zielführend und auch nicht wünschenswert ein einziges revolutionäres Subjekt zu betrachten und wie Marx den Hauptwiderspruch im Kampf der Proletarier gegen die Bourgeoisie zu sehen. Gesellschaft ist keine homogene Einheit, sondern besteht aus verschiedensten sozialen Gruppen, die sich oft konkurrierend oder sogar feindlich gegenüberstehen. Für eine erfolgreiche Linke geht es darum diese Pluralität von emanzipatorischen Kämpfen anzuerkennen und diese als Chance zu begreifen. Aus dieser Einschätzung könnte gefolgert werden, dass die Akteure alle einzeln ihre gerechtfertigten Kämpfe ausfechten sollten, doch dann stehen wir alle auf verlorenen Posten. Das Ziel muss vielmehr sein, dass wir in einer gemeinsamen Praxis zusammen diese Kämpfe angehen. Das heißt, dass wir es schaffen, dass Studierende Arbeitskämpfe solidarisch unterstützen, dass Arbeiter*innen mit in den Kampf für die Rechte von people of colour ziehen,¹ dass feministische Kräfte in Solidarität mit Geflüchteten treten und so weiter.² Es geht darum gegenseitig voneinander zu lernen und sich im gemeinsamen Kampf auch selbst zu verändern und eigene Vorurteile abzubauen. Eine solche verbindende Praxis, im Sinne eines linken Mosaiks, ist natürlich nicht leicht. Wenn an Berufsschulen das Wort „schwul“ noch eine gängige Beleidigung ist und unter Studierenden herablassend über die „Unterschicht“ gesprochen wird, dann fällt es schwer wirklich solidarisch mit den jeweils anderen Gruppen zu sein. Doch genau diese Verbindungen zu schaffen, sollte ein wichtiges Ziel linker Bemühungen sein.³ Auch wenn diese Gedanken alle nicht neu sind, möchte ich



Wie lässt sich der Funken für einen radikalen Wandel wieder in die Herzen und Köpfe der Menschen transportieren?

diese Konzepte noch einmal stark machen und mich auch an diejenigen wenden, die von diesen Theorien noch nichts gehört haben, aber das Bedürfnis haben, diese Gesellschaft zum Besseren zu verändern. Wenn wir solch eine verbindende Praxis vorantreiben wollen, sehe ich drei wichtige Herausforderungen, die wir lösen müssen. Um gemeinsame Praxis betreiben zu könne und Bündnisse zu schaffen, müssen sich die Menschen aus den verschiedenen Kontexten überhaupt kennen. Hierfür ist es wichtig Begegnungsstätten zu etablieren, seien es Nachbarschaftstreffen, autonome Kulturzentren, Wohnprojekte oder Plattformen im Internet. An diesen Orten kann sich eine Gegenöffentlichkeit und eine alternative Hegemonie entwickeln, die die herrschende Hegemonie herausfordert. In solchen Zentren können verschiedene Gruppen überhaupt von anderen Kämpfen erfahren oder sich einzelne Menschen überhaupt erst zu Gruppen für die gemeinsamen Ziele zusammenschließen. Manchmal reichen auch die mutigen Aktionen Einzelner, um zwei Gruppen für eine gemeinsame Praxis zu vereinen. Ein sehr schönes filmisches Beispiel für diesen Gedanken ist der Film „Pride“ von Matthew Warchus.

Doch für ein Bündnis zwischen Menschen, die sich kaum kennen und vielleicht sogar viele Vorurteile gegeneinander haben, braucht es Reflexion und eine diskursive Verbindung der verschiedenen Kämpfe. Wenn es bisweilen so scheint als gehöre zum Beispiel Feminismus und Kapitalismuskritik zwangsweise zusammen, dann liegt das daran, dass diese diskursiv eng miteinander verknüpft wurden (auch wenn es hier natürlich Risse und Gegenbeispiele gibt, aber als Beispiel soll es klarmachen, was ich meine). Diese Verknüpfung zeigt die Verbindungen dieser beiden kritischen Ideen auf und lässt es für Feminist*innen und für Kapitalismuskritiker*innen natürlich erscheinen, dass sie die jeweils andere Position ebenfalls teilen. Diese diskursiven Verbindungen, mensch mag auch Narrative sagen, lassen sich auf viele verschiedene Arten erzeugen oder beeinflussen; ob in Romanen, politischen Schriften, Vorträge, im Film oder mit

Hilfe vieler weiterer Vehikel der Kultur. Es geht hierbei auch darum, die herrschenden Diskurse zu hinterfragen und eine eigene Diskurshegemonie auf zu bauen. Als eine wichtige Art kritisches Hinterfragen und Reflexion zu stärken, sehe ich die politische Bildung an. Mit deren Hilfe können hegemoniale Erzählungen in Frage gestellt werden und so Menschen ein Selbstbewusstsein über die eigene Lage, im doppelten Sinne, ausbilden. Auf diese Weise kann der sich immer stärker werdende Expertendiskurs in Politik und Wirtschaft, durch den viele Menschen sich nicht mehr in der Lage fühlen überhaupt eine Position einzunehmen, durchbrochen werden, da mehr Menschen das Selbstbewusstsein erlangen in diesen Diskursen mitzureden, Fragen zu stellen und zu hinterfragen. Dies hilft beim Kampf um Diskurshegemonie und deren Verschiebung. Außerdem kann das Hinterfragen von Positionen auf die eigene Position angewendet, Reflexion stärken und somit eigene Vorurteile auflösen. Doch darüber hinaus kann politische Bildung auch bei der dritten Herausforderung helfen: Mobilisation!

Diese dritte Herausforderung geht zurück zu dem Ziel (wieder) eine Massenbewegung zu werden. Hierzu ist es wichtig jene Menschen zu politisieren, die sich aus verschiedensten Gründen von der Politik abgewandt haben. Menschen (wieder) dazu zu bringen, Gesellschaft selbst aktiv mitgestalten zu wollen, ist einer der wichtigsten Aspekte einer gesellschaftlichen Linken. In der Reflexion über die eigene Situation liegt der Keim gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben und in der Verbindung mit anderen, die ähnliche Probleme mit den herrschenden Verhältnissen haben, liegt die Wirkmächtigkeit, um diese Verhältnisse aus den Angeln zu heben. Wenn in der Praxis der politischen Bildung schon der Keim liegt, Menschen den Anstoß zu geben, ihre eigene Situation zu erkennen und aktiv dafür einzutreten, die Gesellschaft zum Besseren zu verändern, dann kann hierin schon ein wichtiger Pfeiler für das Projekt eines radikalen gesellschaftlichen Wandels gesehen werden. Doch auch in der politischen Bildung bleibt ein Problem haften, dass auch in

vielen linken Strukturen zu finden ist: Wie können diejenigen adressiert werden, die nicht sowieso schon politisiert sind? Diese Frage gilt es in der Praxis zu beantworten, mit neuen Methoden und Ideen, abseits der alten Pfade von Vorträgen und Podiumsdiskussionen. In der Praxis diese Herausforderungen und Fragen in Angriff zu nehmen, liegen schon die Grundsteine für viele kleine Revolutionen und die Möglichkeit einer besseren Gesellschaft!

Max Rößler

- 1 Ein Beispiel, wie dies konkret in den USA passiert und, dass diese Verbindungen nicht immer widerspruchsfrei bzw. für manchen akademischen Linken seltsam wirkt, kann mensch am Beispiel der Redneck Revolt sehen. https://www.akweb.de/ak_s/ak629/16.htm
- 2 Diese klare Unterteilung verschiedener Gruppen, soll hier nur exemplarisch sein, da jeder Mensch in vielen verschiedenen Gruppen ist und viele Menschen auch von verschiedenen Unterdrückungsverhältnissen betroffen sind.
- 3 Leider zwingt die Kürze des Textes, hier nicht tiefer einzusteigen. Für alle, die sich mit diesem Gedanken beschäftigen wollen, seien die Theorien von Chantal Mouffe und Antonio Gramsci zu empfehlen.





Das Scheitern des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)

Sie durchbrachen die Bannmeile des Schöneberger Rathauses und bewarfen den Ministerpräsidenten mit Eiern und Tomaten.

Dieses Jahr steht uns ein besonderes Event ins Haus: fünfzig Jahre 68er Revolte. Im Zehnjahresrhythmus werden diese Ereignisse wahlweise gefeiert oder scharf kritisiert. In diesem Artikel können nicht alle Facetten beleuchtet werden, sondern wir wollen uns exemplarisch das Ende des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) anschauen. Besonderes Augenmerk soll darauf gerichtet sein, welche ungelösten Fragen und Probleme die heutige Linke unreflektiert übernommen hat, und was zu ihrer Marginalisierung in der heutigen Gesellschaft beigetragen hat. Bevor wir uns dem Ende des SDS widmen, ist es sinnvoll, nochmal kurz zusammenzutragen, was zwischen 1961 und 1968 die Praxis des SDS war. Gegründet wurde der SDS am 2. September 1946 in Hamburg, ein Jahr nach dem Ende des Faschismus. Im Gründungsauftrag heißt es: „Als Sozialisten erstreben wir eine Gesellschaftsordnung, in der die Freiheit von Not und Zwang allen Menschen eine harmonische Entwicklung ihrer Persönlichkeit ermöglicht.“ Diese sehr schwammige Formulierung resultierte aus den unterschiedlichen Haltungen der verschiedenen Flügel des SDS, die sich dennoch zu einer einheitlichen Hochschulorganisation zusammenfanden. Denn die Erfahrungen des Faschismus, insbesondere die Erfahrung der Zersplitterung der Linken in den 20er Jahren, veranlassten gerade parteiunabhängige Mitglieder, keine eigenständige Organisation

zu bilden. Obwohl der SDS sich stark an der SPD orientierte, war er anders als die Jungsozialisten (Jusos) keine Teilorganisation der SPD, sondern formal unabhängig und arbeitete auch mit anderen Organisationen zusammen. Vor allem mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) wurde die Zusammenarbeit Mitte der 50er Jahre intensiviert, es wurde ein gemeinsames Schulungsprogramm erstellt, und an einigen Hochschulen wurden gemeinsame Arbeitskreise, die so genannten „Gewerkschaftlichen Studentengemeinschaften“ (GSG) installiert. Mit der Debatte über die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik im Jahre 1955 und der Stationierung von Atomwaffen 1958 rückte der SDS weiter nach links und es kam zu ersten Differenzen mit der SPD. Im Jahr 1959 traf die SPD bei ihrem Godesberger Parteitag weitreichende Beschlüsse. Sie verabschiedete sich von der Zielsetzung eines revolutionären Sozialismus und bekannte sich zum Kapitalismus. Der SDS sollte das Godesberger Programm ebenfalls annehmen, dies stieß aber auf Widerstand. Der Höhepunkt der darauf folgenden Auseinandersetzung zwischen SPD und SDS war die Streichung aller Finanzierung durch die Partei. Einige ehemalige Mitglieder des SDS wie Wolfgang Abendroth oder Heinz-Joachim Heydorn gründeten daraufhin den Verein Sozialistische Fördergesellschaft, der später in „Sozialistischer Bund“ umbenannt wurde, um den SDS finanziell zu

unterstützen. Hier griff der Parteivorstand der SPD hart durch und fasste folgenden Beschluss am 6. November 1961:

„Die Mitgliedschaft in dem >Verein Sozialistische Förderergemeinschaften der Freunde, Förderer und ehemalige(n) Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes e. V. „ ... „wie es ebenso unvereinbar ist, Mitglied des SDS und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu sein.“ In der Phase zwischen 1961 und 1965 bildeten der so genannte Seminar marxismus und hochschulpolitische Arbeit in Fachschaften und Asten die Stützpfeiler der Arbeit im SDS. Bis 1964 war es zunächst sehr still geworden um den SDS. Am 19. Dezember 1964 schreiben die Zeitungen, dass in West-Berlin am Vortag mehr als sechshundert deutsche und afrikanische Studierende unter der Leitung des SDS gegen den damaligen kongolesischen Ministerpräsidenten Moise Tschombé demonstrierten. Sie durchbrachen die Bannmeile des Schöneberger Rathauses und bewarfen den Ministerpräsidenten mit Eiern und Tomaten. Von 1965 an trat der SDS verstärkt mit allgemeinpolitischen Kampagnen gegen den Krieg in Vietnam in der Öffentlichkeit auf und veranstaltete Kongresse, Ausstellungen und Demonstrationen zum Thema. In dieser Zeit umfasste der SDS ca. 2000 Mitglieder an 35 Hochschulen in West-Deutschland und West-Berlin. Das Zentrum des SDS befand sich in dieser Zeit in West-Berlin. Der Sonderstatus



von West-Berlin innerhalb der Bundesrepublik und vor allem der Faktor, dass Männer in West-Berlin keinen Wehrdienst leisten mussten, führte zum Zuzug von jungen und tendenziell linken Menschen. Daher konnte sich in West-Berlin ein linkes, intellektuelles, studentisches Milieu herausbilden, das für den SDS eine gute Basis bildete. Durch den Mord an Benno Ohnesorg bei der Demonstration am 2. Juni 1967 in West-Berlin gegen den Schah von Persien kam es zu einer erneuten Radikalisierung des SDS. Der SDS stellte seine hochschulpolitische Arbeit zurück und rückte immer mehr allgemeinpolitische Themen in den Vordergrund. Die Hochschule wurde zunehmend als Mobilisierungsort für politische Auseinandersetzungen wahrgenommen, der Kampf um direkte Verbesserungen im Alltag der Studierenden oder anderer Hochschulangehörige geriet in den Hintergrund.

Die Proteste gegen die Notstandsgesetze 1967 und die Proteste gegen den Springer-Konzern im folgenden Jahr folgten demselben Schema: durch eine moralisierende Kampagnenpolitik versuchte man eine linke Gegenöffentlichkeit sowie die Arbeiter_innenschaft zu mobilisieren. Die beiden Kampagnen wurden von militanten Protesten begleitet, bei denen es zu Steinwürfen und Barrikadenbau kam; es gab große Bündnisdemonstrationen zusammen mit dem DGB, am 1. Mai 1968 z.B. in Berlin mit 30.000 Teilnehmer_innen. Diese Kampagnen und Aktionen führten zu einer Repressionswelle gegen die Studierendenbewegung. Dieser begegnete der SDS mit einer Antirepressionskampagne, deren Wirkung aber ähnlich wie die beiden vorherigen Kampagnen verpuffte.

In den Jahren 1967 und 1968 entzündeten sich heftige interne Auseinandersetzungen über die Ausrichtung des SDS. Auf den Delegiertenkonferenzen (DK) in Frankfurt und in Hannover gab es unterschiedliche Kontroversen. Die Frauen im SDS wollten gleichberechtigt in der Organisation mitwirken, die meisten Delegierten und alle Mitglieder des Bundesvorstandes des SDS waren Männer. Feministische Themen und Forderungen wurden häufig ignoriert, das Patriarchat als Nebenwiderspruch abgetan, den man nach der Revolution zu lösen habe. Besonders die Frage, wie die Reproduktionsarbeit – vor allem die Kindererziehung – in einer sozialistischen Organisation gerechter verteilt werden kann, wurde diskutiert. Quotenregelungen für den Bundesvorstand und die Delegierten wurden gefordert. Das Ignorieren dieser Forderungen führte nach der

berühmten Rede von Helke Sanders zum Tomatenwurf von Sigrid Rieger gegen Hans-Jürgen Krahl auf der DK in Frankfurt sowie der Besetzung des Mikrophons auf der DK in Hannover, die zum Abbruch der letzten DK des SDS führten.

Außerhalb dieses Konflikts um Fragen der Geschlechtergerechtigkeit gab es im SDS eine Reihe von inhaltlichen Kontroversen, die nicht gelöst werden konnten: Zum Beispiel wollte ein Teil vor allem des Berliner SDS eine Weiterführung der Kampagnenpolitik und die Antirepressionskampagne inhaltlich mit den Forderungen auf Selbstverwaltung in den Betrieben erweitern, um die Arbeiter_innen anzusprechen. Darüber hinaus gab es über die Fragen der organisatorischen Aufstellung des SDS kein einheitliches Konzept. Vielen Genoss_innen – vor allem des traditionellen autoritären Flügels im SDS – schwebte die Gründung unterschiedlicher Parteien vor. Vor allem die dogmatischen Parteien Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML) oder die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) waren in manchen Köpfen schon gegründet.

Die antiautoritäre Fraktion hatte kein strukturiertes organisatorisches Gegenkonzept – Gewerkschaften wurden abgelehnt, da sie nur reformistische Politik betreiben würden. Die Basisgruppen des SDS, die in vielen Universitäten entstanden waren und auch darüber hinaus in einigen weiteren Betrieben, hatten kein organisatorisches Herzstück – viele dieser Basisgruppen haben sich nach einigen Monaten wieder aufgelöst, häufig verbunden mit Enttäuschung und Frust der Aktiven. Der SDS konnte die unterschiedlichen theoretischen Ansätze nicht mehr bündeln, zudem brachen mit dem Attentat auf Rudi Dutschke und dem frühen Tod von Hans-Jürgen Krahl zwei wichtige Identifikationsfiguren des SDS weg. Die beiden Flügel – der „traditionell autoritäre“ sowie der antiautoritäre Flügel – konnten sich auf der DK 1967 auf keinen neuen Bundesvorstand verständigen. Somit blieb der alte Bundesvorstand geschäftsführend im Amt. Unter anderem dies führte dazu, dass sich der SDS ab 1967 in einem Auflösungsprozess befand, der sich bis in das Jahr 1970 zur DK im Frankfurter Studierendenhaus hinzog. 1969 kam es zu massiven Streiks der Arbeiter_innen in Deutschland. Der handlungsunfähige SDS konnte auf diese Entwicklungen keinen Einfluss mehr nehmen, obwohl von ihm gerade in den Jahren 1966 und 1967 versucht worden war, die Arbeiter_innen für gemeinsame Bündnisse zu gewinnen.

Zusammenfassend lassen sich drei Faktoren ausmachen, die zum Zusammenbruch des SDS geführt haben: Erstens die ungelöste Frage, wie man feministische und antikapitalistische Politik zusammenbringt, zweitens ein Sich-Wegbewegen von Alltagsproblemen der Studierenden hin zu unvermittelten allgemeinpolitischen Themen und drittens das Fehlen einer Vorstellung, wie eine zukünftige antiautoritäre Organisation strukturell aussehen müsste mit einer entsprechenden Strategie, diese aufzubauen.

Hier lassen sich auch Parallelen zu heutigen Problemen der Linken ziehen. So führt das Fehlen einer vernünftig strukturierten antiautoritären Organisation dazu, dass sich Linke entweder in sozialdemokratische Apparate einbinden lassen, die keinen revolutionären bzw. transformatorischen Anspruch haben, oder dass sie sich in Affinitäts- und Identitätsgruppen organisieren, die keine gesellschaftlichen Hebel besitzen, um Druck aufzubauen und damit gesellschaftsverändernd zu wirken.

Eine Linke, die auf diese Fragen keine Antworten findet, ist wie der SDS zum Scheitern verurteilt und wird sicherlich die neue reaktionäre Bewegung in der Gesellschaft nicht aufhalten können.

Oscar Zeta Acosta

Dialektik von Musik in Gemeinschaften

Montagvormittag, leicht verschlafen verlasse ich das Haus. Über meine Kopfhörer läuft der neue Mix von Gerd Janson auf Soundcloud.

Montagvormittag, leicht verschlafen verlasse ich das Haus. Über meine Kopfhörer läuft der neue Mix von Gerd Janson auf Soundcloud. Vor der Uni – Supermarkt – die Audioboxen spielen Penny Live. Nach der gekürzten Radioversion, eines bereits letzten Sommer ausgelutschten Chart-hits, erzählt mir eine übermäßig enthusiastische Stimme davon, was für ein tolles Abendessen sich aus den Fertigprodukten und dem Billigfleisch von Penny zaubern lässt. Genervt setzte ich aller-spätestens nach dem Bezahlen die Kopfhörer wieder auf. Auf meinem Weg lassen mich Litfaßsäulen und Plakate wissen wer am Wochenende im Robert Johnson auflegt oder welche Band in der Batschkapp spielt. Hauptwache – eine Gruppe Jugendlicher teilt sich zu den Klängen von Olexeshs neuem Album einen Joint. Im Kreis stehend rappen sie mit und ich steige schmunzelnd in die U-Bahn. Haltestelle Holzhausensstraße – ein älterer Mann begleitet seinen schüchtern leisen Gesang mit einem Akkordeon. Viele der Passanten, hauptsächlich Studierende scheinen den Musiker kaum zu bemerken, geschweige denn es im Sinn zu haben zu lauschen oder ihm seine Darbietung zu vergüten. Angekommen auf dem Campus geht es in die Bib. Ambient Klänge einer Spotify Playlist sorgen hier für meine Konzentration. Was andere über ihre Kopfhörer zum Arbeiten oder Prokrastinieren hören, lässt sich nur durch ihr Kopfnicken oder Fußwippen erahnen. Musik begleitet viele von uns im Alltäglichen Leben, dass sie dabei mannigfaltige Aufgaben und Funktionen erfüllt, und welche dies sind, wird von uns weniger reflektiert. Zum Konsum anregen, unterhalten, ablenken, fokussieren oder gar therapeutische Zwecke sind nur einige und kratzen lediglich an der Oberfläche des Einsatzpotentials von Musik. Das

Arrangieren von Tönen und Geräuschen in einer für den Menschen wahrnehmbaren Abfolge, versteht sich also als weit mehr als eine Kunstform. Sie ist auch eine besondere Form der Kommunikation. Voraussetzung ihrer Wahrnehmung ist lediglich die auditive Wahrnehmung, das Hören selbst. Kommunikation zwischen Individuen ist stets soziale Praxis, weshalb auch Musik als solche verstanden werden sollte.

Man muss jetzt kein*e Musikwissenschaftler*in sein um das zu verstehen. Das checkt jeder, der mittels kollektiver Erfahrungen mit anderen Menschen, bereits Musik wahrnehmen oder praktizieren konnte. Ob tanzend am Wochenende im Club oder grölend auf dem Konzert der Lieblingsband. Oft sind es diese Momente in Menschengruppen, in denen sich Musik als Mittler und Bindeglied entpuppt. Unter bestimmten Umständen kann sie ein Zusammengehörigkeitsgefühl hervorrufen. In diesem entsteht für uns schnell der Eindruck, der Mensch hätte zeitweise soziale, politische oder klassenspezifische Unterschiede und Differenzen überwunden. Die Kulturanthropologie spricht hier von *Communitas*. Gemeinschaften die, unter besonderen Umständen entstehend, die üblichen sozialgesellschaftlichen Strukturen und Hierarchien relativieren. Einer Gemeinschaft also die in bestimmten Zusammenhängen ihre Mitglieder „alle gleich“ macht. Das vom Ethnologen Victor Turner herausgearbeitete und von seiner Frau Edith Turner vertiefte Konzept, bezieht sich in erster Linie zwar auf rituelle Vorgänge, lässt sich aber auch in anderen Lebensbereichen feststellen.

Gemeinschaftlicher Singsang in der Kirche. Für manche heißt dies Ehrfurcht, Demut, mitunter auch Gänsehaut. Für andere, wie auch mich, läuten wohl eher der Alarmglocken. Schnell weg, das Weite suchen.

Weder will ich der Ketzerei bezichtigt in Flammen aufgehen, noch habe ich Lust auf den Diskurs mit Menschen, die sich in ihren religiösen Gefühlen beleidigt sehen. Freude, Trauer, Wut, Entspannung. Der Klang von Musik kann beim Menschen also die unterschiedlichsten Stimmungen hervorrufen. Sie kann Katalysator oder gar Ventil für Druck oder angestaute Aggressionen sein, eine hochemotionale Angelegenheit also.

Über die Funktionen und Effekte des Mediums Musik sind schon zig Bücher geschrieben worden. Es ist weder mein Ziel diese in ihrer Gesamtheit zu erfassen, noch Musik als intersubjektiven Mittler, dem das Überwinden jeglicher Grenzen zwischen Menschen gelingt, abzufeiern. Vielmehr betrachte ich Musik metaphorisch als Sprache und als solche ist sie stets intentionell geprägt und transportiert Symboliken ebenso wie manchmal auch Ideologien.

Wenn Musik also soziale Praxis ist, als Kommunikator auftritt, es schafft Gemeinschaftsgefühle und Emotionen hervorzurufen, so stellt sich dem kritischen Kopf doch die Frage, wie diese zum Einsatz kommen. Identifikation über Musik und deren Instrumentalisierung, bis hin zur Politisierung kommen mir in den Sinn. In dem Zusammenhang, können die genannten Eigenschaften, nicht zuletzt die emotionalisierende Komponente, einen gefährlichen Cocktail ergeben.

Das die Instrumentalisierung von Musik fatale Folgen haben kann, zeichnet sich unter anderem in der jüngeren Geschichte ab. Nimmt man sich beispielsweise die Nazizeit in Deutschland vor, so wird man feststellen können, dass die Instrumentalisierung und Ideologisierung von Musik eine zentrale Rolle im Propagandaapparat der Rassisten gespielt hat. So wussten auch sie bereits um die gemeinschaftserzeugende Wirkung von Musik, die demnach eine zentrale Rolle in der Erziehung und damit in der Verbreitung faschistischer Ideologien gespielt hat. Sowohl in der *Hitlerjugend* als auch im *Bund Deutscher Mädel* war gemeinsames Singen nationalsozialistischer Lieder an der Tagesordnung. 1923 wurde das erste Liederbuch der Nazis veröffentlicht, welchem nach 1933 etliche Folgen sollten. Nachdem die Nazis Stück für Stück Kontrolle über jegliche Bereiche des sozialen Lebens gewonnen hatten, war auch gemeinschaftliches Singen zur „politischen Aufgabe“ geworden. Dichter und Autoren wurden engagiert um für jedwede Suborganisation der Nazis entsprechendes Liedgut bereit zu stellen. Auch wurde bereits Bekanntes schlichtweg einfach umgeschrieben - Das bei vielen bereits bekannte und beliebte Arbeiterlied „Die Internationale“ beispielsweise. Singen war auch fester Bestandteil der Veranstaltungen und Fahrten der *Kraft durch Freude* Organisation oder in den Fabriken vor und nach getaner Arbeit. Betrachtet man darüber hinaus Hitlers Propagandafilm *Der Triumph des Willens*, in dem Tausende

gemeinsam bei Aufmärschen Nazi-Lieder trällern, so verdeutlicht auch dies die verheerende Wirkung, welche die Instrumentalisierung von Musik mittels kollektiver Gruppenerfahrungen haben kann (Thomas Turino 2008: 205 ff.). Das Einsetzen derartiger Mechanismen lässt sich in den verschiedensten autoritären politischen Systemen beobachten. Ziel ist hier wohl die Gleichschaltung der Massen und zwar mittels der kollektiven Erfahrung der Musik. Dass derartige Gemeinschaftsgefühle im politischen Kontext jedoch nicht immer von oben herab diktiert werden, sondern sich auch mittels Musik selbst generieren können, wird im beispielsweise Zuge der sogenannten 68er Bewegung deutlich. Joan Baez, Bob Dylan, Jimmy Hendrix, die Beatles oder Rolling Stones sind Namen die mir hier instant in den Kopf schießen. Durch ihre Musik trugen diese MusikerInnen ihre politischen Statements in die Welt hinaus. Gleichzeitig lieferten sie so den Soundtrack einer ganzen Generation und einer Bewegung, die sich, hervorgehend aus dem Civil Rights Movement in den USA, international ausbreiten sollte. Diese drückte sich beispielsweise durch internationale Solidarität und Bekundungen gegen den, von den USA geführten, Vietnamkrieg aus. Einer jener Stellvertreterkriege, die im Zuge des Kalten Krieges international und unter dem Deckmantel der Demokratie und Freiheit geführt wurden, um den Kapitalismus als Bollwerk gegen den von der Sowjetunion ausgehenden Kommunismus auszubreiten.

[Well, come on all of you, big strong me,](#)
[Uncle Sam needs your help again.](#)
[Yeah, he's got himself in a terrible jam](#)
[Way down yonder in Vietnam](#)
[So put down your books and pick up a gun,](#)
[Gonna have a whole lotta fun.](#)

[What are we fighting for?](#)
[Don't ask me, I don't give a damn,](#)
[Next stop is Vietnam](#)

[Country Joe & The Fish](#)

Wenn ich mich daran erinnere wie mein Vater mir von Demonstrationen erzählt, auf denen Hunderte „We shall overcome“ sangen, bin ich direkt wieder bei der kollektiven Erfahrung von Musik und ihrer Wirkung auf Menschen. Das Wesen von Demonstrationen bringt allein durch die bloße Menge an Menschen, welche ähnliche Ziele verfolgen und gleiche Beweggründe teilen, bereits ein Wir-Gefühl mit sich. Dieses manifestierte sich offensichtlich noch stärker durch die gängige Popkultur, insbesondere der Musik, die im Selbstverständnis der damaligen Bewegung eine zentrale Rolle spielte. Vielleicht auch deshalb, da sie, wie der Name bereits verrät, mittels ihres populären Charakters und aufmüpfigen Images, mit dem kleinbürgerlichen Habitus der Elterngeneration jener Zeit brach. Die zeitgenössische Popkultur, die medial gerne als Sex, Drugs,

Rock&Roll zelebriert wird, spielte dieser Einstellung und dem Bruch mit den vorherrschenden gesellschaftlichen Konventionen in die Karten. Klar spricht einen dann Dylans „The times they are a-changin“ mehr an, als Heintjes „Mama“ oder andere Schlager- und Heimatlieder. Sprich Musik die kein politisches Bewusstsein hervorruft, sondern lediglich eine Heile-Welt vorgaukelt, in der es nicht nötig sei, gesellschaftliche Missstände anzuprangern oder den Status quo zu hinterfragen. So waren MusikerInnen also Sprachrohr und Informationsquelle zugleich und lösten somit die Medien stückweit in ihrer Rolle ab. Diese ignorierten oder denunzierten gar die breiten gesellschaftlichen Proteste, deren HauptträgerInnen wohl die Studierenden gewesen sein dürften. Die Ablehnung durch das preußische Spießbürgertum und etablierte Medien, sorgte in der politischen Bewegung wieder für eine Stärkung des Gemeinschaftsgefühls. Auch wenn die 68er Bewegung definitiv nicht als homogene Masse verstanden werden darf.

Greife ich nun wieder den Terminus der *Communitas* auf, so kann ich doch feststellen, dass diese, mittels kollektiver Erfahrung von Musik erzeugten Gemeinschaften, den stets gleichen Mechanismen folgen und emotionalisierende Effekte haben. Unabhängig davon welche Funktion erfüllt werden soll, ist es doch spannend zu beobachten und wichtig zu reflektieren, was passiert wenn wir die Wirkung von Musik auf Menschen und/oder Gruppen betrachten. Ihr Potential gesellschaftliche Veränderungen voranzutreiben wurde in der Vergangenheit bereits mehrfach unter Beweis gestellt. Mir selbst fallen noch etliche weitere Beispiele ein. Über Sinn von Sport-Fangesängen bis hin zum Unsinn von Nationalhymnen. So sehe ich mich hier mit einem dialektischen Moment konfrontiert: Es birgt also sowohl Gefahren als auch Möglichkeiten Musik gemeinschaftlich zu erfahren. Instrumentalisiert kann Musik zur Klinge am Hals der Mündigkeit und des reflektierten Bewusstseins werden. Dabei ist häufig nicht mal ein Musikstück selbst als Kunstobjekt das Gefährliche, sondern der Zustand in welchen sie den Menschen versetzen kann. Sehen wir einmal von ideologisierten Lyrik und Texten ab. Ich jedenfalls bin skeptisch und vorsichtig geworden, Musik als universelles, intersubjektives Medium hoch zu loben, das die Welt verändern oder beeinflussen kann.

Patrick Funk

Thomas Turino, *Music as Social Life – The Politics of Participation*. University of Chicago Press 2008.

Interview mit Renate Stubenrauch

am 06.03.18

„Kinder die Funktion von Religion und die Mechanismen kapitalistischer Politik zu durchschauen lehren, ist keine Manipulation von Kindern, sondern bedeutet sie vor Manipulation zu bewahren, weil sie sie durchschauen.“¹

Um auch die Folgen und Stimmung der 68er etwas einzufangen und in einen Frankfurter Kontext zu stellen, haben wir uns mit dem Einfluss jener Zeit auf radikale Pädagogikkonzepte beschäftigt. Dazu haben wir ein Interview mit der Mitbegründerin der „Freien Schule Frankfurt“ Renate Stubenrauch geführt und drei Texte aus der radikalen Pädagogik-Zeitschrift „päd.extra“ abgedruckt.

Renate Stubenrauch, 1938 geboren, studierte zunächst an der pädagogischen Hochschule in Wuppertal. In Frankfurt lernte sie dann Monika Seifert kennen, die Gründerin des dortigen antiautoritären Kinderladens, dessen Kinder sie dann erst in einer staatlichen Grundschule, später in der Freien Schule Frankfurt unterrichtete. Die 1974 gegründete Freie Schule Frankfurt gibt es immer noch als Ganztageseinrichtung, in der 50 Kinder und zehn Erwachsene miteinander leben und lernen. Wie es zur Gründung der Schule kam, welche Probleme dabei auftraten, was der „sozialistische Lehrerbund“ und die sogenannte 68er Bewegung damit zu tun hatten, könnt ihr im folgenden Interview lesen.

Anschließend stellen wir euch noch drei Texte der 1973 gegründeten Zeitschrift päd.extra vor. Verfasst wurden die abgedruckten Texte von dem verstorbenen Schriftsteller und Politiker Gerhard Zwenz, dem ebenfalls verstorbenen Literaturkritiker und Titanic-Kolumnist Walter Boehlich, sowie dem ehemaligen SDS-Vorsitzenden und heutigen Professor für Sozialpädagogik der TU-Berlin Manfred Liebel. Wir hoffen euch hiermit einen Eindruck jener Zeit geben zu können und wünschen viel Spaß beim Lesen!

I: Guten Tag Frau Stubenrauch. Sie sind bekannt als Mitbegründerin der „freien Schule Frankfurt“, dessen Konzept schwerlich ohne die sogenannte 68er-Bewegung zu verstehen ist. Deshalb würde mich zunächst interessieren, was in der Zeit vor der Gründung im Jahre 1974 ihrer Entscheidung, eine alternative Schule in Theorie und Praxis zu gestalten, vorausging.

RS: Zunächst habe ich an der pädagogischen Hochschule in Wuppertal studiert und danach eine Grundschulklasse an einer Schule in Duisburg unterrichtet. Mein Fokus war seit jeher auf eine kritisch-pädagogische Auseinandersetzung mit der Erziehung von Kindern in unserer Gesellschaft gerichtet. Die spezifische Form der allgemeinen Schulen, welche durch Benotung, viel zu große Klassen, fest vorgegebene Strukturen und ein gewissermaßen unantastbares autoritäres Verhältnis zwischen Lehrkräften und Schüler*innen gekennzeichnet war, führte schnell zu Unmut bei mir. Als ich dann feststellte, dass meine Ideen, die Institution durch andere Inhalte zu füllen, nicht in dem Maße, wie es notwendig war, umsetzbar waren, zog es mich 1968 nach Frankfurt am Main. Dort wurde ein Jahr zuvor der „Verein für angewandte Sozialpädagogik“ gegründet, mit dem ich bis heute in guter Verbindung stehe und der Träger der freien Schule Frankfurt ist. Es war damals eine allgemeine Aufbruchsstimmung, die vor allem in Frankfurt und Berlin am spürbarsten war. Das kann man sich heute nicht mehr vorstellen. Zum Beispiel gab es in Frankfurt zu dieser Zeit die erste integrierte Gesamtschule. Das heißt, die Schulleitung hatte ein reformfreudiges Kollektiv anstelle eines autoritären Rektors. Außerdem gründeten sich dort gerade die ersten selbstverwalteten Kinderläden als kritische Alternative zu Kindergärten, die von kirchlichen Trägern verwaltet und finanziert wurden. Ganz viel schien möglich, gerade unter Student*innen war der Wille stark, die bestehenden Institutionen und die Gesellschaft als Ganzes zu verändern. In Frankfurt wurde ich Mitglied des „sozialistischen Lehrerbundes“, in dem sich v. a. kritische Sozialpädagog*innen organisierten, um die immer

besser erforschten kritischen Theorien zur Erziehung in die Praxis umzusetzen.

I: Wie kann man sich den sozialistischen Lehrerbund vorstellen, was wurde dort diskutiert?

RS: Wir haben uns wöchentlich im Club Voltaire getroffen, waren im Schnitt zu zehnt, lasen und diskutierten u. a. Schriften von Marx, Engels und Adorno. Geprägt hat mich vor allem die „Erziehung zur Mündigkeit“ und der von Adorno neu formulierte kategorische Imperativ, dass das Erste an Erziehung ist, dass Auschwitz nicht noch einmal sei. Wir schrieben auch Texte, forschten und machten uns einerseits an die Errichtung alternativer Bildungsinstitutionen in Frankfurt und andererseits unternahmen einige von uns zu Beginn noch den Versuch des sogenannten „Marschs durch die Institutionen“.

I: Inwiefern ging Versuch bestehende Institutionen zu unterwandern der Gründung der freien Schule Frankfurt voraus?

RS: Ich habe zunächst in Rödelheim an einer Grundschule unterrichtet. Dort hatte ich die Gelegenheit, alternative Konzepte zu etablieren, wie Verzicht auf Notengebung. Das war damals etwas absolut Neues und Unbekanntes – für Kolleg*innen und Eltern. Außerdem versuchte ich u. a. mit dem sozialistischen Lehrerbund und den Eltern zusammen Druck aufzubauen. Wir gründeten die bekannt gewordene „Aktion kleine Klasse“, welche Schulklassen auf maximal 25 Schüler*innen reduzieren wollte, so dass zumindest der Versuch unternommen werden konnte, auf gesellschaftlich bedingte Differenzen der Kinder zusammen mit den Eltern einzugehen: Nicht alle haben die gleichen Voraussetzungen, gerade Arbeiterkinder nicht. Ich habe ganz gezielt versucht, Kinder aus den Resozialisierungsvierteln für meine Klasse zu gewinnen. Das gelang nicht immer, aber es konnten Verbindungen hergestellt werden. Zum Beispiel konnte ich eine Mutter, die zugleich auf Sozialhilfe angewiesen war, als Unterstützung für den Unterricht gewinnen. Auch etwas völlig Neues, dass Eltern mit einbezogen werden.

¹ Monika Seifert – „Zur Theorie der antiautoritären Kindergärten“, aus: „Konkret“ Nr. 3/1969

Ich erinnere mich noch, dass es große politische Wellen schlug, als ich mit den Kindern zusammen sozialistische Lieder sang.

I: Welcher politische Druck war von konservativer Seite aus spürbar?

RS: Im Rahmen der Baader/Meinhof-Anklage der CDU, sollte auch gegen jegliche Reformversuche an Schulen und in Kinderläden vorgegangen werden. Linke oder alternative Projekte wurden in Folge dessen kriminalisiert und unterstellt in Verbindung mit den Angeklagten zu stehen. Ich erinnere mich noch, dass es große politische Wellen schlug, als ich mit den Kindern zusammen sozialistische Lieder sang. Beispielsweise sangen wir beim Begutachten einer Baustelle neben der Schule das Lied „Baggerfahrer Willibald“ – was wohl für die CDU zu viel war. Ich erfuhr vom sozialistischen Lehrerbund, aber auch von Eltern, ohne die das Ganze ja nicht umzusetzen war, viel Solidarität bei solchen Angelegenheiten. Wir hatten einen Juristen, der uns in solchen Fällen sehr geschickt zur Seite stand.

I: Und dennoch kam irgendwann der Punkt, an dem sie den „Marsch durch die Institutionen“ aufgegeben haben und zu der Überzeugung kamen, dass sie mehr Potential zur Veränderung sehen, indem sie eine eigene Schule gründen.

RS: Aufgegeben würde ich nicht sagen, vielmehr war es ein bewusster Bruch. Gleichwohl die Schule in Rödelheim als „Reformfreudig“ galt, war die Grundform doch so sehr festgefahren, dass die Veränderungen, die ich für notwendig erachtet habe, nicht umgesetzt werden konnten. Bei unseren Treffen wollten wir uns daraufhin der Frage stellen, wo die Grenzen unserer pädagogischen Wirkungsmächtigkeit im System liegen. Durch die bestehenden starren Strukturen, wurden sozusagen den Inhalten, die viele innerhalb des „Marschs durch die Institutionen“ verwirklichen wollten, ganz klare Grenzen gesetzt.

I: Und so kamen Sie zu der Idee eine eigene Schule zu gründen?

RS: Es ging vor allem darum, einen Ort oder eine Institution zu schaffen, in der ich noch Lehrerin sein möchte. Denn das, was ich oder wir in der Aufgabe einer Lehrkraft oder Erziehenden sahen, das auch

als „Antipädagogik“ bekannt wurde, war sonst nicht umzusetzen. Diesen Schritt zu machen, war aus ganz materiellen Gründen schon nicht einfach. Als verbeamtete Lehrerin hat man natürlich eine ökonomische Sicherheit für die Zukunft, die ich mit meinem Entschluss aufs Spiel setzte.

I: Waren alle im sozialistischen Lehrerbund der Ansicht, dass dies die richtige Konsequenz aus den Erfahrungen sei?

RS: Oskar Negt und Jürgen Seifert haben es in Hannover geschafft, innerhalb des Systems eine Schule zu reformieren bzw. revolutionieren. Dass sich den beiden diese Möglichkeit geboten hat, lag zum Teil sicher am Professorentitel, am Ruf, und einer derzeit halbwegs offenen SPD-Regierung.

I: Ein solches Projekt einer alternativen Schule, das deutschlandweit das erste dieser Art war, brachte bestimmt bei der Gründung einige Probleme mit sich?

RS: Wir konnten uns auf das Grundgesetz, Artikel 7.4 und 7.5 berufen in dem es ein „Recht zur Errichtung privater Schulen“ gibt. 1974 wurde die Schule eröffnet, genehmigt wurde sie juristisch erst 1986 und das nach Klage in zweiter Instanz! Hier hat unser Jurist uns erneut sehr geholfen. Bis dahin finanzierten wir uns durch Spenden und den Beiträgen der Kinderläden, mit denen wir zusammengearbeitet haben. Träger war von Beginn an der Verein für angewandte Sozialpädagogik. Aber die Zeit bis zur Genehmigung war oft sehr schwer und finanziell notgedrungen improvisiert. Gerade im Hinblick auf die Bezahlung der Mitarbeiter*innen und der politischen Belastung der CDU.

I: Wenn das Schulsystem sich so sehr von dem regulären unterscheidet, wie kamen die Kinder nach der 6-jährigen Schulzeit zurecht?

RS: Nach der Zeit in der freien Schule kommen die Kinder auf eine integrierte öffentliche Gesamtschule, also ab der siebten Klasse. Wir haben versucht darauf zu achten, dass wir möglichst viele der Kinder in gleiche Klassen und Schulen schicken, dass sie dort dann nicht so alleine sind. Der

Regelfall war eher das Gegenteil von Problemen. Ein Rektor sagte einmal zu mir, die Kinder unserer Schule seien „soziale Zugpferde“. Damit meinte er, dass sie sehr hilfsbereit sind, selbstbewusst auftreten und signifikant oft zu Klassensprecher*innen oder gar Schülersprecher*innen gewählt wurden. Er meinte weiter: „die haben soziales Verhalten gelernt, die fügen sich gut ein.“ Das mag vielleicht positiv klingen, aber natürlich stoßen die Kinder dabei auch an einige Grenzen. Plötzlich gibt es wieder Noten, stillsitzen, klare Autoritäten. Solidarisches Verhalten wird eher unterbunden als gefördert. Es herrscht Fremdregulierung statt Selbstregulierung – das gegenteilige Konzept. Das sorgt gerade in der Anfangszeit für Verwirrungen, die sich bei den meisten aber wieder legen. Die freie Schule ist nämlich kein von der gesellschaftlichen Realität isolierter Ort, sondern setzt den Anspruch, sich selbstbewusst mit dieser auseinanderzusetzen zu können. Traurig kann es einen da stimmen, zu wissen, dass solidarisches Verhalten, politisches Engagement und vor allem Selbstregulierung etwas ist, das an Regelschulen befremdlich erscheint.

I: Ob die Schulen überhaupt an einer Erziehung zur Mündigkeit interessiert sind, kann demnach wohl nicht behauptet werden. Der Marsch durch die Institutionen kann als gescheitert betrachtet werden, zumindest dem Anspruch nach. Die Stoßrichtung einer kritischen Pädagogik, oder Antipädagogik, und die damit stets verbundene Forderung nach einer Erziehung zur Mündigkeit, scheint heute an Aktualität nichts verloren zu haben. Sehen Sie rückblickend Verbesserungen im Vergleich zu damals? Wie schätzen Sie die Wirkmächtigkeit alternativer Schulen ein?

RS: Den Schritt, den wir damals gegangen sind, halte ich auch heute für richtig. Es gibt heute fast in jeder Stadt alternative Schulen, welche auch die sozio-ökonomische Realität der Eltern berücksichtigen, d. h. auf Basis eines Solidaritätsprinzips für alle bezahlbar sind. Was die allgemeine Form der Schulen angeht, hat sich tatsächlich recht wenig getan. Die Klassen sind noch immer zu groß, Noten, feste Zeiten und dergleichen brechen nur langsam oder gar nicht auf. Das Kind als Mensch mit eigenen Bedürfnissen und Interessen steht nicht im Mittelpunkt, sondern die Erwartungen denen es entsprechen soll. Vielleicht sieht man heutzutage mal ein Sofa in der Ecke einer Grundschule als Erinnerung an die 68er sozusagen. Letztlich muss die festgefahrenen Form ganz durchbrochen werden, das hat sich gezeigt. Ein Beispiel gegeben zu haben, wie eine andere Form der Erziehung und Bildung aussehen kann, halte ich für einen Erfolg und den richtigen Weg. Einen ersten Schritt getan zu haben, um zu zeigen, was Erziehung zur Mündigkeit in der Praxis bedeuten könnte.

I: Vielen herzlichen Dank für Ihre Zeit.

Für die enteignung der GROSSBUCHSTABEN



Mit der kleinschreibung der substantive fängt es an, mit der verkleinerung von macht und besitz kann es enden.

Das PEN-Zentrum der BRD, der Verband deutscher Schriftsteller (VS) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft veranstalteten am 5./6. Oktober 1973 in Frankfurt den Kongreß „vernünftiges schreiben“, auf dem es um die einföhrung der gemäßigten kleinschreibung ging. Dieser tage erschienen die arbeitspapiere und referate im Frankfurter Firscher-Verlag als taschenbuch (titel: vernünftiger schreiben – reform der rechtschreibung, 185 S. DM 4,80). Wir veröfentlich hier die philippika gegen die großbuchstaben von Gerhard Zwerenz und forderungen zum weiteren vorgehen von Siegfried Jäger.

GERHARD ZWERENZ -
GOTTVATER GROSSCHREIBEN

Machen wir uns nichts vor, von reformen reden alle, doch wer eine zu verwirklichen trachtet, ist ein böser juso, den Gottvaters blitz- und donnerwetter niederstrecken möge ... Gottvater wünscht auch weiterhin großgeschrieben zu werden. Sie verlangen hier eine rechtmäßige

kleinschreibung, eine kleine reform, ein reformchen, doch müssen Sie selbst zugeben, den großbuchstaben soll's an den kragen gehen. Ich bin nicht sicher, ob die buchstaben sich das gefallen lassen werden, viel weniger groß und viel öftern klein zu erscheinen; wer hat so was schon gern. Vielleicht bricht ein buchstabenkrieg aus, schlägt die konterrevolution der ans große gewöhnten buchstaben los. Was dann? Bei den ersten sturmzeichen werden sich unsere föhrenden sozialdemokraten treuherzig an die brust schlagen und versichern, sie seien nie für eine solche systemveränderung der schreibweise gewesen.

Ich frage also: Sind wir genügend kleinschreibebewußt? Haben wir mit genügendem ernst die klassenlage der klein- und großbuchstaben einsichtig gemacht? Was aber, wenn die konservative FAZ in der gemäßigten kleinschreibung weiterhin das rote teufelswerk von linksradikalen sieht und rechtgenährte Springer-zeitungen gar den teufel einer blutigen oktoberrevolution an die wand malen?

Schließlich leben wir auch ohne kleinschreibung schon in schweren zeiten. Das reich ist zerfallen, das abendland im eimer, und mit der gemäßigten kleinschreibung steht uns direkt die liquidierung von tradition und geschichte ins haus. Bezeichnenderweise sollte dieser kongreß ursprünglich in der durch revolutionäre umtriebe schon sattsam bekannten Paulskirche stattfinden. Lenin, Trotzki, Stalin und Che Guevara waren bereits mit händen zu greifen. Mit der kleinschreibung der substantive fängt es an, mit der verkleinerung von macht und besitz kann es enden. Wenn erst die großbuchstaben rollen, werden auch bald köpfe rollen. Wehret den anfängen! Stellen Sie sich nur einige große worte kleingeschrieben vor, etwa: Großgrundbesitz, Spekulation, Kirche, Armee. Es ist klar, solche worte können und dürfen niemals der gleichmachenden kleinschreiberei verfallen. Wehret den anfängen! Entlastet die jugnedn von den guten alten vorschriften und gegen vorschriften der großschreibung, die so schön unübersichtlich, undurchschaubar und unlogisch sindd, entlastet die jugend vom dem alten krempel und ballast, und sie wird die freigewordene zeit unverzüglich zur verstärkten Marx-lecture verwenden.

Dazu Ausgabe 6/74 – Curriculum
Gesellschaft Politik (Seite 6)

Abenteuer-Spielplätze oder: brecht die Kinder-Gettos auf!

Erscheint der zukunfts-kuchen
kleiner, dann soll er bitte
denen vorbehalten bleiben,
die immer schon kuchen
gegessen haben...



Die geschriebene Verfassung sagt ausdrücklich, daß jeder das recht auf freie entfaltung seiner persönlichkeit und jeder deutsche das recht, beruf, arbeitsplatz und ausbildungsttätte frei zu wählen habe. Die verfassungswirklichkeit sieht anders aus.

Nicht nur diejenigen, die studieren wollen. (Der staat, vertreten durch die länder, der das ausbildungsmonopol besitzt, schiebt, je mehr je länger, vor das grundrecht den riegel des numerus clausus.) Diese rechtsverletzung wird mit zwei argumenten verteidigt. Das erste ist die vorgegebene mittellosigkeit der öffentlichen hand, das zweite ist die vorgegebene sorge um die zukunfts derer, die, liesse man nur alle, die es wünschen, die universität besuchen, dann keine arbeit in ihrem erlernten beruf fänden, die sorge also um das sogenannte „akademische proletariat“. Dieser ausdruck hat es in sich. Er wird nicht von denen benutzt, die unsere gesellschaft als klassengesellschaft definieren, in der das proletariat die klasse der ausgebeuteten oder lohnabhängigen arbeiter wäre,

gleich ob akademisch oder nicht-akademisch, sondern gerade von denen, die die existenz einer klassengesellschaft und damit eines proletariats leugnen. Für sie ist proletariat generell so etwas wie ein schimpfwort, ein akademisches proletariat aber besonders widerwärtig, weil es einen widerspruch zwischen ideologie und sozialer wirklichkeit sichtbar machen könnte.

Der ausdruck stammt aus dem wortschatz der bourgeoisie, des bildungsbürgertums, das sich nach seinem historischen versagen in der revolution von 1848 das recht auf politische entscheidung mit dem bildungsmonopol hat abkaufen lassen, das gezwungen war, die bildung zu fetischisieren, das aus angst vor dem proletariat und vor möglicher proletarisierung die identität von besitz und bildung statuiert hat. Waren aber besitz und bildung identisch, dann musste scheinhaft erworbene bildung erwerbbarer besitz garantieren, mit anderen worten die inhaber von bildung notwendig vom proletariat ausschliessen. Dies freilich unter der

bedingung eines standhaft verteidigten bildungsmonopols, eines unsichtbaren, klassenspezifischen numerus clausus.

In augenblicken, in dem diese klassenbarriere zögernd und vorsichtig niedergelegt, der zugang zu bildung nicht frei, aber freier wird, in deren das bildungsmonopol sich zwar nicht als klasse verstehenden, aber als klasse handelnden bourgeoisie angetastet wird, tauch regelmässig das schreckgespenst des „akademischen proletariats“ auf: in der weimarer republik, gleich nach 1945 und wieder jetzt. Es wird herbeigerufen von der angst der grenzen des wachstums. Erscheint der zukunfts-kuchen kleiner, dann soll er bitte denen vorbehalten bleiben, die immer schon kuchen gegessen haben, nicht aber die begehrlichkeit des proletariats wecken, das nach alter definition von der hand in den mund lebt, also kuchenlos.

Noch etwas ist an diesem ausdruck auffällig: er suggeriert, daß proletarisierung ein zukunfts-effekt daß da welche ins proletariat herabsänken, die ihm klassenmässig gar nicht zugehörten und zugehören dürften, und verschleiert damit, daß die bedingungen unter denen, diejenigen, welche nicht dem besitzbürgertum angehören, studieren, durchaus proletarisch sind.

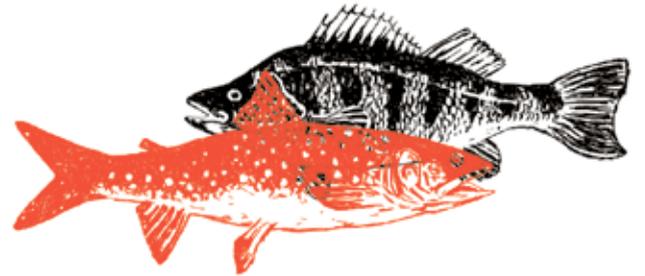
Studierende, die während ihrer studienzeit von den unter dem existenzminimum liegenden zahlungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz zu leben gezwungen sind, dürfen getrost als proletarier bezeichnet werden, denn die entlohnung, die sie für geleistete arbeit erhalten, ist so gering, dass sie der des industrie-proletariats im 19. Jahrhundert gleichgesetzt werden kann.

Das akademische proletariat, das wir zu fürchten und das wir zu vermeiden hatten, ist also keineswegs eines der zukunfts bedingt durch vermeintlich nicht vorhandene künftige arbeitsplätze, sondern das, das gegenwärtig unter kapitalistischen bedingungen an einer kapitalistischen universität produziert wird.

Dazu Ausgabe 9/74: – W Boehlich – NC- Akad.
Proletariat (alles in klein geschrieben)
(Seite 7-8)

Pädagogen in Arbeiterjugendgruppen

Mit Arbeiterjugendlichen
gemeinsame Sache machen



Anlaß für die folgenden Überlegungen ist das große Interesse, das linke Studenten und Pädagogen politischen Selbstorganisationsversuchen von Arbeiterjugendlichen (vor allem in Form selbstverwalteter Jugendzentren) seit einiger Zeit entgegenbringen und das nicht selten zu regelrechten „Interventionsstrategien“ ausgebaut wird. Ich habe, (auch an mir selbst) die Erfahrung gemacht, daß bei dem Versuch „mit Arbeiterjugendlichen gemeinsame Sache zu machen“, häufig sehr viel Unkenntnis und Fehleinschätzungen über die Situation von Arbeiterjugendlichen sowie politischen und pädagogischen Handlungsmöglichkeiten im Zusammenhang antikapitalistischer orientierter Jugendarbeit für Pädagogen zu erschließen zu helfen.

Die Frage nach den möglichen Aufgaben von Pädagogen in Arbeiterjugendgruppen ist Ausdruck einer Situation die selbst zu überwinden ist. Diese Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß wachsende Teile der Arbeiterjugend den Kampf um ihre Lebensinteressen und bessere Lebensbedingungen aufnehmen, ohne daß diese Kämpfe von sozialistischen Organisationen in breiten Umfang getragen und politisch zusammengefasst würden. Nur solange dies nicht der Fall ist, ergibt die hier gesondert gestellte Frage nach der Funktion von Pädagogen einen Sinn. Unter anderen als den heute gegebenen Voraussetzungen wäre die Wahrnehmung pädagogischer Funktionen und ihre Diskussion von den politischen Bewegungs- und Organisationsprozessen der Arbeiterjugend nicht zu trennen. Auch für die heutige Situation können die Aufgaben linker Pädagogen nicht im Sinne eines professionell-beruflichen Selbstverständnisses bestimmt werden. Wenn ich in diesem Beitrag von „Pädagogen“ spreche, so ist dabei

zu bedenken, daß mit dieser Bezeichnung nur eine Seite ihrer Tätigkeit benannt ist. Studenten und professionelle Pädagogen, die sich an Arbeiterjugendinitiativen beteiligen, vertreten dabei nicht unmittelbar Interessen, die sich aus ihrer Lebenslage ergeben, sondern sie orientieren ihr Handeln an den vermeintlichen Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen ... dieser Sachverhalt steht hinter den oft unbegriffen bleibenden Wendungen wie „mit Jugendlichen arbeiten“, „Jugendarbeit machen“. Es ist ein Stück bürgerlich-pädagogischer Ideologie, daß dieser Tatbestand nicht als Problem reflektiert und ernst hinterfragt wird. Im Zusammenhang einer Jugendarbeit, die auf die epolitische Mobilisierung von Arbeiterjugendlichen und die Entfaltung klassenbewußten Handelns in selbstbestimmten Organisationszusammenhängen der Arbeiterjugend abzielt, ergibt sich für die Pädagogen als zentrale Aufgabe, das Verhältnis der pädagogischen und politischen Dimension ihres Handelns richtig zu bestimmen. Nur auf der Grundlage einer solchen Bestimmung können Pädagogen in ihrer praktischen Arbeit die Arbeiterjugend in ihrem Emanzipationskampf wirklich unterstützen. Zum Verhältnis von Pädagogik und Politik Falsche – im Grunde bürgerliche – Bestimmungen des Verhältnisses von Pädagogik und Politik treten gemeinhin in zwei hier idealtypisch akzentuierten – Varianten auf:

Im ersten Falle wird die politische Dimension des Handelns in der pädagogischen aufgelöst, dieser untergeordnet. Diese, vor allem bei professionellen Pädagogen, für die die Jugendarbeit Mittel zu Reproduktion des eigenen Lebens ist, auftretende Tendenz bedeutet, daß der Pädagoge sich selbst zu Leitfigur der Jugendliche stilisiert. Das Verhalten, die Aktivitäten der

Jugendlichen bemißt er nicht an dem Kriterium, ob die Jugendlichen damit ihre Lebensverhältnisse verändern und sich bessere äußere Voraussetzungen für den politischen Kampf schaffen, sondern daran, ob sie dabei „Lernfortschritte“ im Sinne ihres vermeintlichen Emanzipationsinteresses machen. Entsprechend organisiert dieser Pädagoge in wohlmeinender Absicht Aktionen, Konflikte ect. mit dem Ziel, einen „Einstieg“ für Erkenntnisse zu schaffen. Die anvisierte Praxis der Jugendlichen hat in den Augen dieses Pädagogen und schließlich auch in der Realität lediglich Übungs- und Spielcharakter. Handlungen der Jugendlichen, die nicht von „pädagogischen“ Zielvorstellungen des Pädagogen entsprechen, werden von diesen diesem zu verhindern versucht mit dem Hinweis, sie würden die Jugendlichen „überfordern“, bedeuteten ein zu großes Risiko (z. B. straffällig zu werden) ect. Unter der Hand werden die institutionellen Handlungsbedingungen, denen der professionelle Sozialpädagoge unterworfen ist, und die aus seiner Klassenlage sich ergebenden Ängste und Wertvorstellungen (über „Umgangsformen“, „Fairneß“, prinzipielle Verbalisierung von Konflikten ect.) auf die Jugendlichen übertragen. Dies bedeutet gerade für Arbeiterjugendliche eine empfindsame Einschränkung ihrer Praxismöglichkeiten und führt in der Regel zur Lähmung spontaner Handlungsimpulse, im besten Fall zur schließlichen Ablehnung des pädagogischen Scheißers. Diese pädagogisierende Haltung ist auch deshalb falsch, weil das, was zu tun notwendig ist, sich nicht an allgemeinen „Erziehungszielen, sondern allein an den besonderen Bedingungen der Klassenexistenz messen kann.

Die hier dargestellte Bestimmung des Verhältnisses von Pädagogik und Politik ist



Die Frage nach den möglichen Aufgaben von Pädagogen in Arbeiterjugendgruppen ist Ausdruck einer Situation die selbst zu überwinden ist.

in der Regel Bestandteil oder bereitet den Boden für eine reformistische Politik, die letztlich das proletarische Klasseninteresse preisgibt und die Arbeiterjugend mit der bürgerlichen Ordnung versöhnt. Die zweite Variante einer falschen Bestimmung des Verhältnisses von Pädagogik und Politik ist als solche schwer zu erkennen, da sie als das Gegenteil der eben beschriebenen Variante erscheint bzw. sich selbst darstellt. Die pädagogische Dimension des Handelns wird scheinbar in der politischen aufgelöst, dieser untergeordnet. Diese vor allem bei Studenten, für die die Jugendarbeit nicht Reproduktionsgrundlage, sondern eine Gelegenheit zur Umsetzung politischen Engagements ist, auftretende Tendenz zeichnet sich dadurch aus, daß die pädagogische Dimension des Verhältnisses zu den Jugendlichen übersehen oder geleugnet wird.

Dies geschieht in der Weise, daß das von den Studenten in die Jugendgruppe eingebrachte Interesse der Jugendlichen gleichgesetzt wird und die Differenzen zwischen der eigenen Lebenslage und der Arbeiterjugendlichen als irrelevant eingeschätzt werden. Die Differenz erscheint lediglich als ein Vorsprung hinsichtlich des Wissensstands und „Durchblicks“ in das Wesen des Kapitalismus, der in der Regel durch „Schulung“ oder politische „aufgeholt“ werden soll. Die darin zum Ausdruck kommende Haltung ist häufig mit der Leugnung oder Geringschätzung

„eigener“ Interessen seitens der Studenten und einer proletkulthaften Unterordnung unter das „proletarische Klasseninteresse“ verbunden.

Die Leugnung der pädagogischen Dimension des Verhältnisses zwischen „Jugendarbeit machenden“ Studenten und Arbeiterjugendlichen führt dazu, daß diese sich, weil sie unbegriffen bleibt, als bürgerliche hinterrücks durchsetzt. Der nach seinem Selbstverständnis über bessere Kenntnisse und besseren Durchblick verfügende Student meint, den Arbeiterjugendlichen Klassenbewusstsein beibringen zu können, und muß aus dieser Grundhaltung heraus notwendigerweise die sich aus der besonderen Lebenslage der Jugendlichen ergebenden Erfahrungen und Bedürfnisse der Jugendlichen mißachten. Er modelt sich nach seinem Bilde die idealen „proletarischen Jugendlichen“, der an nichts anderem interessiert sein soll als an „politischen Diskussionen“ und „politischer Praxis“ und der sein Klassenbewusstsein wie der Student allererst durch den Kopf und durch Sprache vermittelt erwerben soll.

Die hier dargestellte zweite Bestimmung des Verhältnisses von Pädagogik und Politik ist in der Regel Bestandteil oder bereitet den Boden für eine sektiererische Politik, die letztlich die Arbeiterjugend in der verbreiteten Vorstellung bestärkt, mit „Politik“ nichts zu tun haben zu wollen, und die sie in die Arme bürgerlicher

Pädagogen und reformistischer „Arbeiterfreunde“ treibt.

Die reformistische und die sektiererische Variante des politisch-pädagogischen Selbstverständnisses von Intellektuellen haben einen gemeinsamen Kern darin, daß die Intellektuellen den Unterschied zwischen pädagogischer und politischer Dimension ihres Handelns und den klassenmäßigen Unterschied zwischen sich und den Arbeiterjugendlichen ignorieren. In beiden Varianten werden die Arbeiterjugendlichen zum Objekt der Bearbeitung wohlmeinender intellektueller Individuen degradiert, deren Probleme, Interessen, Absichten ect. einen weitaus wichtigeren Stellenwert erhalten als die der Jugendlichen selbst.

[...]

Von Manfred Liebel
Erschienen in: päd.extra 12-75 15. Juni,
Studenten und Arbeiter, Jugendliche
und Pädagogen: Schwierigkeiten bei der
gemeinsamen Sache, S. 33f.

Buch- und Medienpraxis



Ein Fortbildungsprogramm des Instituts für Deutsche Literatur und ihre Didaktik an der Goethe-Universität Frankfurt am Main

Fortbildungsprogramm Buch- und Medienpraxis

Infoabend am 24.05.2018, 19 Uhr

Casino Raum 1.801 (Campus Westend)

Wer die Frage nicht mehr hören kann, was man mit dem geisteswissenschaftlichem Studium denn danach überhaupt so werden kann, braucht neben einem dicken Fell vielleicht nicht nur für andere, sondern auch für sich eine konkrete Antwort.

Die **Buch- und Medienpraxis** setzt an der Stelle an und schlägt eine Brücke zwischen dem Studium und der Arbeit im **Kultur-, Literatur- und Medienbereich**. Wir bieten damit nach dem Bachelor, Master-, Magister- oder Diplomabschluss oder bereits während des Masterstudiums eine vielfältige Berufsorientierung und Kontaktmöglichkeiten.

Das Fortbildungsprogramm ist Teil des Instituts für deutsche Literatur und ihre Didaktik an der Goethe-Universität Frankfurt. Es kann **studien- oder berufsbegleitend** absolviert werden und ist in dieser Form deutschlandweit einzigartig.

Die Buch- und Medienpraxis bietet praktische Erfahrungen, eine beruflichen Orientierung, die Möglichkeit Kontakte zu knüpfen und des Erstellens erster Arbeitsproben für Bewerbungen. Die Kurse halten **Dozent*innen aus der Branche**. Dafür arbeiten wir mit Verlagen, Zeitungen, Museen, Rundfunk- und Fernsehanstalten zusammen. Momentan sind unsere Kooperationspartner*innen u.a.: S. Fischer Verlag, Historische Museum, hr-iNFO, Frankfurter Rundschau, Kulturperle (u.a. text&beat, openbooks, lit.cologne), Frankfurter Buchmesse, Literaturhaus Frankfurt, Tonstudio Ten7, Medienprojektzentrum Offener Kanal u.a.

Die Kurse bieten den Teilnehmer*innen die Möglichkeit, neue Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben und die Erwartungen der Berufswelt angemessen einzuschätzen, indem die Dozent*innen nicht nur aus ihrem Arbeitsalltag berichten, sondern auch Projekte umsetzen. Das gibt den Kursteilnehmer*innen die Gelegenheit, sich in einem geschützten Raum auszuprobieren und zu ihren angefertigten Arbeiten und Projekten eine qualifizierte Rückmeldung zu erhalten.

Beispielhafter Stundenplan

Wintersemester

Montag	Dienstag	Mittwoch
Buchgestaltung Uta Schneider <i>Typografin & Bildende Künstlerin (boatbook)</i>	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Horst Martin <i>u.a. Murnau-Stiftung</i>	Ausstellungskonzeption Dr. Mahret Kupka <i>Museum Angewandte Kunst</i>
Pop- und Autorenradio Klaus Walter <i>Radiomoderator, Autor</i>	Hörfunkredaktion Kultur Jochanan Shelliem <i>ARD Hörfunkjournalist</i>	Lektorat Dr. Sascha Michel <i>S. Fischer Verlag</i>

Sommersemester

Montag	Dienstag	Mittwoch
Journalismus Florian Leclerc <i>Frankfurter Rundschau</i>	Fernsehredaktion Kultur Regina Heidecke <i>ZDF</i>	Kulturmanagement I Silke Hartmann <i>Freie Kulturmanagerin</i>
Online-Journalismus Lukas Gedziorowski <i>Onlineredaktion hr-iNFO</i>	Literaturkritik Christoph Schröder <i>Freier Publizist</i>	Kulturmanagement II Silke Hartmann <i>Freie Kulturmanagerin</i>

Noch keinen konkreten Plan für nach dem Studium? Irgendwas mit Medien? Vielleicht zur Zeitung oder in einen Verlag? Kulturmanager*in werden ... Wer braucht Geisteswissenschaftler*innen?

Voraussetzungen

Wir nehmen jedes Wintersemester für das [einjährige Abendprogramm](#) 30 Bewerber*innen auf, die uns überzeugen können mit einem

- ▶ Motivationsschreiben
- ▶ einem Hochschulabschluss mit einer Note von mindestens 2,5 und
- ▶ ersten praktischen Erfahrungen (mindestens ein 4-wöchiges Praktikum in einem für die Fortbildung relevanten Berufsfeld)

Wir freuen uns auf alle Bewerbungen und einen neuen Kurs!

Bewerbungsschluss: 01. Juli 2017
Beginn des nächsten Jahrgangs:
Wintersemester 2017/2018

Weitere Informationen auf www.buchundmedienpraxis.de und am [Infoabend](#) am Donnerstag, dem 24.05.2018, 19 Uhr, Casino Raum 1.801 (Campus Westend)

Kontakt

Franziska Haug
und Nicola Menzel, Koordination
Mail: bmp@lingua.uni-frankfurt.de
Telefon: 069/79823626
www.buchundmedienpraxis.de

FAQs

Welcher Abschluss wird für die Bewerbung verlangt?

Wir nehmen Bewerbungen von Hochschulabsolvent*innen mit mindestens einem Bachelorabschluss an.

Muss ich an der Goethe-Uni immatrikuliert sein, um teilzunehmen?

Wer am Programm teilnimmt, muss sich über zwei Semester entweder als Student*in einschreiben oder einen Gasthörer*innenstatus beantragen. Die Immatrikulation hat den Vorteil, dass sie die üblichen Vergünstigungen für Studierende und das Semesterticket beinhaltet.

Welche Kosten kommen auf mich zu?

Neben der Teilnahmegebühr von 1000 Euro für das gesamte Jahr kommen die Kosten für einen Gasthörer*innenstatus (100 Euro/Semester) hinzu oder den Studienbeitrag (366,11 Euro/Semester, Stand: Februar 2018). Wer bereits aufgrund eines anderen Studiums an der Goethe-Uni immatrikuliert ist, zahlt lediglich die Teilnahmegebühr.

Gibt es eine Fördermöglichkeit, Stipendien o.ä.?

Wer Interesse daran hat sich für ein Stipendium zu bewerben, kann uns gerne darauf ansprechen oder im Anschreiben der Bewerbung darauf hinweisen. Wir bemühen uns jedes Jahr um Fördermöglichkeiten und können im Einzelfall beraten. Ein Anspruch auf Förderung besteht nicht.

Was passiert mit meiner Teilnahmegebühr?

Das Programm finanziert sich selbst aus den Gebühren. Das Budget fließt über zwei Semester in die 12 Kurse, Materialien, Technik, Gastvorträge, Veranstaltungsbesuche und die Büroausstattung für programmbezogene Aufwendungen.

Was erhalte ich als Nachweis?

Jede*r Teilnehmer*in erhält ein Zertifikat, einen Notenüberblick und ein Zeugnis oder Teilnahmenachweis für jeden belegten Kurs.

Welche Berufschancen habe ich nach dem Fortbildungsprogramm?

Die Buch- und Medienpraxis existiert seit 20 Jahren. Dadurch hat sich ein großes Netzwerk v.a. im Rhein-Main-Gebiet etabliert. Immer wieder bekommen wir Stellenausschreibungen von ehemaligen Teilnehmer*innen oder Dozent*innen, die wir an den Kurs weitergeben. Das Programm eignet sich ideal, um Kontakte zu knüpfen. Neben den Dozent*innen lernt man viele andere Teilnehmer*innen kennen, die in Zukunft voraussichtlich im Kulturbetrieb arbeiten werden und ähnliche Interessen haben. Vor allem unsere facebook-Seite für Ehemalige, aber auch unsere regelmäßigen Veranstaltungen, bieten die Möglichkeit, sich wiederzusehen, sich auszutauschen und Kontakt aufzunehmen.

Muss ich an allen 12 Kursen teilnehmen?

Nein. Einzelne Kurse können abgewählt werden oder statt mit einem Leistungsnachweis lediglich mit einem Teilnahmenachweis abgeschlossen werden. Um ein Zertifikat zu erhalten, müssen aber mindestens 10 Kurse belegt werden. In jedem Fall werden alle abgeschlossenen Kurse mit einem Einzelzeugnis oder Teilnahmenachweis bestätigt, unabhängig davon, an wie vielen Kursen teilgenommen wurde.

Wann erfahre ich, ob ich angenommen wurde?

Wir informieren unsere Bewerber*innen bis spätestens Anfang August, d.h. etwa einen Monat nach Bewerbungseingang.

Beitrag der feministischen philosoph_innen

In den letzten Monaten sind kritische Stimmen im Institut für Philosophie an der Goethe Universität lauter geworden: Gut besuchte bis völlig überfüllte Podiumsdiskussionen befragten die Haltung der Philosophie gegenüber Geschlecht und ihre Einstellung zu ihrer eigenen Lehrbarkeit. Zwei Workshops der *feministischen philosoph_innen frankfurt* boten Raum, um sich über kritische Männlich*keiten und die Situation von Frauen* in der gegenwärtigen Philosophie auszutauschen. Die derzeitige Fülle an Veranstaltungen, die sich kritisch mit den Strukturen am Institut auseinandersetzen, lässt eine Vermutung hervortreten: Könnten all' die Probleme in irgendeiner Weise miteinander zusammenhängen? Offensichtlich ist, dass Redebedarf besteht, zumindest von Seiten der Studierenden. Interessant und gleichzeitig unverständlich ist, dass einige der Diskussionsherde prägnante Parallelen zu Fragen aufweisen, die sich schon vor 50 Jahren in ähnlichen Kontexten hervordrängten:

„Am 13. September 1968, beim Bundeskongress des SDS in Frankfurt, feuerte die Aktivistin Sigrid Rieger drei Tomaten auf Hans-Jürgen Krahl ab, der als intellektueller Kopf der Bewegung sich mal wieder selbstverliebt am Mikro produzierte. Eine Tomate traf Krahl voll ins Gesicht – einen großen Lerneffekt löste sie wohl nicht aus.“¹

Interessant daran ist, dass unser akutes Unbehagen offensichtlich keinen außergewöhnlichen Einzelfall markiert, der rasch ausdiskutierbar wäre. Doch genau das macht die ganze Sachlage auch höchst unverständlich; denn warum muss dieses Geflecht von hartnäckigen Problemen erstens immer noch und zweitens vor allem von studentischer Seite aus artikuliert und überhaupt sichtbar gemacht werden?

Kaum ein anderes Institut an der Goethe Universität verzeichnet eine derart schlechte Repräsentation von Frauen* auf Ebene der Professor_innen². Für erstgenannte Podiumsdiskussion musste sich deshalb eine Professorin aus dem FB03 „entliehen“ werden. Diese Entwicklung verschärft sich zunehmend im Studienverlauf. Im Bachelorstudium liegt der Frauen*anteil noch bei etwa 50%. Dieser Zustand ist weder grundlos, noch ein Einzelfall. Lisa Mangold hat in ihrer Masterarbeit die Situation von Studentinnen* in der akademischen Philosophie an der FU Berlin untersucht³. Ihre, uns sehr vertraut erscheinenden Ergebnisse präsentierte sie bei einem der Workshops, den wir in Frankfurt organisiert haben. Der immer geringer werdende Anteil von Studentinnen* lässt sich teilweise mithilfe von theoretischen Modellen aus der Vorurteilsforschung erklären. Implizite Vorurteile, die jeder von uns an andere Personen heranträgt⁴ sind es, die in der Philosophie

in besonderem Maße wirksam werden. Der ideale Vorzeigephilosoph* war und ist weiterhin männlich* konnotiert. Diese „Männlichkeit“ macht sich in unterschiedlichsten Formen im Philosophiestudium bemerkbar.

Das zeigt uns unter anderem die an den Instituten gelehrte Geschichte der Philosophie, die eine Geschichte von Männern* über Männer* ist, in welcher die Beiträge von Frauen* vor allem retrospektiv ausgelöscht oder inkorporiert wurden. Dieser Ausschluss wird in Frankfurt weder aufgearbeitet, noch transparent gemacht⁵. Studierenden wird der Eindruck vermittelt, es hätte keine Frauen* in der Geschichte der Philosophie gegeben. Unübersehbare Einzelphänomene werden als „übernatürliche“ Ausnahmen inszeniert, sodass diese Beiträge zur Philosophie über ein Herauswachsen der Philosophinnen* aus dem „normalen“ Frau*-sein erklärt werden. Gerade das Schweigen über diese Probleme nährt die vagen Vorurteile, die das Idealbild des männlichen Philosophen* hartnäckig prägen. Gepaart mit der fehlenden Präsenz von weiblichen Professorinnen* (und Lehrpersonen: in Frankfurt gibt es etwa doppelt so viel männliche wie weibliche Lehrpersonen) und damit fehlenden Vorbildern für Studentinnen* ergibt sich eine desaströse Situation. Die Internalisierung dieser Stereotypen resultiert nicht selten in einer Unterperformanz, die zur



Sollte unseren Forderungen keine Beachtung geschenkt werden, wird es Zeit, wieder Tomaten mit in die Seminare und Vorlesungen zu nehmen.



Unterschätzung der eigenen Leistungen führt, was sich unter anderem in einem Verstummen von Frauen* in den Seminaren ausdrückt.

Hinzu kommt eine bemerkenswert adversative Diskurskultur am Frankfurter Institut. Jede*r von uns kennt die Seminare, in denen verzweifelte Konkurrenz um die begehrte Redezeit herrscht. Dabei geht es nicht immer um eine konstruktive Weiterentwicklung der Diskussion oder um ein Reagieren auf vorherige Redebeiträge oder um ein echtes inhaltliches Nachfragen. Das Zeitfenster der Aufmerksamkeit wird genutzt, um dem Professor* maximal positiv aufzufallen. Über Namedropping, überkritische Positionen oder gar Imitation der Lehrperson wird krampfhaft auf die eigenen „Genialität“ hingewiesen. Diese absurde Mischung aus Kriechertum und Arroganz lässt eine Reihe anderer Studierender (und in dieser sind nicht nur Frauen* zu nennen) zu passiven Zuschauer_innen dieses Schauspiels werden.

Es wäre allerdings problematisch, die schillernde Problemlage auf die Internalisierung von Stereotypen zu reduzieren. Das würde zu einer Individualisierung von Zuständigkeiten führen, die die Probleme klar aufseiten der Frauen* (und aller anderen marginalisierten Gruppen) verorten und diese im besten Fall zur Überwindung und damit Anpassung auffordern. Wir wollen hier deutlich auf die Verantwortung aller Beteiligten hinweisen, egal welche Position in der Relation sie einnehmen. Gerade im Hinblick auf vorherige Generationen von aktivistischen Frauen* stellt sich die Frage, welche grundlegende Haltung wir annehmen wollen. Sind Workshops und Podiumsdiskussionen, in denen wir uns gegenseitig austauschen, das richtige und hinreichende Mittel, um etwas zu verändern?

„Befreit die sozialistischen Eminenzen von ihren bürgerlichen Schwänzen!“ steht auf einem Flugblatt des Frankfurter Weiberates vom 16. November 1968. Der Kampf von Frauen* vor 50 Jahren wurde deutlich wütender gekämpft. Die heutige Affektpalette scheint von zu viel Resignation und Hoffnungslosigkeit dominiert zu sein. Diesen treten wir entschieden entgegen.

Wir fordern Transparenz und Selbstreflexion über die dominanten Strukturen in den Seminaren, Auswahlverfahren für diverse berufliche Stellungen innerhalb der akademischen Philosophie und die Entscheidungsfindung in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung innerhalb wie außerhalb der Philosophie. Wir wollen Frauen* in Lehrpositionen sehen, insbesondere in den entfristeten⁶. Wir fordern

eine statusgruppenübergreifende Diskussion darüber, wie wir miteinander sprechen und philosophieren wollen.⁷ Und wir fordern ein Ende der elitären Zirkel und damit einen erleichterten Zugang zu allen relevanten Informationen für ausnahmslos alle Studierenden ein (u.a. Stellenausschreibungen, Stipendiausschreibungen, Veranstaltungen). Sollte unseren Forderungen keine Beachtung geschenkt werden, wird es Zeit, wieder Tomaten mit in die Seminare und Vorlesungen zu nehmen.

beitrag der feministischen
philosoph_innen

- 1 Frankfurter Rundschau 5.2.18: <http://www.fr.de/frankfurt/1968-in-frankfurt-frauen-gegen-die-68er-machos-a-1441430> (Zuletzt aufgerufen am 22.2.18).
- 2 Professorinnen* am Frankfurter Institut: <http://www.uni-frankfurt.de/49546671/Personen> (Zuletzt aufgerufen am 22.2.18), zur Lage der Philosophie international siehe beispielsweise: Haslanger, Sally: Changing the Ideology and Culture of Philosophy: Not by Reason (Alone). In: Hypatia Vol. 23, No. 2, Just War (Apr. – Jun., 2008), pp. 210 –223. http://www.jstor.org/stable/25483187?seq=1#page_scan_tab_contents (Zuletzt aufgerufen am 22.2.18) oder: Debbie Ma, Clennie Webster, Nanae Tachibe & Robert Gressis (2017): 21% versus 79%: Explaining philosophys gender disparities with stereotyping and identification. In: Philosophical Psychology, DOI: 10.1080/09515089.2017.1363881 <http://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/09515089.2017.1363881?journalCode=cphp20> (Zuletzt aufgerufen am 22.2.18).
- 3 <http://dgphil.de/fileadmin/newsletters/Mitteilungen-der-DGPhil-Nr-28.pdf> (Zuletzt aufgerufen am 22.2.18).
- 4 wer das nicht glaubt, kann sich online selbst testen: <https://implicit.harvard.edu/implicit/germany/> (Zuletzt aufgerufen am 22.2.18)
- 5 Ganz anders in Paderborn: Ruth Hagengruber, Professorin für Praktische Philosophie an der Universität Paderborn, bietet beispielsweise dieses Jahr die „Summer School 2018 on Women Philosophers and Scientists“ an. <http://historyofwomenphilosophers.org> (Zuletzt aufgerufen am 22.2.18).
- 6 Es ist außerdem relevant, den Zusammenhang zwischen dem erlernten und kultivierten Einzelkämpfertum und der Aussicht auf lächerlich wenige entfristete Stellen herauszuarbeiten und ernst zu nehmen.
- 7 Die Society for Women in Philosophy – Verein zur Förderung von Frauen in der Philosophie stellt bereits einige Informationen und einen Leitfaden bereit <http://swip-philosophinnen.org/good-practice-guide/> (Zuletzt aufgerufen am 22.2.18)

Sexismus im Senat

Chirurgie zu blutig für Frauen*?

Wir wissen ja, dass Universitäten trotz der progressiven studentischen Gedankenvielfalt geprägt sind von konservativen Strukturen und überholten Denkweisen. Trotzdem überraschen unsere Professor*innen doch immer wieder mit völlig veralteten und diskriminierenden Weltansichten. Ein solcher Moment ereignete sich im September letzten Jahres im Senat der Goethe-Universität:

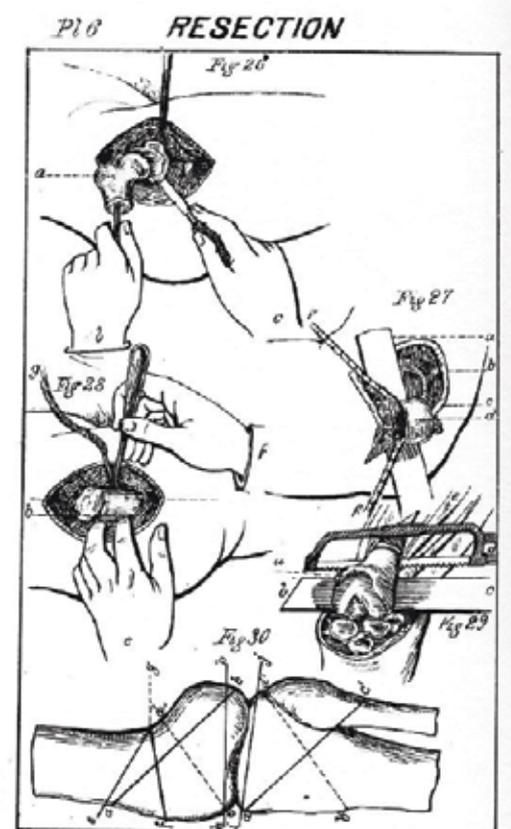
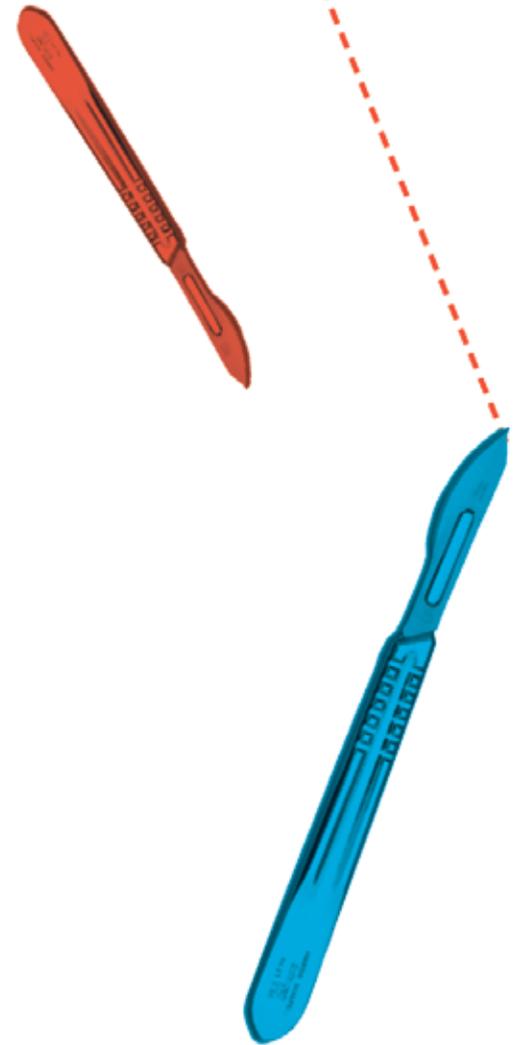
Als der Senat sich in der Septembersitzung über die Besetzung der Professuren für Oralchirurgie und Kinderherzchirurgie befinden sollte, fragte die einzige Professorin unter den 9 professoralen Mitgliedern des Senats, warum denn je nur drei Männer auf den Kandidatenlisten stünden. Eine eines*einer Akademiker*in würdigen Antwort wäre nun reflektierend gewesen und hätte die strukturelle Diskriminierung aufgezeigt, die es Frauen* schwerer macht eine Professur anzustreben bzw. diese zu erhalten und hätte möglichst geschlossen mit dem wenn auch nicht ernsthaft gemeinten Vorhaben dieses offensichtliche Ungleichgewicht nun anzugehen und zu überwinden.

Prof. Dr. Dr. Dr. Sader, seines Zeichens Studiendekan für den klinischen Abschnitt des Fachbereichs 16 (Medizin) und Mund-, Kiefer-, Gesichtschirurg, allerdings erklärte dieses Phänomen ganz anders: *Die Chirurgie sei einfach kein Bereich, in dem viele Frauen arbeiten wollten - es sei ihnen einfach zu blutig und körperlich zu anstrengend mehrere Stunden im OP zu stehen.* Nach den verständlicherweise entrüsteten

Entgegnungen einer studentischen Senatorin doch bitte sachlich zu argumentieren, entgegnete der Studiendekan, dass dies nun einmal seine subjektive Meinung sei und es ja genügend Studien gebe, die belegen, dass weibliche Studierende diesen Weg ungern einschlagen, weil es so anstrengend sei.

Diese Aussagen muss man erst einmal sinken lassen. Wer im Ernst glaubt, Frauen* entscheiden sich ungern für anstrengende Berufe, hat keine Ahnung von wirklicher körperlicher Arbeit in beispielsweise Reinigungs-, Einzelhandels- oder Pflegerberufen (was als Arzt schon wirklich erstaunlich ist), und vergisst völlig die durchaus auch körperlich anstrengende Haushalts-, Betreuung- und Pflegearbeit (Care-Arbeit), die zum allergrößten Teil durch Frauen* ausgeübt wird und zudem unentgeltlich.

Die Gründe, warum sich viele Medizinerinnen* gegen eine chirurgische Facharztausbildung entscheiden, sind struktureller Art: Ich kenne viele Medizinstudentinnen*, die sich für eine chirurgische Facharzttrichtung interessieren. Faktoren, die diese Ärztinnen* meiner Erfahrung nach von eben dieser Richtung abhalten, sind unter anderem eine schwierig damit zu vereinbarende Familienplanung, zu tolerierende Überstunden und das immer noch übliche Macho-Gehabe in chirurgischen Abteilungen. Als Assistenzärztin in der allgemeinen chirurgischen Ausbildung erlebe ich genau diese Punkte ebenfalls als störend, nehme



Wenn man sich Statistiken über die Verteilung der Geschlechter in universitären Gremien anschaut, sieht man bekanntermaßen ein deutliches Ungleichgewicht zugunsten der männlichen Vertreter – insbesondere bei den Professuren (77% männlich besetzt).



sie aber aufgrund meiner Leidenschaft für dieses Fach in Kauf und hoffe, dass die Entwicklung hin zu einer besseren Work-Life-Balance und Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit der wachsenden Anzahl von Ärztinnen* auch in diesem Fachbereich weiter fortschreitet.

Für Zahnmedizinerinnen* ist es fast unmöglich eine Stelle in einer fortbildungsermächtigten oralchirurgischen Praxis zu bekommen, da die fast ausschließlich männlichen Praxisinhaber ihre meist rar gesäten Assistent*innenstellen ungern an weibliche Kolleginnen vergeben, da sie Angst um frühe Ausfallzeiten wegen Mutterschutz und Elternzeit haben. Betriebswirtschaftlich ist das durchaus verständlich, sozialpolitisch gesehen aber diskriminierend. Diese Praxis kann keine langfristige Lösung sein, auch wenn es noch Jahre dauern wird, bis auch Männer im Durchschnitt einen gleichwertigen Anteil an der Erziehungsarbeit leisten werden; insbesondere, weil auch in der Zahnmedizin der Anteil der Absolventinnen* stetig steigt.

Herr Prof. Dr. Dr. Dr. Sader sollte sich ggf. mal mit genderpolitischen Aspekten befassen - er selbst hat vor einigen Jahren schließlich einen Beschluss im Studenausschuss erwirkt, der die Forschung über gendergerechte Lehre in der Medizin voranbringen sollte. Was ist eigentlich daraus geworden?

Ich empfehle dem Studiendekan zumindest seine klischeebehafteten Vorurteile über seine künftigen weiblichen Kolleginnen* zu überdenken und sie statt solche falschen Pauschalerklärungen in den Raum zu werfen künftig bei ihrer Ausbildung zu Chirurginnen* zu unterstützen - vielleicht wird es dann in Zukunft auch Professorinnen* der chirurgischen Fächer im Senat zur Abstimmung geben.

Name der Autorin
der Redaktion bekannt.

Über den Momei

Eine Basisgewerkschaft Transformationsperspek

„Und da die Organisation das eigentliche Medium ist, in welchem die Verdinglichung der menschlichen Beziehungen sich abspielt – das einzige übrigens auch in dem sie könnte überwunden werden –, so kommt der Verfasser notwendig zu einer Kritik am Gewerkschaftswesen.“

Walter Benjamin¹



Seit ihrer Gründung im November 2016 finden sich an der Goethe Uni immer mehr Menschen aus unterschiedlichen Fachbereichen und Statusgruppen in der Basisgewerkschaft unter_bau zusammen. Neben der Erfahrung, gemeinsam die eigenen Studien- und Arbeitsbedingungen zu reflektieren und sich für deren Verbesserungen einzusetzen, schafft die Gewerkschaft auch einen kulturellen Raum für gemeinsame Bildungsprozesse: beispielsweise durch Filmabende, Lesekreise, praktische Arbeit in Gruppen und Sekretariaten. Gemeinsam lässt sich das gewinnen, was in der universitären Lehre und der Massenuniversität fehlt: ein solidarisches Miteinander und eine praktische Orientierung, ausgehend von der eigenen Rolle als Studierende und Beschäftigte.

Meist wissen wir wenig bis nichts über die Situation anderer Statusgruppen und Fachbereiche. Wir stecken in universitären Filterblasen. Im unter_bau bringen wir diese Blasen zum platzen, indem wir einen Raum für sonst unwahrscheinliche Begegnungen schaffen. Neben einem

großen Anteil von Menschen aus den Gesellschafts- und Geisteswissenschaften haben wir beispielsweise auch eine aktive Gruppe aus Naturwissenschaftler_innen am Riedberg (genannt „unter_berg“), sowie Jurist_innen und traditionell viele Mediziner_innen, die sich bei uns engagieren. Unser Ziel ist einerseits die Verbesserung der Studien- und Arbeitsbedingungen sowie andererseits die Demokratisierung der Hochschule. Unter Demokratisierung der Hochschule verstehen wir dabei nicht nur eine aktive und bewusste Gestaltung der Studien- und Arbeitsbedingungen durch die Menschen selbst; es geht uns perspektivisch auch darum, die Einbindung der Lehre und Wissenschaft in der Gesellschaft bewusst reflektieren und (mit-)gestalten zu können.

Für uns ist es von zentraler Bedeutung, Studierende gezielt in die gewerkschaftliche Organisation einzubinden: Denn viele Studierende müssen bereits während ihres Studiums etwas zu ihrem Lebensunterhalt hinzuverdienen – sei es als Hilfskräfte in der Uni oder in studentischen

Jobs außerhalb. Darüber hinaus werden nahezu alle Studierenden nach ihrem Studium Zeit ihres Lebens lohnabhängig sein. Auch gilt es, dem Wandel der Produktions- und Arbeitsverhältnisse Rechnung zu tragen: Derzeit beginnen 56% eines Jahrgangs in Deutschland ein Hochschulstudium. Das macht den Ausbildungscharakter des Studiums deutlich, sowie die Tatsache, dass ein Hochschulabschluss keineswegs mehr automatisch zu einer privilegierten gesellschaftlichen Position führt. Nahezu alle Studierenden werden nach ihrem Studium Zeit ihres Lebens lohnabhängig sein. Darüber hinaus wird insbesondere durch die politisch geschaffene Drittmittelabhängigkeit, die Wissenschaft zunehmend dazu gezwungen, ihre Verwertbarkeit für Kapitalinteressen unmittelbar auszuweisen. Diese eigene gesellschaftliche Position als Studierende und Hochschulangehörige zu reflektieren und einen über die eigenen Rechte und Interessen aufgeklärten Umgang damit zu finden, ist ein wichtiger Schritt in Richtung politischer Mündigkeit.

Linke Politik muss gewerkschaftlicher werden!

Unserem gewerkschaftlichen Engagement liegt darüber hinaus die Auffassung zugrunde, dass linke Politik insgesamt gewerkschaftlicher werden muss. Hierfür gibt es mindestens drei zentrale Gründe:

Interessen statt Bewusstsein: Viele linke Ansätze – und insbesondere die Ansätze linker Studierender – agieren oft losgelöst von gesellschaftlichen Interessenslagen. Das bedeutet jedoch, dass eine Politisierung gewissermaßen in der Luft hängt. Derartige Formen der Politisierung sind sehr instabil und gestatten nur sehr begrenzte Zusammenschlüsse. Zumeist müssen sie das jeweils als „richtig“ angesehene Bewusstsein bereits voraussetzen, obwohl doch gerade die Organisationen überhaupt erst die Möglichkeit bieten, in politische Bildungsprozesse einzutreten. So kommt man über das bereits „politisierte“ Klientel nicht hinaus.

Formale Organisation statt Tyrannei der Strukturlosigkeit: Darüber hinaus sind viele linke Gruppen häufig strukturlos. Eine derartige „Informalität“ wird mitunter sogar als freiheitlich und antihierarchisch gepriesen. In Wirklichkeit bilden sich auf diese Weise informelle Hierarchien heraus, die noch dazu häufig unsichtbar sind.² Auch werden informelle Ausschlüsse verstärkt: Oft sind es unausgesprochene, aber deshalb umso wirkmächtigere Anforderungen linker Gruppen, bereits beim Betreten der jeweiligen Räume mit den richtigen subkulturellen Codes, Ausdrücken und Theorien aufwarten zu können. Obwohl sie angeblich für Pluralität und Vielfalt stehen, sind viele Gruppen in Wirklichkeit oft exklusiv und homogen. Derartige Tendenzen wollen wir durch formale Strukturen möglichst überwinden.

Strategische Perspektive statt schrillum Aktionismus: Oft ist linker Aktivismus auf kurzfristige Aktionen beschränkt. Sofern Forderungen erhoben werden, sind sie meist auf Erfüllung hier und jetzt ausgerichtet und müssen sich mit diesem sofortigen Verwirklichungsanspruch möglichst kompromisslos geben, wenn sie ihn de facto auch nicht einlösen können. Es fehlt eine Perspektive, die in Entwicklungen denkt und somit auch Lernprozesse möglich macht. Anders gesagt: Es fehlt ein strategischer Horizont, wie ein umfassenderer, nachhaltigerer Aufbau von Handlungsmacht aussehen kann. Durch gewerkschaftliche Praxis hingegen können jenseits von Rhetorik und Flugblätterverteilung wirkliche Veränderungen durchgesetzt werden. Kleine Erfolge führen zur Stärkung der Organisation und eröffnen weitergehende Möglichkeiten. Auch können positive Ergebnisse wiederum als Referenz für andere Initiativen an anderen Orten dienen: Denn lokale Erfolge sind immer notwendig, damit eine Bewegung eine größere Dynamik entwickeln kann.

Aber warum eine alternative Gewerkschaft aufbauen, wo es doch bereits etablierte Gewerkschaften gibt?

Gewerkschaftspluralismus in Organisationsform und politischer Ausrichtung

Vorab sei betont: Selbstverständlich arbeiten wir solidarisch mit anderen Gewerkschaften zusammen, insbesondere mit den dort organisierten Kolleg_innen. Auch Doppelmitgliedschaften halten wir für sinnvoll. Wir begrüßen Entwicklungen wie die innovative Tarifpolitik an der Berliner Charité,³ der erfolgreiche Kampf um Wiedereingliederung ausgelagerter Beschäftigter an der FU Berlin,⁴ oder die gewerkschaftsübergreifende Kampagne zu TVStud Berlin.⁵ Doch ist es wichtig zu betonen, dass es unterschiedliche Formen von Gewerkschaft gibt. Ein wirklicher Gewerkschaftspluralismus bezieht sich nicht auf den Widerstreit von Zentralgewerkschaft und Berufs- oder Sparten-gewerkschaften. Er betrifft vielmehr sowohl Struktur und Funktionsweise, als auch Fragen der Strategie und Programmatik. Es gab und gibt Gewerkschaften, die sich keineswegs bloß auf Lohnfragen beschränken. Zu welchen Zwecken und unter welchen Bedingungen gestreikt werden darf, ist auch in Deutschland Ergebnis vergangener Auseinandersetzungen und der diese begleitenden Rechtsprechung. So traten beispielsweise die Mercedes Arbeiter in Bremen im Dezember 2014 in einen wilden Streik gegen Leiharbeit und die Auslagerung von weiteren Stellen an Leiharbeitsfirmen – doch die IG Metall wollte sich nicht auf einen Streik jenseits von Tarifforderungen einlassen und versagte ihnen die Unterstützung.⁶ – Ein Beispiel von vielen, das verdeutlicht, dass die etablierten Gewerkschaften oft wichtige Arbeitskämpfe unterbinden, statt sie zu befördern.

Der Mitgliederschwund der Gewerkschaften in den vergangenen Jahrzehnten verweist auch auf eine Enttäuschung vieler Lohnabhängiger über die Möglichkeiten der Mitbestimmung und die korporatistische Politik der DGB-Verbände. Deswegen ist das Aufzeigen alternativer Ansätze und Programme in der Praxis zentral, um viele Menschen überhaupt erst wieder für gewerkschaftliches Engagement zu aktivieren.⁷

Schule der Demokratie

Die Existenzberechtigung einer emanzipatorischen Gewerkschaft ergibt sich zudem aus ihrer alternativen Organisationsstruktur. So ist der unter_bau, im Gegensatz zu zentralistischen Organisationen, föderalistisch und basisdemokratisch organisiert. Der gesamte unter_bau trifft sich in der Vollversammlung der allgemeinen Assoziation, wo die verschiedenen Aufgabenbereiche zusammengeführt werden. In diesem Basisgremium werden die

Entscheidungen mit einfacher Mehrheit getroffen. Zwischen den Versammlungen setzt ein gewähltes Sekretariat die gefassten Beschlüsse um, gebunden an ein imperatives Mandat und jederzeit abwählbar. So soll wirkliche Verantwortlichkeit etabliert werden. Zudem gibt es eine Vollversammlung der Frauen* im unter_bau, in der Forderungen zu frauenspezifischen Themen entwickelt und Wege gefunden werden, diese gewerkschaftlich anzugehen. Durch die Vollversammlungen, die imperativen Mandate und die strukturelle Einbindung trägt die Organisation partizipatorisch-demokratischen Charakter. So bleibt die Organisation lebendig und erstarrt nicht in Routinen; bildet sich keine Funktionärsschicht heraus, deren Interessen mitunter mit denen der Basis kollidieren; – und so wird unsere Organisation praktisch zu einer Schule der Demokratie: Denn die Befähigung, die eigenen Lebensverhältnisse bewusst zu gestalten, an demokratischer Meinungs- und Willensbildung teilzuhaben, sich Regeln zu geben und an diese zu halten, fällt nicht vom Himmel, sondern muss in den Organisationen, in denen wir unseren Alltag verbringen, gelebt werden.

Die gegenseitige Abhängigkeit als Stärke begreifen

In der Arbeitswelt hängen wir alle immer schon voneinander ab: Ohne Reinigungskräfte erstickt auch der Uni-Betrieb schnell im Dreck. Geistige Arbeit ist auf Essen und eine funktionierende Infrastruktur angewiesen. Ohne studentische Hilfskräfte würde sowohl die technische Infrastruktur als auch die Lehre zusammenbrechen. Wir vertreten einen statusübergreifenden Ansatz, der dieser existierenden Abhängigkeit Rechnung trägt. Nicht nur integrieren wir die große Masse der Universitätsmitglieder, die Studierenden, in unserer Programmatik. Zudem wollen wir langfristig die Spaltung zwischen akademischem und nicht-akademischem Personal, die auch an unserer Uni durch Ausgliederung von Dienstleistungen in Leiharbeitsfirmen verstärkt wird, überwinden. Forderungen nach Verbesserungen der einen Statusgruppe dürfen nicht auf Kosten einer anderen gehen. Und gemeinsam lässt sich mehr durchsetzen als alleine.

Politischer Horizont:

Transformationsorganisation

Dass es im Bildungsbereich derzeit Vieles zu verbessern gibt, ist offensichtlich: Vernachlässigte Lehre, die durch oftmals inhaltsleere Beschäftigungstherapien für den Scheinerwerb „kompensiert“ wird; überfüllte Seminare und kaum existierende Betreuung durch Dozierende sind für Studierende die wohl augenscheinlichsten Probleme. Dass diese Situation wiederum mit den prekären Beschäftigungsverhältnissen zusammenhängt, sowie mit der Tatsache, dass die künstlich geschaffene Drittmittelabhängigkeit der

Universitäten Professor_innen und den Mittelbau noch zusätzlich von Lehre und Forschung abhält und stattdessen zur permanenten Selbstvermarktung zwingt, ist für Studierende jedoch nicht immer unmittelbar einsichtig. Ebenso wenig wie die Tatsache, dass nur aufgrund der „freiwilligen“, also faktisch unbezahlten Mehrarbeit des Mittelbaus der Universitätsbetrieb mit Seminaren, Betreuung von Hausarbeiten und anderen Prüfungen derzeit überhaupt noch aufrecht erhalten werden kann. – An diesen akuten Problemen des Bildungssystems wollen wir ansetzen.

Doch wollen wir als Gewerkschaft nicht nur Interessens-, sondern auch Transformationsorganisation sein. Das bedeutet, dass wir Tageskampf und weitergehende Veränderungen stets zusammen denken. So sollen sowohl unsere Aktionen als auch unsere Organisationsform die Orientierung auf unser langfristiges Ziel vermitteln: eine basisdemokratische, selbstverwaltete Hochschule, die sich an den Interessen der Beschäftigten ausrichtet und die Einbindung der Lehre und Wissenschaft in die Gesellschaft bewusst reflektiert, statt blind durch verselbständigte Eigenlogiken getrieben zu werden. Und auch ein weitergehender Ausblick sei in Zeiten eines verkümmerten utopischen Vorstellungsvermögens gestattet, dem es meist leichter fällt, sich das Ende der Welt vorzustellen, als das Ende des Kapitalismus: Denn die bewusste Selbstorganisation der Menschen soll selbstverständlich nicht auf die Hochschulen beschränkt bleiben, sondern Teil eines umfassenden Umbaus der Verhältnisse werden, um eine wirkliche Demokratisierung der Gesellschaft zu verwirklichen. Unsere gesellschaftliche Transformationsperspektive sieht den Aufbau von Basisgewerkschaften in allen Bereichen vor, die neben dem alltäglichen Kampf um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen die Aneignung der sozio-ökonomischen Sphäre vorbereiten, um auch die gesamtgesellschaftliche Arbeitsteilung im Rahmen einer Gesamtföderation bewusst organisieren und koordinieren zu können. Nicht nur Arbeitswelt und Produktion sollen auf diese Weise demokratisiert werden: Auch in Kämpfen von Mieter_innen können basisgewerkschaftliche Organisationen neue Perspektiven eröffnen. So können in die Gesamtföderation eingegliederte Nachbarschaftsräte entstehen, die neben der Selbstbestimmung in der Arbeitswelt eine zweite Säule realer Autonomie darstellen und demokratische Politik zu einer Alltagssache der Menschen machen.

Die nächsten Schritte

Auch dieser utopische Horizont mag das alltägliche Engagement im unter_bau motivieren. Doch gilt es, bei konkreten Problemen anzusetzen und für Ziele zu kämpfen, die in nächster Zeit realistisch durchsetzbar sind: Eine Reduktion der Pseudo-Aktivität für Scheinleistungen in

den Studiengängen, um Zeit für wirkliches Lernen zu schaffen; die Durchsetzung des allgemeinen Gleichstellungsgesetzes, das Beschäftigte gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz schützt und dessen Ausweitung auf Studierende; ein Tarifvertrag für Hilfskräfte und die Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen im Mittelbau – das sind neben der Konsolidierung unserer Organisation einige unserer nächsten konkreten Ziele. So lässt sich unmittelbar der Alltag der Studierenden und Beschäftigten verbessern – und damit gleichzeitig die Ausgangslage für zukünftige Kämpfe.

Wenn du Interesse an der Arbeit des unter_bau hast, schau gerne mal bei einer unserer Veranstaltungen oder einem unserer Treffen vorbei. Die Termine findest du auf unserer Website: <https://unterbau.org/> und unserer Facebook-Seite: <https://www.facebook.com/unterbau.org/> Wir freuen uns über neue Erfahrungsberichte zur Situation an der Hochschule – und über zusätzliche Mitstreiter_innen.

David Walter (unter_bau)



- 1 Walter Benjamin, „Ein Außenseiter macht sich bemerkbar. Rezension zu Sigfrid Kracauer Die Angestellten“ (1930), in: Desr.: Gesammelte Schriften Bd. III (Hg. von H. Tiedemann-Bartels), S.220f., Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1991.
- 2 Vgl. hierzu den Text von Jo Freeman: Die Tyrannei der unstrukturierten Gruppen, online unter: <https://www.anarchismus.at/anarcha-feminismus/feminismus/807-joreen-die-tyrannei-der-unstrukturierten-gruppen>
- 3 Siehe bspw. den Artikel „Die Charité schreibt Tarif-Geschichte“, von Hannes Heine, Tagesspiegel 28.04.2016, online unter: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/mehr-personal-fuer-berliner-uniklinik-die-charite-schreibt-tarif-geschichte/13518510.html>
- 4 Am Botanischen Garten der Freien Universität Berlin wurde erfolgreich für die Wiedereingliederung von outgesourceten Beschäftigten gekämpft. Siehe <http://www.verdi-botanischer-garten.de/wordpress/>
- 5 TVStud kämpft derzeit für einen neuen Tarifvertrag der studentischen Hilfskräfte an den Berliner Hochschulen. Siehe: <https://tvstud.berlin/>
- 6 „Die Kampfansage“ von Maike Hildebrand, Deutschlandfunk Das Feature vom 16.05.2017, online unter: http://www.deutschlandfunk.de/die-kampfansage-mercedes-arbeiter-fordern-ein-neues.1247.de.html?dram:article_id=384864
- 7 Siehe auch den Bericht zu unserer Podiumsdiskussion: „Verwalter oder Spalter“ <https://unterbau.org/2016/11/28/verwalter-oder-spalter-wie-weit-koennen-gewerkschaften-ander-uni-gehen/>; sowie den Kommentar: „Zum Mythos der antifaschistischen Einheitsgewerkschaft“ <https://unterbau.org/2017/04/28/zum-mythos-der-antifaschistischen-einheitsgewerkschaft/>

100 Jahre Oktoberrevolution – was bleibt?

Die Erfahrungen der kämpfenden Klasse fallen uns nicht so zu, wie die Geschichte den Siegern immer zufällt.

Anlässlich des Jubiläums der Oktoberrevolution wurde die *Antifa Kritik und Klassenkampf* nach Leipzig eingeladen, um dort darüber zu diskutieren, welche Relevanz die Oktoberrevolution heute überhaupt noch für linke Praxis hat. Konkret wurden wir gefragt, welches Verhältnis wir als AKK zur Oktoberrevolution haben.

Im Grunde lässt sich diese Frage einfach beantworten: Wir haben in diesem Sinne kein Verhältnis zur Oktoberrevolution, dass wir aus diesem revolutionären Projekt unsere heutige Praxis ableiten würden. Direkte historische Anknüpfungspunkte sind eher andere, die in einem direkteren Bezug zum gegenwärtigen Stadium kapitalistischer Vergesellschaftung in der BRD stehen, wie etwa das Sozialistische Büro der 70er Jahre (vgl. unser Strategiepapier: Der kommende Aufprall).

Überhaupt kommen die meisten Menschen wohl nicht von der Oktoberrevolution zur Politik, sondern umgekehrt, als Kommunist*innen wenden wir uns den geschichtlichen Unternehmungen der kämpfenden Klasse zu und suchen daraus zu lernen und daran anzuknüpfen; am Bild der geknechteten Vorfahren nähren wir unseren Hass¹ wie den Kampfeswillen.

Und so begreifen wir die Oktoberrevolution als kantianisches Geschichtszeichen: als ein Ereignis, das die in der menschlichen Geschichte noch nicht eingelöste Hoffnung aufschimmern lässt und den revolutionären Enthusiasmus aufs Neue

entfachen kann. Sie entfaltet ihre Kraft dort, wo sie uns weder als nostalgisches Eingedenken antiquierender Geschichte noch als geschichtsvergessene Anpassung ans je Gegenwärtige in der leeren Fortschrittshoffnung der befreiten Enkel gegenübertritt.

Die Erfahrungen der kämpfenden Klasse fallen uns nicht so zu, wie die Geschichte den Siegern immer zufällt. „In jeder Epoche“, schreibt Walter Benjamin in seinen Thesen zum Begriff der Geschichte, „muß versucht werden, die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff steht, sie zu überwältigen.“ In der unter Linken verbreiteten Scheu, sich positiv auf die Versuche der russischen Revolutionär*innen zu beziehen, schimmert jene letzte Einsicht der herrschenden Klasse durch: dass so etwas nicht mehr passieren dürfe. Die noch immer herrschende Klasse artikuliert es in ihrem Diktum vom Ende der Geschichte und lässt es dort zur perfiden Konsequenz ausreifen, wo sie Sowjetunion und Nationalsozialismus in eins wirft.

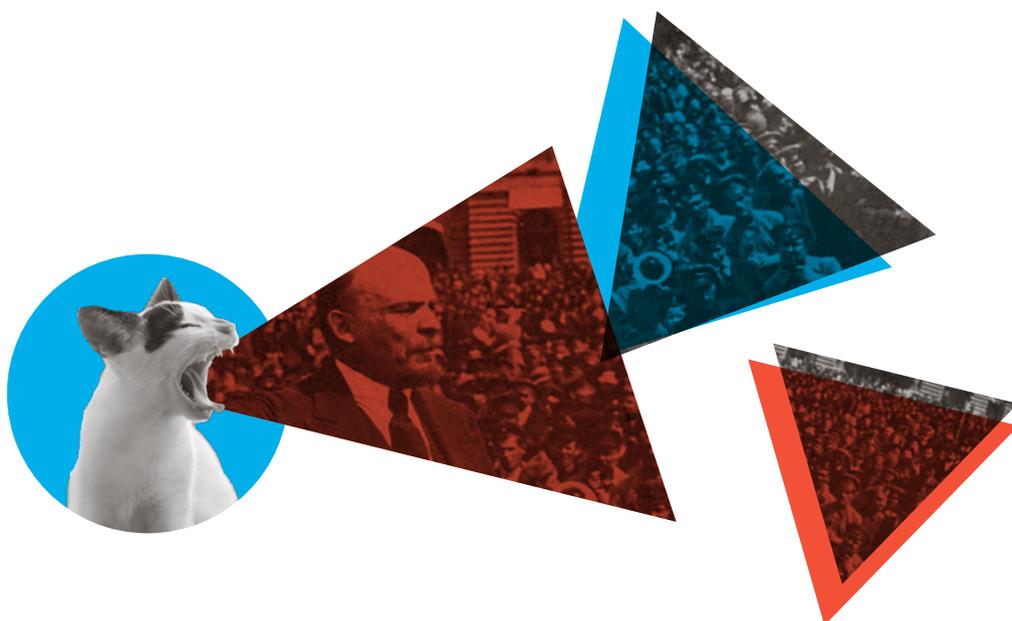
Nun hatte die Oktoberrevolution soziale und ökonomische Bedingungen, die nicht mit den heutigen zu vergleichen sind. Auch ist die Linke marginalisiert und alles andere als kurz davor, den Winterpalast zu stürmen. Aber auch daran erinnert uns die Oktoberrevolution, dass die Revolution ohne die Eroberung und Zerschlagung der Staatsapparate nicht zu machen ist. Im

Zurückschrecken der Linken vor der Diskussion dieser Fragen der Macht liegt vielleicht ihre größte derzeitige Schwäche.

Es wäre jedoch auch ein sehr bürgerliches Verständnis der Revolution, wollte man in ihr nur den revolutionären Höhepunkt sehen, die revolutionäre Ergreifung der Macht. Es war nicht einfach der Staatsstreich der Bolschewiki, ebenso wenig, in falscher Gegenüberstellung, eine spontane Massenerhebung, die dann durch die Bolschewiki korrumpiert worden sei, sondern: dessen Vorbereitung durch massenhafte Erhebung, einer längeren Kampftradition, die Gründung von Fabrikkomitees, Arbeiter*innen- und Soldat*innenräten sowie, nicht gering zu schätzen, einige externe Faktoren, und dann die Entschlossenheit der Bolschewist*innen, die 1917 möglich gemacht haben. Die Revolution jedoch, das lässt sich allemal als Fazit ziehen, ist ein langer Prozess, der Jahrzehnte davor beginnt, und diesen Prozess gilt es auf breiter Ebene zu organisieren. Ein anschauliches, wenngleich so wenig übertragbares wie als Ideal uneingeschränkt gültiges Beispiel ist Rojava. Auch dort wurden Jahrzehnte lang parallel zu staatlichen und repräsentativen Institutionen Rätestrukturen aufgebaut, die schon große Teile des Lebens selbstverwaltet haben, sodass im historischen Augenblick der schwankenden syrischen Staatsmacht diese die staatlichen Strukturen auch tatsächlich ersetzen konnten. Allerdings erschöpfen sich diese Rätestrukturen vor allem in der basisdemokratischen politischen Selbstverwaltung angesichts der diffundierenden Zentralmacht, während gleichzeitig die ökonomischen Verhältnisse weitgehend unangetastet bleiben und die heilige Familie kaum angegriffen wird. Insofern die kurdischen Gebiete außerdem von der BRD völlig verschiedene ökonomische Ausgangsbedingungen vorweisen, sind sie auch als Blaupause kaum zu gebrauchen.

Dennoch: In der BRD stehen Kommunist*innen mit dem Aufbau einer realen Gegenmacht womöglich nicht einmal am Anfang. Weder konnten in den letzten Jahren im Abwehrkampf gegen den Klassenkampf von oben Erfolge erzielt, noch eine emanzipatorische Antwort auf die Krise gegeben werden, die nicht zwischen mehr Keynesianismus oder mehr Ordoliberalismus stecken bleibt. Stattdessen geht die Reaktion mit Macht daran, zur entscheidenden Kraft zu werden und schickt sich inzwischen gar an, die Betriebe zu erobern. Politaktivismus, Kampagnenarbeit und kurzfristige Mobilisierungen, mit denen Werbung für den Kommunismus (#supergeil) gemacht werden soll und den linken Aktivist*innen die revolutionäre Attitüde feilgeboten wird, sind der falsche Reflex dieser Ohnmachtserfahrung.

eure AKK



¹ Verstanden als „reaktiver Hass“ nach Fromm.

Diskussionen um eine linksradikale Organisierung in Zeiten der Krise

Das Strategiepapier „Der kommende Aufprall“ der *Antifa Kritik und Klassenkampf* wird in der aktuellen *diskus*-Ausgabe 2.16 von verschiedenen Genoss*innen und Zusammenhängen diskutiert. Wir wollen hier einen kurzen Überblick über diese Debatten im *diskus* geben.

Uns geht es in „Der kommende Aufprall“ um das Aufwerfen eines linksradikalen Organisierungskonzepts, das statt linker Event- und Szenepolitik als Antwort auf Krisenstrategien des Kapitals für eine sozialrevolutionäre Gesellschaftsveränderung eintritt. In unserem Papier stellen wir zunächst dar, wie die kapitalistischen Vergesellschaftungsprozesse notwendig soziale Widersprüche erzeugen und dass weder Sozialpartnerschaft noch Austeritätspolitik diese befrieden können. Uns geht es darum, die momentan stattfindenden vereinzelt Interessenskämpfe im Alltag sowie die Kämpfe von politischen Gruppen um das große Ganze in Klassenkämpfen zu verbinden und darüber Klassenbewusstsein zu erzeugen. Klassenkämpfe sind Kämpfe um materielle Bedürfnisse, bei denen auch die Reproduktionssphäre und andere Herrschaftsverhältnisse mitzudenken sind. Wir schlagen für den Kampf für die Interessen und Bedürfnisse der Klasse der Lohnabhängigen eine auf drei Ebenen gelagerte Form der Organisation im Sinne einer Selbsttätigkeit vor: 1. Organisation nach Interessen im unmittelbaren Lebensumfeld und solidarische Vernetzung mit ähnlichen Basisgruppen auf einer lokalen Ebene, 2. Eine überregionale Verbindung dieser Kämpfe, um eine politische Konstante herzustellen, 3. Den Aufbau eines Büros als Kommunikationsknotenstern für die Verbindung der Kämpfe, Austausch über und Förderung der Selbstorganisation. Ziel einer solchen Organisation muss es unseres Erachtens sein, die Selbsttätigkeit der Kämpfenden zu fördern, ganz in dem Sinne, dass Emanzipation das Selbsttätigwerden in der Geschichte bedeutet. Ziel unserer Strategie ist es, klassenbewusst eine emanzipatorische Gegenmacht zu Staat und Kapital aufzubauen, die insbesondere in Krisenzeiten eine praktische wie theoretische

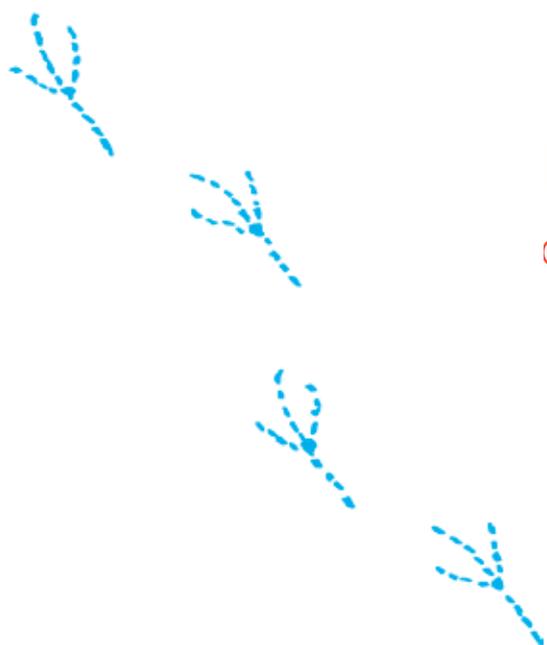
Alternative zu reaktionären Lösungsvorschlägen bieten kann.

Seit der Publikation unseres Strategiepapiers sind bereits knapp drei Jahre vergangen, in dieser Zeit haben wir viele Diskussionen mit Genoss*innen in verschiedenen Städten geführt. Damit unser Strategiepapier und auch die Diskussionen darüber nicht in kleinen Kreisen verbleiben und in Vergessenheit geraten, waren wir sehr erfreut, diese Diskussion im Rahmen einer *diskus*-Ausgabe weiterführen zu können.

So geht es in dem ersten Artikel des Genossen von den *Freundinnen und Freunden der klassenlosen Gesellschaft* aus Berlin um drei Punkte seines Dissens mit unserem Papier. Das Ausbleiben proletarischer Kämpfe könne erstens nicht nur auf ein Strategiedefizit der Linken zurückgeführt werden, zweitens werde nicht deutlich, was im Zeitalter der digitalen Vernetzung der Nutzen einer die proletarischen Kämpfe verbindenden Organisation sein könnte und drittens neigten wir zum Organisationsfetisch, denn revolutionäre Strategien sind bei weitem nicht auf Organisationsfragen zu reduzieren, so die Kritik in dem Beitrag. In unserem Text haben wir die Bedeutung von Kämpfen im Bereich der *gesellschaftlichen* Reproduktion hervorgehoben: Bestimmte kapitalistische Entwicklungstendenzen führen dazu, dass ein immer größerer Teil der gesellschaftlichen Arbeitszeit auf diesen Bereich entfällt, weshalb das Kapital dort auch besonders angreifbar wird. Der Bereich der Reproduktionsarbeit ist ein klassisches Feld feministischer Kämpfe, deren Bedeutung für eine kommunistische Strategie und Praxis wir unterstrichen. Drei Genoss*innen von der *translib* Leipzig* stellten dies auf die Probe und kamen zu dem Ergebnis, dass feministische Kämpfe in unserem Papier zu stark auf ökonomische Aspekte

reduziert seien und andere Dimensionen des Feminismus so unterbelichtet blieben. In ihrem Beitrag *Der halbierte Blick* haben sie ihre feministische Kritik an unserem Papier dargelegt. Emanuel Kapfinger geht in seinem Beitrag auf einen weiteren im *kommenden Aufprall* zwar angerissenen aber nicht ausbuchstabierte(n) Aspekt(en) der Selbstverwaltung. Dabei geht er sowohl auf Aspekte der Ökonomie, der Politik und der Kultur ein. Auch der Frage, was ausgelassenes Feiern mit Revolution zu tun hat, wird in seinem Text nachgegangen. Diese kulturellen Aspekte der gesellschaftlichen und individuellen Befreiung kommen auch in dem Text *Für eine grundlegende Neuausrichtung linksradikaler Politik* des Kollektivs aus Bremen zur Sprache. Auch ihnen geht unsere Kritik nicht weit genug. Eine revolutionäre Strategie auf Höhe der Zeit müsse schon bedenken, dass das Kapital heute alle Sphären der Gesellschaft eingenommen habe und es daher nicht nur auf Kampfstrategien im ökonomischen Bereich ankomme. Die Genoss*innen aus Bremen legen hier theoretische und praktische Überlegungen vor, die den unseren sehr nahe stehen. Gerade zu einem Zeitpunkt, an dem unsere Diskussionen mit anderen Linken abklagen und wir uns fragten, wie es nun weitergehen könnte, kamen diese Genoss*innen aus einer anderen Stadt und völlig unabhängig zu ähnlichen strategischen Einsichten und brachten so frische Energie in die Diskussion und forderten ein, dass es bei dieser nicht bleiben könne. Lenin bemerkte in seiner Schrift *Staat und Revolution* einmal, dass sein Idealbild des Sozialismus in der Umgestaltung der ganzen Gesellschaft in eine Fabrik liege. Aufgrund einer Fußnote am Ende unseres Textes wurden wir von einigen Lesenden so verstanden, als würden wir diese nun in ein riesiges (sozialistisches) Büro

heißt es: Streiten wir uns,
solidarisieren wir uns, organisieren wir uns!



transformieren wollen. Wir haben aber niemals eine Neugründung des *Sozialistischen Büros* vorgeschlagen. Dies wäre uns schon aufgrund dessen größtenteils linkssozialdemokratischen Programms zuwider. Vielmehr ging es uns darum, den vom SB entwickelten aber niemals vollständig umgesetzten „Arbeitsfeldansatz“ für die heutige Organisationsdebatte fruchtbar zu machen. Nach der Veröffentlichung entdeckten wir, dass das *Hans-Jürgen-Krahl-Institut* bereits während des ...*ums Ganze*-Kongresses 2010 einen ganz ähnlichen Vorschlag gemacht und sich auch ansonsten bereits eingehend mit diesem Organisationsansatz auseinandergesetzt hat. In ihrem Artikel *Zur Kritik des Sozialistischen Büros* stellen sie den Stand ihrer aktuellen Auseinandersetzung mit diesem Thema vor. Der letzte Text von Florian Geisler und Alex Struwe aus dem Umfeld der *diskus*-Redaktion widmet sich einigen Gretchenfragen der Theorie, die unser Papier mit sich bringt und will einen Beitrag zur Lösung dieser leisten. Ähnlich wie die *translib* sehen sie Mängel in dem von uns verwendeten Totalitätsbegriff. Diese Beiträge haben uns nochmal wichtige Anstöße gegeben, Aspekte unseres Papieres klarzustellen, weiterzuentwickeln und weitere Fragen bezüglich des weiteren Vorgehens in der Debatte um sozialrevolutionäre Strategie und Organisation aufzuwerfen, was wir im Nachwort der Ausgabe diskutieren.

Uns ist bewusst, dass die Organisationsfrage nicht nur theoretisch, sondern immer auch praktisch zu beantworten ist. Wie es gelingen kann, dass aus den kleinen alltäglichen, sozialen Kämpfen ein Bewusstsein für die eigene Klassenpositionierung sowie die Fähigkeit zum Widerspruch und Widerstand entsteht, muss in der Praxis erprobt werden. Deshalb stehen wir inzwischen an dem Punkt des Eingangszitats von „Der kommende Aufprall“ von Camus – „jedes geschichtliche Unternehmen [ist] [...] nur ein mehr oder weniger vernünftiges und begründetes Abenteuer [...]“. Zuerst jedoch ein Wagnis.“

Nun heißt es: Streiten wir uns, solidarisieren wir uns, organisieren wir uns! Seien wir realistisch, tun wir das uns mögliche.

Kritische Theorie muss praktisch werden!

Im Kern einer Verbindung von Revolution und Campus steht die kritische Theorie. Sie ist im Gegensatz zu anderen Ausfassungen von Wissenschaft mit ihrem Gegenstand verbunden und zielt auf die Veränderung der Verhältnisse im Sinne einer emanzipierten Gesellschaft. Ein solcher Ansatz ist vor allem heutzutage essentiell, um sich abseits von einer neoliberalen Ökonomisierung und einem Erstarken von nationalistischen und faschistischen Kräften, andere Formen von Gesellschaft überhaupt vorstellen zu können. Die kritische Theorie hinterfragt und kritisiert Machtverhältnisse und ist dabei parteiisch im Sinne der Emanzipation und damit auf der Seite von unterdrückten und/oder deprivilegierten Menschen. Sie verfolgt das Ziel diesen Menschen Stimmen im gesellschaftlichen Diskurs zu geben und kann daher als Vertreterin radikaler Demokratie und Gerechtigkeit gesehen werden. Dieser Wandel darf sich allerdings nicht nur auf die Universität beschränken, sondern muss sich als gesamtgesellschaftliche Transformation vollziehen! Aus all diesen Punkten wird klar, dass kritische Theorie wichtig für eine emanzipatorische und offene Gesellschaft ist. Deshalb ist es wichtig, Kritik auf die Praxis zu beziehen. An folgendem Beispiel zeigt sich, wie kritische Theorie auf eine gesellschaftliche Praxis bezogen werden kann:

Die diskriminierende Praxis der Ersatzfreiheitsstrafe

388 Menschen mussten in Hessen 2016 eine Haftstrafe infolge einer ausstehenden Zahlung wegen des Fahrens ohne Fahrschein antreten. Hierbei handelt es sich um die Praxis der sogenannten Ersatzfreiheitsstrafe, bei der Menschen, die Geldstrafen nicht bezahlen können, stattdessen eine Haftstrafe antreten müssen.

Dadurch werden gezielt sozial und ökonomisch deprivilegierte Bevölkerungsschichten bestraft. Der Staat wirkt hier als Architekt sozialer Ungleichheit. Fragestellungen wie die der Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe oder eine Umgestaltung des ÖPNV zu einem kostenlosen und somit inklusiven Angebot für alle Menschen, sowie gesellschaftliche Verhältnisse allgemeinerer Art können nur durch eine umfassende kritische Analyse und das Hinterfragen staatlicher Regierungstechniken adäquat aufgefasst werden.

Die Ersatzfreiheitsstrafe ist ein Überbleibsel veralteter Straftheorien, die nach dem Dogma „Strafe muss sein“ verfahren. Diese stellen nicht den gesellschaftlichen Nutzen, den mensch sich von einer Freiheitsstrafe erhofft, in den Vordergrund, sondern nur die reine Wiederherstellung des verletzten Rechts. Diese sogenannten *absoluten* Straftheorien geraten ironischerweise in zweierlei Hinsicht in Konflikt mit den Rechtsprinzipien, deren Gültigkeit sie ja eigentlich rigoros einfordern. Gerechtes Strafen basiert *erstens* auf dem sogenannten Talionsprinzip, wonach die Strafe der Schwere des Verbrechens angemessen sein muss. Dieser Anspruch wird bei der Ersatzfreiheitsstrafe deutlich verfehlt, denn eine Gefängnisstrafe steht in keinerlei angemessener Beziehung zum Tatbestand des Fahrens ohne Fahrschein. *Zweitens* gestaltet es sich als nicht ganz unproblematisch, die in Artikel 1 des Grundgesetzes garantierte Menschenwürde, mit der Praxis des „Freiheitsentzugs“ (also Menschen gegen ihren Willen einzusperrern und ihren Alltag streng staatlich zu regulieren) in Einklang zu bringen. Trotz dieses problematischen Punkts wird die Freiheitsstrafe insgesamt im öffentlichen Diskurs kaum hinterfragt. Moderne demokratische Staaten

verbinden die Institution Gefängnis zwar mit einem „Resozialisierungsanspruch“ und bieten ihren Insass*innen daher oft Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die es ihnen ermöglichen sollen, sich in das gesellschaftliche Leben wiederanzugliedern, wobei es sich hierbei lediglich um die Wiedereingliederung in die Lohnarbeit handelt. Doch in der Praxis ist es damit nicht so weit her. SPIEGEL Online veröffentlichte 2013 den Artikel „Weggesperrt und Vergessen“, in welchem dem Strafvollzug bescheinigt wurde, sich längst vom Ziel der Resozialisierung verabschiedet zu haben und sich stattdessen Parallelgesellschaften in den Gefängnissen bilden, die auf dem Recht des Stärkeren basieren und streng hierarchisch seien.

Insass*innen, die sich einmal in einem solchen System eingerichtet haben, werden sich logischerweise mit einer Rückkehr in die Gesellschaft schwertun, ganz abgesehen davon, dass Menschen nach abgessener Haftstrafe auf Ablehnung und Misstrauen anderer Menschen stoßen werden. Wer einmal mit dem Stigma des „Ex-Knackis“ belegt ist, wird nur schwer neue soziale Beziehungen knüpfen können, die aber notwendig wären, um nicht im gewohnten sozialen Umfeld erneut straffällig zu werden. Ganz im Gegenteil versperrt die Gefängnisstrafe also strukturell den Zugang zur gesellschaftlichen Partizipation und führt mit hoher Wahrscheinlichkeit entweder in die gesellschaftliche Isolation oder wieder zurück ins herkömmliche soziale Umfeld, das wiederum die Gefahr erneuter Straffälligkeit birgt.

Die Uni ein Ort für radikalen Wandel

An diesem Beispiel wird deutlich, wie die Praxis der kritischen Theorie den Blick für Alternativen eröffnen kann, indem scheinbar „natürliche“ gesellschaftliche



Strukturen wie die Institution Gefängnis und die Praxis des Strafens in Frage gestellt werden. Hierbei wird zugleich eine kritische Analyse und Aufdeckung der Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft durchgeführt. Dies kann vor allem im Rahmen der Institution Universität geschehen, die somit ein Ort für radikalen Wandel und Revolution sein kann. Doch hierfür braucht es viele verschiedene Gruppen und Akteur*innen, die eine solche Praxis vorantreiben. Wir, die Initiative *Beziehungsweise Kritik* (BzwK), verstehen uns als einen dieser Akteur*innen, die in einer verbindenden Praxis für mehr kritische Theorie streiten. An der Frankfurter Uni war die kritische Theorie lange zuhause, doch auch wenn weiterhin der Schreibtisch Adornos den Anschein wahrhaft, dass in Frankfurt noch ein Ort ist, an dem kritische Theorie studiert werden kann, gerät diese Art der Wissenschaft immer stärker unter Beschuss. Andere Theorieschulen, die sich mit ihren Ideen von „objektiver“ Wissenschaft selbst in die Tasche lügen, kämpfen gegen kritische Perspektiven an und im Zuge der Ökonomisierung der Hochschule ist für kritisches Hinterfragen immer weniger Platz, da Forschung nur noch an ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit gemessen wird. Wir, als Studierende müssen gegen diese Entwicklungen ankämpfen, um die Möglichkeit kritischer Wissenschaft abseits von wirtschaftlichen Interessen zu bewahren. Die kritische Theorie kann eine der Grundlagen für einen radikalen und emanzipatorischen Wandel sein. *Wir fordern daher ein breites Angebot an kritischen Seminaren in allen Fachbereichen! Kritische Theorie muss praktisch werden!*

Beziehungsweise Kritik

An der Frankfurter Uni war die kritische Theorie lange zuhause, doch auch wenn weiterhin der Schreibtisch Adornos den Anschein wahrhaft, dass in Frankfurt noch ein Ort ist, an dem kritische Theorie studiert werden kann, gerät diese Art der Wissenschaft immer stärker unter Beschuss.



»Geschlecht und Familie«

Bericht über die Jahrestagung der Gesellschaft für psychoanalytische Sozialpsychologie 2017

Auf der vorletzten Jahrestagung der *Gesellschaft für psychoanalytische Sozialpsychologie* (GfPS) im Jahr 2016, die unter der Fragestellung „Mythos Aufklärung?“ stattfand, wurde das Thema - „Geschlecht und Familie“ - der kommenden Tagung beschlossen. Zu Beginn unserer Auseinandersetzung mit dem Gegenstand stellten wir uns als Tagungsorganisationsteam, bestehend aus Isabel Gottschling, Andreas Jensen, Clara Mißbach, Tamara Schwertel und Florian Wehrle, die Frage, welchen Schwerpunkt wir auf der Tagung diskutieren möchten. Als erste Problematik in der psychoanalytischen Auseinandersetzung mit Geschlecht ergab sich für uns die Tatsache, dass nicht selten die Psychoanalyse als eine „Apologie des bürgerlich-patriarchalischen Status quo“ (Juliet Mitchell) angesehen wird. Besonders dem Begründer der Psychoanalyse, Sigmund Freud, wird häufig nachgesagt, in eben jenem Status quo in Bezug auf Geschlecht zu verharren. Dabei scheint eine Beschäftigung in Zeiten einer größer werdenden völkischen Bewegung und eines sich immer stärker manifestierenden autoritären und antifeministischen Rollbacks, parlamentarisch vertreten durch die AfD und repräsentiert auf der Straße beispielsweise von der homo- und transfeindlichen „Demo für alle“ in Stuttgart und Wiesbaden, und die damit einhergehende affirmative Haltung gegenüber traditionellen Geschlechts- und Familienbildern unter

psychoanalytisch-sozialpsychologischen Gesichtspunkten unumgänglich.

Noch bevor die Tagung begann, ergab sich schon die erste gravierende Problematik: der eigentlich für die Podiumsdiskussion am Samstagabend eingeladene Rolf Pohl aus Hannover fiel leider krankheitsbedingt aus. Dies war für uns sehr traurig, es ergab sich mit Sebastian Winter jedoch schnell und kurzfristig eine mehr als adäquate Ersatzlösung.

Die Resonanz im Vorfeld auf die Tagung war sehr positiv, was sich nicht nur in den zahlreichen Anmeldungen ausdrückte. Die Tagung fand wie auch im letzten Jahr im Studierendenhaus der Universität Frankfurt auf dem Campus Bockenheim statt. Doch anders als auf den vergangenen Jahrestagungen der GfPS war die Veranstaltung in diesem Jahr auf drei Tage, also Freitag, Samstag und Sonntag angesetzt. Statt an einem Tag zwei Workshopphasen anzubieten, hatten wir uns überlegt, dass eine entzerrtere Tagung mit jeweils drei parallelen Workshops am Samstag und Sonntag für die Teilnehmer*innen wesentlich entspannter und für die Diskussionen förderlicher sein könnte.

Der Freitag startete mit dem Workshop „Studentische Lehrveranstaltungen organisieren“, bei dem den teilnehmenden Studierenden Perspektiven aufgezeigt wurden, wie interessengeleitet die Studienbedingungen veränderbar sind. Dies wurde mit einem Erfahrungsaustausch

darüber eingeleitet, wie studentisches Interesse an psychoanalytischer Sozialpsychologie, Kritischer Theorie, feministischen Wissenschaften etc. in die Organisation von Vortragsreihen, Einzelveranstaltungen, Seminare und autonomer Tutorien umgesetzt werden kann. Es wurde der Frage nachgegangen, wie man Referent*innen und Lehrende zu den Themen findet, welche Gestaltungsmöglichkeiten es für ein persönliches Interessensgebiet gibt, um dies beispielsweise in einem autonomes Tutorium zu verarbeiten und was für Finanzierungsmöglichkeiten es dafür gibt. Außerdem wurde die Frage bearbeitet, welche Argumentationsstrukturen dabei helfen, die geplanten Veranstaltungen vor dem jeweiligen Institut/den Geldgebern zu legitimieren und wie die Veranstaltung in die Lehrpläne gelangt. Im Anschluss an den Workshop fand die jährliche Mitgliederversammlung statt, bei der mit Charlotte Busch, Tamara Schwertel und Marc Schwietring drei neue Vorstandsmitglieder zu den bisherigen Vorständen Markus Brunner und Katharina Mayer gewählt wurden, die sich in den nächsten zwei Jahren um die Geschicke der Gesellschaft kümmern werden.

Am frühen Freitagabend begann die eigentliche Tagung. Den ersten Vortrag mit dem Titel „Psychoanalyse als Gendertheorie – Freud und seine Kritikerinnen“ hielt Ljiljana Radonić. Die Wiener Politikwissenschaftlerin skizzierte unterschiedliche feministische Kritiken an Freud, die sie wiederum kritisierte, da es den genannten Autorinnen nicht um eine fundierte Kritik der Weiblichkeitskonzeption Freuds, sondern vielmehr um eine ideosynkratische Abwehr gehe. Radonić charakterisierte die freudsche Weiblichkeitstheorie zwar als biologistisch, plädierte allerdings für eine Aktualisierung anstatt einer totalen Verwerfung des Konzepts. Als Beispiel für den Biologismus Freuds wählte Radonić den Penisneid. Im Blick auf den anatomistischen Fokus, der durch den Begriff gesetzt werde, schlug sie vor, den Terminus des Phallusneids zu verwenden. In diesem werde deutlich, dass der Penis symbolisch zu verstehen sei. Am Ende ihres Vortrags und einer spannenden und teilweise kontroversen Diskussionsrunde gab es einen kleinen Umtrunk im Festsaal.

Der Samstag begann mit einer Begrüßung, in der kurz die Inhalte des Vortrags am Vorabend rekapituliert wurden. Anschließend fand die erste Workshopphase statt. Jonas Fedders behandelte das Thema „Antisemitismus & Antifeminismus“. Er ging dabei sowohl auf die historische als auch die zeitgenössische Verflechtung dieser beiden Denkweisen ein und betrachtete, wie der organisierte Antisemitismus durch ein anti-modernistisches Weltbild gezeichnet ist und welche verschwörungsideologischen Elemente darin enthalten sind. Es wurden unter anderem Texte von Otto Weininger und Gabriele Kuby gelesen.

In dem Workshop „Ohne Gewalt keine Liebe? - Zum Verhältnis männlicher

Subjektivität mit Frauen- und Homo-feindlichkeit“ wurden nach intensiver Lektüre Sigmund Freuds und Rolf Pohls unter anderem die Entstehung des männlichen Subjekts und die verschiedenen Ursachen der patriarchalen Vergesellschaftung desselben diskutiert. Ein besonderer Fokus wurde von den Leiterinnen *Alexandra Bandl* und *Lili Helmbold* auf die Rolle der Homo- und Frauenfeindlichkeit bei der männlichen Individuation und Sozialisation gelegt. Es wurde der Frage nachgegangen, welche gesellschaftlich-kulturellen (phylogenetischen) und individuellen (ontogenetischen) Entwicklungen, sowie Mechanismen dabei relevant sind. Weiterhin gingen die Teilnehmer*innen auf den Unterschied zwischen Homo- und Frauenfeindschaft, der sich in unterschiedlichen innerseelischen Abläufen ausdrückt, ein. In Simone Rassmanns Workshop zur „(Selbst-) Reflexion in feministisch und psychoanalytisch inspirierter Sozialforschung“ wurden zentrale feministische und psychoanalytische Zugänge zum Thema (Selbst-)Reflexion anhand von ausgewählten Texten erarbeitet. In der anschließenden Diskussion besprachen die Workshop-Teilnehmer*innen Verbindungen, Unterschiede und Leerstellen der Ansätze im Forschungsprozess.

Nach einer kurzen Pause mit einem zwar sehr leckeren, aber für das Tagungsteam auch sehr anstrengenden Mittagessen, das, anders als im letzten Jahr quasi selbst zubereitet wurde, wurde gemeinschaftlich über die Workshops reflektiert. Danach startete, leider mit einer halben Stunde Verspätung, die als Podiumsdiskussion geplante, allerdings nach einem krankheitsbedingten Ausfall Rolf Pohls kurzfristig zum Gespräch umdisponierte Abendveranstaltung. Die Publizistin *Roswitha Scholz* und der besonders eilig angereiste Sozialpsychologe und Historiker *Sebastian Winter*, der nicht zuletzt durch seine Funktion als Mitherausgeber der *Freien Assoziation* innerhalb der GfPS bestens bekannt ist, unterhielten sich – nach einem einleitenden Vortrag von Roswitha Scholz – über die Verwilderung des Patriarchats, über den Kapitalismus und dessen Geschlechterverhältnis sowie die zentralen Aspekte der Wert-Abspaltungskritik im Blick auf das Thema der Tagung – über die Frage nach dem Zusammenhang von Antifeminismus und Autoritarismus, besonders im Blick auf die aktuellen Entwicklungen in der sogenannten Neuen Rechten. In dieser, bei näherem Hinsehen vielleicht gar nicht so neuen Rechten, scheinen die Themen Geschlecht und Familie eine zentrale Rolle einzunehmen. Scholz und Winter sprachen, durchaus kontrovers, über die Frage, wie Antifeminismus und Sexismus und andere autoritäre Ideologien vermittelt sind. Insgesamt war es natürlich sehr schade, dass die ursprünglich geplante Podiumsdiskussion mit Rolf Pohl und Roswitha Scholz in der Form nicht stattfinden konnte und aufgrund der kurzen Vorbereitungszeit und

dem fehlenden zweiten Inputvortrag blieben einige Leerstellen. Jedoch war auch das gutbesuchte, notgedrungen etwas improvisierte Gespräch zwischen Scholz und Winter ein sehr spannender Abschluss des zweiten Tagungstages.

Der Sonntag begann ähnlich wie der Samstag mit einer kurzen Rekapitulation des Vortages. Ebenfalls wie im Samstag folgten auf die kurze Einführung die drei Workshops. Die AG *Adoleszenz und Arbeit* der GfPS hielt einen Workshop zum Thema „Familie als Ort politischer Sozialisation?“, der sich der Frage, wodurch Positionierungen und Aktivismus, gerade in Zeiten der Zuspitzung politischer Lager, bedingt sind. Den Voraussetzungen für Engagement in (Post-)Adoleszenz, die zumeist die Lebensphase darstellt, in der politisches Engagement fällt, wurde im Workshop mit Hilfe von Gruppeninterviews mit Kindern und mit politisch aktiven Erwachsenen auf den Grund gegangen. Dabei wurde der Zusammenhang familialer und politischer Sozialisation in den Blick genommen, um anschließend politisierend wirkende Geschwisterbeziehungen zu untersuchen. Davon ausgehend kam es zu einer Diskussion über Wechselverhältnisse von Familie, Geschlecht, Gesellschaft und politischer Sozialisation.

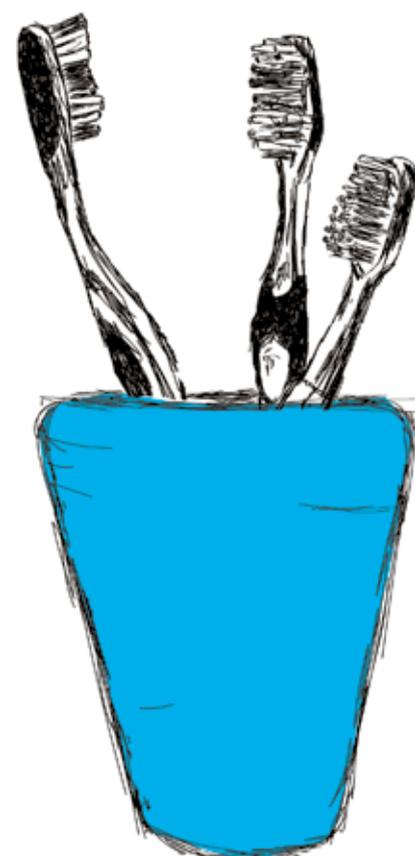
Die Teilnehmer*innen des Workshops „Vom Jungen zum Krieger? Männlichkeitsentwürfe in den Propagandavideos des „Islamischen Staates““ mit *Andreas Jensen* und *Corinna Poholski* sahen sich, nach einer kurzen Einführung zu den Erscheinungsformen dschihadistischer Propaganda, ein beispielhaftes Video des IS an, welches im Anschluss tiefenhermeneutisch interpretiert wurde. Dabei wurde unter anderem herausgearbeitet, dass dschihadistische Propaganda nicht auf rationale Argumente und eine politische Überzeugung der Zielgruppe zielt, sondern irrationale, unbewusste und regressive Prozesse mobilisiert. Ein besonderes Augenmerk wurde auf den Aspekt des Geschlechts bzw. der Männlichkeitsentwürfe gelegt.

Im Workshop zu „Sadomasochistische Sexualität als Spiel mit geschlechtlicher Be- und Entgrenzung – Eindrücke aus der Jugendarbeit in der BDSM-Subkultur“ stellte *Nina Schaumann* in einem Kurzzinuput ihre wissenschaftliche und pädagogische Arbeit zu dem Thema, welches sie seit vier Jahren durch ihre Arbeit in der Betreuung von Jugendlichen mit SM-Neigung begleitet, vor. Anschließend wurde anhand konkreter Fälle diskutiert und Chancen, aber auch Risiken besprochen, die sich bei der Verzahnung von SM-Praktiken und Geschlechterkonstruktionen ergeben.

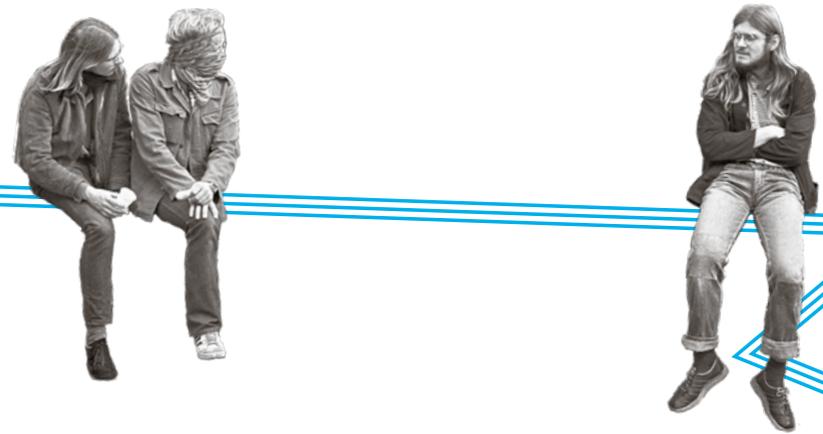
Nach einer letzten Reflexionsrunde beendeten wir die Tagung am späten Sonntagnachmittag. Abschließend lässt sich sagen, dass die Tagung, ähnlich wie im letzten Jahr sehr gut besucht war. Die Tagung dieses Mal an drei statt nur an zwei Tagen stattfinden zu lassen stieß hingegen nicht nur auf positives Feedback. So beklagten einige, dass es besonders für Berufstätige

sehr schwierig sei, sich drei Tage intensiv mit einem Thema zu beschäftigen und ohne einen Tag der Regeneration am Montag wieder lohnarbeiten zu müssen. Weiterhin beklagten einige den Leerlauf, der allerdings hauptsächlich aufgrund des krankheitsbedingten Ausfalls Rolf Pohls zustande kam. Viele waren jedoch der Auffassung, dass eine dreitägige Konferenz angenehmer und entspannter sei, man intensiver und konzentrierter über das Thema diskutieren könne und die Tage eben nicht immer eng durchgetaktet waren. Für die Jahrestagung des Jahres 2018 wurde sich auf das Thema (Rechte) Gewalt geeinigt und man darf sicherlich schon jetzt gespannt sein, was das Tagungsorganisationsteam dazu auf die Beine stellen wird. Als letztes möchten wir noch einmal allen Helfer*innen für ihren unermüdlichen Einsatz danken!

Clara Mißbach und Florian Wehrle



Neue Marx-Lektüre oder Klassenkampf?



„Abstrakte Herrschaft“, „automatisches Subjekt“, „totale Vergesellschaftung“: Das sind die Signalwörter einer ganzen Diskursformation, die sich in den 90er Jahren entwickelt hat und sich mit einem „Zurück zu Marx“, aber auch mit kritischer Distanz zu sozialen Bewegungen hervor- tut. Während die hinter jenen Signalwör- tern stehende Theoriebildung durchaus zu würdigen ist, geht sie politisch auf ziem- lich problematische Wendungen hinaus: Die Kritik konkreter Akteure hebt sie mit dem Hinweis auf die „abstrakte Herr- schaft“ (das heißt die Herrschaft unper- sönlicher Strukturen) aus, konkrete Kämpfe entwertet sie durch deren „bloße Systemimmanenz“. Sie weiß sich über den „Arbeiterbewegungsmarxismus“ erhaben und übt sich in einer überlegenen Reinheit der Kritik.

Diese Diskursformation zu kritisieren ist wichtig. Insbesondere deshalb, weil es sich bei ihr nicht um bloße Theoriezirkel han- delt, sondern sie anleitend für zwei links- radikale, aktivistische Strömungen war und ist: Die antinationale Strömung, die in großen Teilen in die Gründung des „Ums Ganze“ Bündnisses mündete – der Kapi- talismus kann nicht durch Teilkämpfe, son- dern nur „als Ganzes“ abgeschafft werden –, und die antideutsche Strömung, die neben einigen treffenden Interventionen in einer ideologiekritischen Textindus- trie und objektiv in der Bekämpfung lin- ker Politik besteht.

Karl Reitter hat 2015 einen Sammelband herausgebracht, dessen Beiträge diese Dis- kursrichtung ins Visier nehmen – wie er sagt: die „Neue Marx-Lektüre“. Als Neue Marx-Lektüre wird ein deutschsprachi- ger Theoriezusammenhang bezeichnet, der in den 1960er Jahren von der Ador- no-Schule ausging und zu deren nam- haftesten Vertreter_innen Hans-Georg Backhaus und Helmut Reichelt gehören. Das Problem mit der Bezeichnung ist, dass der Sammelband all diese Theoretik- er_innen, auch Adorno, so liest, als wür- den sie ganz genau der oben genannten Diskursformation entsprechen – was sie, obwohl deren Vordenker, nicht tun. Prob- lematisch ist auch, dass der Band neben der Neuen Marx-Lektüre auch die Wertkritik

behandelt, eine ebenfalls deutschsprachige Theoriebewegung, zu deren wichtigsten Gruppen krisis, exit! und das ISF Freiburg gehören. Obwohl der Sammelband Neue Marx-Lektüre einerseits und Wertkritik andererseits unterscheidet, spricht er letztere mit der Neuen Marx-Lektüre irgendwie immer auch mit an. Dabei hat die Wertkritik, neben einigen Berührung- punkten, zum Teil deutlich abweichende Thesen und entwickelt – anders als die Neue Marx-Lektüre – auch Vorschläge für antikapitalistische Praxen.

Die Hüter des wahren Marx

Die meisten Autoren (Reitter schreibt im Vorwort, es sei ihm trotz aller Bemühun- gen nicht gelungen, Autorinnen zu finden) analysieren Texte der genannten Strö- mungen, insbesondere von Hans-Georg Backhaus, Michael Heinrich, Robert Kurz, Norbert Trenkle, Ernst Lohoff, und, als „Ahnherr“, Theodor Adorno. Sie formulie- ren eine Kritik an der neuen Marx-Lektüre, die sich wie folgt zusammenfassen lässt. So sei darin der Kapitalismus ein geschlos- senes System, dem alles, auch die Arbeiter- klasse, bloß immanent ist. Ihre Analyse des Kapitalismus sei ahistorisch und ziele auf ideale, ewiggleiche Formen ab; die innere Geschichte der kapitalistischen Produkti- onsweisen werde systematisch ausgeblen- det. Das Kapital werde als Theorie gelesen, die uns über das Funktionieren des Kapi- talismus aufklärt; die von Marx heraus- gearbeiteten Brüche und Widersprüche, die über den Kapitalismus hinausweisen, werden von ihr jedoch nicht zur Kenntnis genommen. Die Neue Marx-Lektüre sehe kein Unterdrückungsverhältnis zwischen den Klassen, sondern lediglich abstrakte Herrschaft, denen alle gleichermaßen unterworfen seien. Konkrete Kämpfe sind für sie prinzipiell außerhalb des Blickfelds. Die Verhältnisse seien von einem fetis- chistischen Schein überzogen, so dass den Subjekten selbst keine Erkenntnis des kapitalistischen Systems möglich ist.

Exemplarisch ist das bei Tobias Brugger zu sehen, der in seinem Beitrag die Neue Marx-Lektüre anhand von „Marx im Westen“ von Ingo Elbe und „Die Wissen- schaft vom Wert“ von Michael Heinrich

Rezension zu: Karl Reitter (Hrsg.) (2015): Karl Marx. Philosoph der Befreiung oder Theoretiker des Kapitals? Zur Kritik der „Neuen Marx-Lektüre“, mandelbaum, Wien. 315 Seiten. 20 Euro.

Langversion des Artikels:

<https://www.kritisch-lesen.de/rezension/marxistische-feindbetrachtungen>



kritisiert. Brugger zeigt, dass die Neue Marx-Lektüre Klassenkampf, konkrete Herrschaftsverhältnisse und systemstabilisierende Ideologie durch einen geschlossenen Gesellschaftszusammenhang mit einer abstrakten, subjektlosen Herrschaft ersetzt. Dieser informativen Übersicht stellt er verschiedene Argumente gegenüber. So werde die Herrschaft durch die Kapitalistensubjekte durchaus „konkret“ vollzogen, indem sie etwa durch Spaltungen der Arbeiterklasse durchgesetzt wird. Und Ideologie bestehe ebenso nicht in der bloßen fetischistischen Form, sondern werde durch konkrete intellektuelle produziert und durch vielfältige Apparate vermittelt. Sowohl die Übersicht als auch die kritischen Argumente sind aufschlussreich. Nicht zutreffend ist jedoch, dass ein klassischer Autor wie Helmut Reichelt konkrete Herrschaftsverhältnisse schlicht für nichtexistent erklärt hat.

Leider werden die meisten Kritiken des Bandes keineswegs nüchtern, sondern in einem ganz aufgeregten Gestus vorgebracht: Diese Autoren meinen „das ureigenste Anliegen von Marx“ (S. 119) identifiziert zu haben und besprechen ihre Texte mit denunziatorischem Vokabular – „verheerend“ (S. 190), „bringt die zentrale Leistung von Marx zum Verschwinden“ (S. 110), „verfehlte Philosophierungen“ (S. 59). Im Grunde stellen sich die Autoren als Hüter des wahren Marx hin und kanzeln die Neue Marx-Lektüre als eine Art Frevel an ihm ab. Diese erboste Haltung kann ich nicht nachzuvollziehen, immerhin sind Neue Marx-Lektüre und Wertkritik prinzipiell antikapitalistisch eingestellt. Und obwohl der Sammelband ihnen sowohl die Vernachlässigung praktischer Perspektiven als auch die Verschleierung der sozialen Antagonismen vorwirft, korrespondieren ihnen durchaus auch aktivistischen Strömungen, die gute Sachen gemacht haben (z. B. intensive Antifa-Arbeit oder linksradikale Hochschulpolitik). Klar: Der Klassenkampf spielt für diese keine Rolle, aber müssen linke Positionen bekämpft werden, wenn sie kein Bewusstsein des Klassenkampfes haben?

Lieber keine Neue Marx-Lektüre?

Den Versuch, sich jenseits der Verteidigung des wahren Erbes auf die Begründungen der Gegner einzulassen, unternehmen nur Andreas Exner und Karl Reitter. Auch werden die tatsächlichen Arbeitsleistungen mit keinem Wort gewürdigt, etwa die Analyse des Finanzmarkts von Ernst Lohoff und Norbert Trenkle in ihrem Buch „Die große Entwertung“ oder Helmut Reichelts „Interpretation des Kapital“, und hier ließe sich etliches mehr anführen. Offenbar wird das alles ohnehin für Unsinn gehalten, jedenfalls verhängen die Autoren ein totales und recht wütendes Verdikt gegen ihre Gegner. Das einzige und traurig schlichte Ziel des Sammelbands scheint darin zu bestehen, dass niemand mehr die Neue Marx-Lektüre und die Wertkritik zur Kenntnis nimmt. Das

macht die Lektüre ermüdend und ärgerlich. Was sehr schade ist. Denn die meisten Beiträge geben mit ihren Ausführungen zu Klassenkampf, repressiver Arbeitsorganisation oder dem materiellen Charakter der Ideologie ja in der Tat auch gute Hinweise darauf, in welchen Bereichen die Neue Marx-Lektüre fahrlässig einseitig ist. Sie schärfen also den Blick.

Philosoph der Befreiung und Theoretiker des Kapitals

Mein Einwand wäre also, dass die Arbeiten der Neuen Marx-Lektüre und der Wertkritik bei aller nötigen Kritik auch zu würdigen sind. Neben den materiellen Analysen fehlen im Sammelband vor allem zwei allgemeine Dimensionen. Die eine ist die Kritik am traditionellen Marxismus, für die Neue Marx-Lektüre und Wertkritik heute zentral stehen. Auch die Autoren des Bandes merken wiederholt an, dass diese Kritik notwendig ist. Aber indem sie wirklich kein gutes Haar an ihren Gegnern lassen, ist völlig unklar, wie sie sich vom traditionellen Marxismus abgrenzen wollen. Da bei ihnen nichts Konkretes zu dessen Kritik kommt, scheinen sie mit ihrem Beharren auf Klasse und Revolution doch ziemlich in orthodoxem Fahrwasser zu schwimmen. Die zweite Dimension betrifft den Problembereich der unpersönlichen abstrakten Herrschaft und der verselbständigten Systemimperative. Zwar erkennen die Autoren in ihren Worten immer wieder an, dass es diese Problematiken gibt. Wie sollte man Marx' Ausführungen zum Wertgesetz und zum Verwertungsprozess des Kapitals auch sonst verstehen, wenn es keine verselbständigten Systemimperative, sondern nur persönliche, konkrete Herrschaft gäbe? Aber da die Autoren (bis auf Andreas Exner) alles verdammen, was die Neue Marx-Lektüre und die Wertkritik dazu ausgearbeitet haben, bleibt hier unklar, wie die Autoren sich das vorstellen. Ohnehin ist fraglich, warum beide „Lager“ in so eine dichotome Frontstellung gebracht werden müssen. Es ist allzu plakativ, wenn im Titel Karl Marx als „Philosoph der Befreiung“ dem „Theoretiker des Kapitals“ entgegengestellt wird. Nicht einmal durch die etlichen Texte, die beides wirklich zusammendenken, fühlt sich der Sammelband irritiert, etwa die von Hans-Jürgen Krahl oder aktuell die in der Zeitschrift *kosmoprolet*. Leider wird nichts davon im Sammelband erwähnt.

Die eigentlich zu stellende Frage wäre gewesen: Wie müssen wir unpersönliche Herrschaft, verselbständigte Systemlogik und fetischistischen Schein fassen, damit ihr innerer Zusammenhang mit der Klassenherrschaft und ihrer Gewalt verständlich wird? Denkbar wären hier Antworten etwa in der Richtung, dass die Arbeiter zwar das Kapital verwerten und insofern das eigentliche Subjekt sind, sie aber zugleich vom Kapital abhängig sind, was sie in eine paradoxe und gespaltene Position zwingt. Um solche Fragen zu bearbeiten, wäre einiges an Arbeit nötig gewesen.

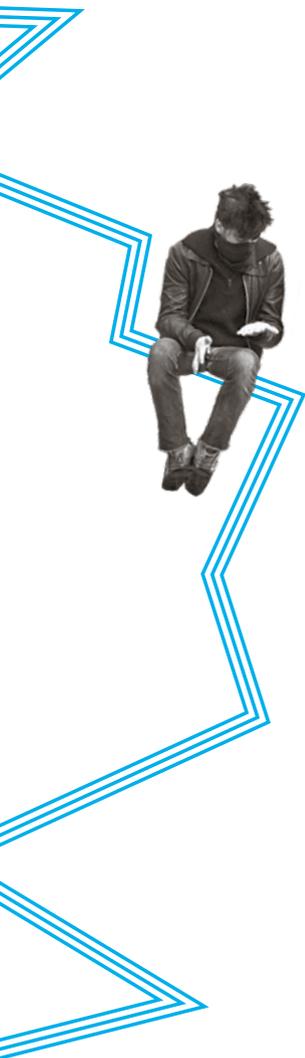
Allerdings trägt der Sammelband im Großen und Ganzen, bis auf die Aufsätze von John Holloway und Andreas Exner (gleich mehr dazu), nichts dazu bei.

Mal wieder zu den Inhalten

Kommen wir zurück zu den Beiträgen des Sammelbands. Drei davon – von John Holloway, Christoph Lieber und Roland Atzmüller – strengen eigene Theoriebildung an und stehen außerhalb dem eigentlichen Thema des Sammelbandes. Von diesen abgesehen ist die Mehrzahl der polemischen Beiträge (bei Würdigung ihrer Leistung) handwerklich unzureichend. Sie zu lesen macht nicht wirklich Spaß. Eine Ausnahme stellen die Beiträge von Karl Reitter und Andreas Exner dar, die sehr gut geschrieben und auch inhaltlich hochinteressant sind. Reitter schreibt eine Widerlegung der „monetären Werttheorie“ anhand der Arbeiten von Backhaus und Heinrich. Monetäre Werttheorie bedeutet kurz gesagt, dass der Wert nicht im Warenkörper selbst steckt, sondern im Warentausch und in den Moneten beziehungsweise im Geld. Dem stellt er eine Theorie der realen Abstraktifizierung von Arbeit in ihrer realen Organisation gegenüber. Exner charakterisiert Grundpositionen der Wertkritik und stellt dann als einziger die Frage: „Was ist an diesen Kritiken positiv aufzunehmen, was ist zu problematisieren?“ (S. 213) Er zeigt, wie sachliche und persönliche Herrschaft im Verhältnis miteinander stehen. Zudem geht es ihm darum, herauszuarbeiten, wie die Arbeiter als Subjekt des Klassenkampfes, der sich dennoch unter objektiven Formzwängen vollziehen muss, gedacht werden können.

Wie die Neue Marx-Lektüre haben sich mittlerweile die antinationale und die antideutsche Strömung zerfasert und auch weiterentwickelt. Der Diskussionsstand, den der Sammelband angreift, ist so nicht mehr aktuell: In einer relativen Breite wird seit einigen Jahren wieder von Klasse und Revolution gesprochen, und Teile der vormals antideutschen und antinationalen Szene versucht wieder, sich in Klassenkämpfe einzumischen. Im Sammelband fehlt jeder Hinweis darauf. Aber gerade diese Bewegungen könnten die Grundlagen für neue Bündnisse und für wirklichen Fortschritt in der marxistischen Theoriearbeit sein.

Emanuel Kapfinger
08.12.2017, Berlin



Kaffeeklatsch mit Kubitschek

Rezension zu »Mit Rechten reden«

In der Diskussion um den abgesagten Auftritt Rainer Wendts an der Uni Frankfurt war erneut die Position zu hören, Rechte dürften nicht ausgeschlossen werden. Stellvertretend für diesen Quatsch steht das Buch „Mit Rechten reden“.

Im Oktober wurde ein Auftritt des rechts-populistischen Sprechers der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) Rainer Wendt am Forschungszentrum Globaler Islam an der Uni Frankfurt kurzfristig abgesagt, nachdem in einem offenen Brief Kritik an der Einladung Wendts geäußert wurde und Gerüchte über geplante Gegenaktionen linksalternativer Gruppen im Umlauf waren. Es gibt verschiedene Darstellungen, wie genau es zu der Absage der Veranstaltung kam. Für Rainer Wendt, seines Zeichens Dauergast in jeder Fernsehtalkshow, und seine Fans steht jedoch fest, dass es sich um einen Angriff auf ihre Meinungsfreiheit handelt. Das Recht auf Meinungsfreiheit, eigentlich als Recht auf Schutz vor Eingriffen des Staates konzipiert, wird so umgedeutet auf das Recht, immer und überall eine Bühne zu bekommen.

Diese gekränkte Opferinszenierung steht beispielhaft für die eine Seite einer ambivalenten Strategie der Rechten. Anstatt dieser entschlossen zu begegnen, ist es Mode, aus Angst vor dem Opfermythos der Rechten ihnen mehr und mehr Raum zu geben, wie etwa die Veranstalter der Frankfurter Buchmesse 2017 zeigten. Am vielleicht deutlichsten für diese Position steht das Buch „Mit Rechten reden“.

„Sprachspiel“ statt Ideologie

Bereits zu Anfang des Buches wird einer der größten Idiotien eben dessen deutlich: Rechts wird nicht mehr über Ideologien begriffen, sondern inhaltsentleert über ein „Sprachspiel“: In einer Art post-moderner Beliebigkeit verstehen die Autoren Leo, Steinbeis und Zorn rechts sein nicht als Inbegriff der Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen, sondern betrachten ihre Rhetorik und ihre Selbstinszenierung als Opfer. „Unser Problem mit euch liegt nicht darin begründet, was ihr sagt – sondern wie ihr es sagt“ (S. 92). Rassistische,

antisemitische, sexistische etc. Positionen sind in den Augen der Autoren nicht das Problem, auch wenn sie selbst vielleicht anderer Meinung sind, sondern stellen legitime Äußerungen in einem Diskurs da. Das Problem sei nur, wie diese Positionen kommuniziert werden.

Schon an dieser Stelle könnte man das Buch eigentlich genüsslich und unbesorgt im Altpapier entsorgen – wenn es nicht stellvertretend für eine vermutlich vorherrschende Position im Diskurs über den Umgang mit Rechten stehen würde, wie sie auch in der Causa Wendt in Teilen wieder hervortrat. Das Rechte sich in den politischen Diskurs einmischten und man daher mit ihnen kommuniziere, sei unausweichlich, so eine der Kernaussagen des Buches. Aus Angst vor deren Selbstinszenierung als Opfer schlugen die Autoren vor, dass man sie mit offenen Armen empfangen, in der naiven Hoffnung, mit der Opferinszenierung verschwinde auch alles Antidemokratische an ihnen. Plumper alter Wein in neuen Schläuchen.

Für die Gefährlichkeit der alten Idee, Rechte durch fehlenden Ausschluss ihrer Gefährlichkeit zu berauben, gibt es unzählige Beispiele: Begonnen bei der Ernennung Hitlers durch Hindenburg zum Reichskanzler, über die fehlgeschlagene akzeptierende Sozialarbeit in ostdeutschen Jugendzentren in den 1990ern, bis zur aktuellen Übernahme rechter Positionen im ganzen politischen Spektrum. Nun fordern die Autoren nicht die direkte Einbindung Rechter, sondern vermittelt über die offene Diskussion mit ihnen. Dass hiermit aber auch die Vermittlung eines gewissen Grades an Akzeptanz, sowie das Öffnen von Räumen einhergeht, was beides zu einer Normalisierung rechter Positionen im politischen Diskurs führt, interessiert die Autoren nicht weiter. Ihr inhaltsentleertes Verständnis des Rechten als „Sprachspiel“ führt zu der bekloppten Annahme, den Rechten ihren Opfermythos zu nehmen, reiche um Ideologien zu entwaffnen.

Rechte als abstraktes Problem

Viele sahen in „Mit Rechten reden“ bei der Frankfurter Buchmesse das „Buch der Stunde“, dutzende Rezensionen lobten

oder verrissen es. Was in dem Diskurs jedoch bisher weitgehend fehlt ist eine Position derjenigen, gegen die sich der Hass der Rechten mit als erstes richtet:

Man muss kein Freund von Identitätspolitikern a la Critical Whiteness oder Ähnlichem sein, um den entspannten Ton den die Autoren in ihrem „Leitfaden“ an den Tag legen, auf ihre Position als weiße akademische Männer zurückzuführen, für welche rechte Positionen eher ein abstraktes Problem der Gesellschaft darstellen als eine konkrete Bedrohung von Leib und Leben. Denn wer als nicht-Weißer Migrant schon des Öfteren vor der Wahl stand, sich entweder weiter als „Kanake“, „Kümmeltürke“, „scheiß Araber“ oder Ähnliches beschimpfen zu lassen, oder aber das Maul aufzumachen mit der Gewissheit, dass ein physischer Kampf die mögliche Folge davon sein wird, würde keinen entspannten Diskurs mit Rechten fordern. Die Einsicht, dass es keine Bedingungen sind, unter denen man einen Diskurs überhaupt führen kann, wenn dein Gegenüber dein Recht hier zu leben oder sogar dein Recht zu existieren, nicht anerkennt, scheint dem Autoren-Trio völlig abhandeln zu sein.

Nun legen die Autoren Wert darauf, dass ihr Buchtitel nicht als Imperativ zu verstehen sei: Jeder und jedem sei es selbst überlassen, mit Rechten zu reden oder auch nicht, schreiben sie (S. 49). Doch der Agenda in ihrem Buch folgend leisten alle, die nicht mit Rechten reden wollen, ihnen keine Bühne geben wollen, dem Rechtsruck überhaupt erst Vorschub, weil sie sich auf deren Spiel des Opfermythos einlassen. Damit sind letzten Endes ihre Gegner für den Erfolg der Rechten verantwortlich. Durch diese Logik wird der Buchtitel letztlich doch zum moralisierenden Imperativ, zur Aufforderung an alle, Rechte das sagen zu lassen, wovon sie nun mal so reden: Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Nationalismus. Wer dies nicht tue, projizieren die Autoren, seien die eigentlichen Schuldigen am Aufstieg der Rechten. Konsequenterweise machen sie für den aktuellen Erfolg rechter Bewegungen daher „Moralisten“ und das „ideologische Desaster der Linken“ (S. 50) verantwortlich.

Schmierenskomödie der Neuen Rechten

Wären Rechte nur dumpfe Neonazis, wären sie ein Problem, das man dem Verfassungsschutz und der Antifa überlassen könne (S. 25) schreiben Leo, Steinbeis und Zorn. Die Erkenntnis, dass Menschen auch ohne Glatze und Springerstiefel rechts sein können, scheint mittlerweile auch im bürgerlichen Millieu angekommen zu sein. Doch fallen die Autoren auf die Inszenierungen der Neuen Rechten herein: Für sie scheinen Rechte vor allem aus hipstrigen Sellners und Ziegen-züchtenden Kubitscheks zu bestehen, aus etwas außer Rand und Band geratenen Konservativen, mit denen man trotz Meinungsunterschieden noch immer über Hölderlin und Heidegger diskutieren kann. Konsequenz finden sie daher in der Sprache der Rechten das mit ihnen verbindende Element, nach dem sie sich so sehr sehnen: „Wo Freunde und Feinde durch Bekenntnis und Theorie getrennt sind, da verbindet sie zum Beispiel die Literatur“ (S. 41). Dass gewalttätige Neonazis nicht ausgestorben sind und auch 2017 x-mal Menschen angriffen und verletzten, beachten sie nicht weiter. Stattdessen nehmen sie der Neuen Rechten ihre Schmierenskomödie weitgehend ab und vergessen dabei allzu gerne, dass auch beispielsweise hinter der Inszenierung der Identitären Bewegung eine Bande von „AHUUU“ schreienden Verbrechern und Nazis steht, die wie in Halle unliebsame Nachbarn bedrohen und Menschen angreifen.

Die eigentlich interessante, wenn auch nicht neue, Analyse der Rhetorik der Rechten geht unter in unverhohlenen Sympathien der Autoren gegenüber den „intellektuellen“ Leitfiguren der Neuen Rechten. Ohne großen Hehl daraus zu machen beklagen sie das Fehlen eines neuen Carl Schmitts in den Reihen der AfD oder Identitären Bewegung.

Ihre eigene Sprache steckt voll aufgebläsender Metaphern, Anekdoten und nichtsagender Lebensweisheiten. Eine Sprache, wie aus einem Paulo Coelho Roman. Der überdies selbstverliebte Tonfall der Autoren, die ihre eigene Arbeit unter anderem als „witzig“ und „äußerst klug“ abfeiern, passt zu den gekränkten Reaktionen des Autors Pascal Zorns, der gegen Kritik an seinem Buch in cholerischer Weise auf Social-Media Kanälen umherpöbelte und mit Verweis auf seinen Dokortitel klarzumachen versuchte, dass er als „promovierter Argumentationslogiker“ es schließlich einfach besser wisse.

Starker schwacher Mann

Die Tatsache, dass ein Buch wie „Mit Rechten reden“ viel gekauft und besprochen wird, ist bereits ein Zeichen für die erfolgreiche Strategie der Rechten. Dass das bürgerlich liberale Lager denkt, den Rechten lieber eine Bühne geben zu müssen und sich zu einem Kaffeeklatsch mit ihnen zusammzusetzen, als sie zu bekämpfen und auszugrenzen, aus Angst davor, dass

sich die Rechten wieder als Opfer darstellen könnten, ist Beweis für den erfolgreichen Rechtsruck in Deutschland.

Es ist jedoch auch der fehlenden Analysefähigkeit des bürgerlichen Lagers geschuldet: Der Opfermythos, den Rechte um sich aufzubauen, ist nicht nur eine Folge der Protestaktionen ihrer Gegner und würde mit diesen nicht verschwinden, wie es die drei Autoren erhoffen. Er ist ein Kernelement rechter Bewegungen seit eh und je. Die Inszenierung als *starker schwacher Mann* ist notwendig um sich als unaufhaltsame Bewegung zu stilisieren, sobald ein kleiner Erfolg verbucht werden konnte, und zugleich stellen sie sich als Opfer böser mächtiger Unterdrücker dar, wenn jemand ihnen widerspricht.

Allerdings scheint in den letzten Jahren gerade der zweite Aspekt dieser ambivalenten Strategie stärker zu werden: Die Häufigkeit, mit der Rechte beleidigt Talkshows verlassen, kritische Fragesteller_innen als voreingenommen oder „Lügenpresse“ bezeichnen oder eben wie die Fans von Rainer Wendt wegen einer Ausladung sich als Opfer einer Meinungs-diktatur bezeichnen, wäre vor einigen Jahren vielleicht noch undenkbar. Es ist die aktuelle Aufgabe der liberalen und der radikalen Linken, sich eine funktionierende Strategie im Umgang mit diesem Opfermythos der Rechten zu überlegen, fernab eines solch nichtsnutzigen „Leitfadens“ wie „Mit Rechten reden“.

Yunus Özak

Leo/Steinbeis/Zorn: Mit Rechten reden.
Ein Leitfaden, Klett-Cotta, 2017



Rede von Rinaldo Strauß (Landesverband der Sinti und Roma)

bei der Eröffnung der Josef Mengele
Ausstellung

Sehr geehrter Herr Neumann,
lieber Herr Ortmeier, liebe
Studierenden, sehr geehrte
Damen und Herren!

Als Vertreter des Verbandes Deutscher Sinti und Roma Landesverband Hessen freue ich mich sehr über die Initiative des AStAs der Frankfurter Universität, am heutigen Tag den Verfolgten durch das Naziregime zu gedenken!

Der Völkermord an den Sinti und Roma während der Nazizeit, dem ca. eine halbe Million Menschen in Europa zum Opfer gefallen sind, hatte eine Vorgeschichte. Eine Geschichte der Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung. Es ist wichtig zu verstehen, dass der Antiziganismus, der die Grundlage für den Völkermord war, über Jahrhunderte gewachsen ist und historische Ursachen hat.

Auschwitz ist für mich nicht nur ein geschichtliches Ereignis, sondern auch die Erinnerung an Verwandte, an engste Angehörige, denen die Nazis ihre Rechte und ihr Leben genommen haben.

Es gibt keinen Angehörigen unserer Minderheit, der vom Völkermord nicht betroffen wäre – meine Generation sind die Kinder und Enkel derjenigen, die die Todesfabriken überlebten oder vor der Verfolgung fliehen konnten. Unsere Eltern und Großeltern haben ihre Angehörige und Freunde verloren, in Auschwitz und den anderen Lagern. Sie haben Leid erlebt, dass weit über die Grenzen der menschlichen Vorstellungskraft hinausgeht.

Der Frankfurter Sinto Herbert Ricky Adler berichtet, dass von den 29 Personen seiner engeren Familie, die gemeinsam im „Zigeunerlager“ in Auschwitz-Birkenau inhaftiert waren, nur drei überlebten.

Vom leitenden Aufseher des Frankfurter Zwangslagers in der Kruppstraße, Johannes Himmelheber, hat Ricky Adler gesagt, er habe immer eine Reitpeitsche bei sich gehabt, mit der er, wenn ihm etwas nicht passte, auf die Häftlinge einschlug. Den Häftlingen drohte er oft mit der Einweisung in ein KZ, schon bevor im März 1943 die meisten Sinti vom Zwangslager aus

nach Auschwitz deportiert wurden. Der Himmelheber wurde für seine Verbrechen nie zur Rechenschaft gezogen; der frühere Polizeimeister arbeitete nach dem Krieg weiterhin bei der Frankfurter Polizei, ging 1952 in Pension und lebte bis zu seinem Tod 1971 im Frankfurter Westend. Gleiches gilt für die führenden Rasseforscher Robert Ritter und Eva Justin, deren „rassenbiologische Untersuchungen“ die wichtigste Grundlage für die rassistische Verfolgung und den Völkermord an den deutschen Sinti und Roma waren.

Beide – Ritter und Justin – arbeiteten **nach** 1945 im Stadtgesundheitsamt bzw. dem Jugend- und Sozialamt der Stadt Frankfurt. Weder Justin noch Ritter wurden für ihre Beteiligung am Völkermord jemals zur Verantwortung gezogen.

Unsere Eltern und Großeltern, die in ihre Heimat zurückgekehrt sind, – dorthin, von wo Sie weggekommen sind – soviel zu dem Vorurteil, wir hätten kein Heimatgefühl! –

fanden in der jungen Bundesrepublik ein Klima der Verleugnung und Ignoranz vor. Noch in den 1970er Jahren wurden auf Erfassungsdateien der Polizei in Hessen und in anderen Bundesländern die KZ-Nummern von Überlebenden des Völkermords notiert; Angehörige der Minderheit wurden weiterhin unter Generalverdacht gestellt.

Nicht selten waren es die gleichen Beamten und Sachverständigen, die Entschädigungszahlungen ablehnten, die die Menschen zuvor nach Auschwitz und andere Lager hatten deportieren lassen. Die Deportation in die Vernichtungslager galt bei großen Teilen der Mehrheitsbevölkerung als gerechte, wenn auch harte „Bestrafung“ für die angeblich aufgrund ihrer „Rasse“ „arbeitscheuen und kriminellen“ sogenannten „Zigeuner“.

Erst 1982, also 37 Jahre nach Ende des Krieges, wurde der Völkermord von

Bundeskanzler Helmut Schmidt als solcher anerkannt.

Und heute?

– Wir schreiben das Jahr 2018 –

Die Debatte über „Arbeitsflüchtlinge“ zeigt auf, wie tief der Antiziganismus noch immer in der Mehrheitsgesellschaft verwurzelt ist.

Auch heute noch ist das Ressentiment unserer Minderheit gegenüber – der Antiziganismus – die am stärksten verbreitete gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft. Über die Hälfte der Bevölkerung hat aktuellen Studien zufolge starke Vorbehalte gegenüber unseren Menschen. Keiner anderen Gruppe in Deutschland schlägt größerer Hass entgegen!

Was den Antiziganismus betrifft, kann man wohl beinahe von einem kulturellen Code sprechen, der derart tief verankert ist, das er kaum in Frage gestellt wird.

Immer wieder müssen wir feststellen, wie die gängigen „Zigeunerbilder“ noch immer auf Sinti und Roma übertragen werden, und das sogar dann, wenn es persönlich gegenteilige Erfahrungen gibt.

Die Aufklärungsarbeit allen Ressentiments gegenüber – und insbesondere dem Antisemitismus und dem Antiziganismus – ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben und eine, die noch immer viel zu wenig Beachtung findet.

An die Verbrechen, die von Deutschland ausgegangen sind, muss erinnert werden – nicht nur um der Ermordeten zu gedenken – sondern es muss auch verstanden werden, wie es dazu kommen konnte, um künftige Verbrechen an der Menschheit verhindern zu können. Das ist eine Aufgabe, die sich allen Menschen in unserem Land stellt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Aus der Broschüre zum 27. Januar

Tag der Befreiung von Auschwitz
durch die Rote Armee

Dr. Mengele:

Jenseits des Hippokratischen Eids

„Ich werde ärztliche Verordnungen
treffen zum Nutzen der Kranken nach meiner
Fähigkeit und meinem Urteil, hüten aber
werde ich mich davor, sie zum Schaden und in
unrechter Weise anzuwenden.“

Hippokratischer Eid

(Um 460 bis 370 v.Chr.)

27. JANUAR
TAG DER BEFREIUNG VON
AUSCHWITZ DURCH DIE
ROTE ARMEE

.....

27. JANUAR
TAG DES GEDENKENS
—
JOSEF MENGELE
UND DIE
GOETHE-UNIVERSITÄT

Impressum

Herausgabe:
ASTA Goethe-Universität

Redaktion:
Thomas Brandt, ASTA Goethe-Universität

Layout:
Sarah Reva Mohr

FORSCHUNGSSTELLE
NS-PÄDAGOGIK
FORSCHUNG | DOZIMANAGEMENT | LEHRE



asta
ASSOCIATION OF STUDENT TEACHERS

Mengele an der Goethe-Universität

Es gab an der Goethe-Universität Nazi-Rektoren, wie Ernst Kriek und Walter Platzhoff. Neben einer Fülle an anderen NS-Funktionären gab es auch Dr. Josef Mengele und das „Universitätsinstitut für Erbbiologie und Rassenhygiene“. 1933-1945: An der Goethe-Universität wurde ein Drittel der Dozenten entlassen. Allein aus Frankfurt wurden ca. 12.000 jüdische Menschen deportiert und ermordet. Die Verbrechen des NS-Staates hingen durchaus mit der damaligen Forschung zusammen und diese fand auch an der Goethe-Universität statt. Aber wer weiß wirklich Bescheid über Mengeles Wirken in der NS-Zeit an der Goethe-Universität und in Auschwitz? Und was war nach 1945?

Universitäre Laufbahn

An der Universität Frankfurt: 1937 beginnt Mengele seine Arbeit im „Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene“ der Goethe-Universität. Dort ist er seit dem 1. Juli 1938 Assistent des Leiters des Instituts, Professor Otmar von Verschuer. 1938 promovierte Mengele an der Goethe-Universität zum zweiten Mal, diesmal als Mediziner. Der Titel seiner Arbeit: „Sippenuntersuchungen bei Lippen-Kiefer-Gaumenspalte“.¹ Bei Durchsicht seiner Personalakte fällt auf, dass er, obwohl er ab 1943 in Auschwitz war, noch 1943/44 in Personalverzeichnis der Goethe-Universität geführt wurde.

Einige Dokumente aus Mengeles Personalakte des Universitätsarchivs

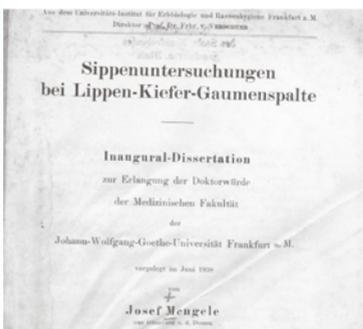
Die Dokumente aus seiner Personalakte² sind wenig spektakulär, geben aber Einblick in die damals üblichen Verfahren. So ist etwa dokumentiert, dass Mengele bei der sogenannten Heiratsgenehmigung Schwierigkeiten hatte, weil der Großvater seiner Frau Irene Schoenbein unehehlich geboren wurde und so eine Lücke im „Ariernachweis“ entstand. Die Heirat wurde letztendlich erlaubt.³ Mengele selbst wurde auch auf „arische Abstammung“ hin überprüft, die in seiner Personalakte bis hin zu seinen Großeltern festgehalten wurde.⁴ Für die Atmosphäre der damaligen Zeit ist bezeichnend, dass Josef Mengele am 21. Juli 1938 folgenden Eid auf Adolf Hitler schwor: „Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten erfüllen, so wahr Gott mir helfe.“⁵ Es ist nicht vorgegriffen, zu sagen, dass Mengele diesem Eid tatsächlich treu geblieben ist.

Fragebogen
zum Zwecke der Vervollständigung der Personalakte
des wissenschaftlichen Assistenten, Dr. Josef Mengele
Wohnort: Frankfurt a.M. Wohnung: Bismarckstr. 49 II
Geburtsort: ... 16.12.1917

1. Sind Sie Mitglied der NSDAP?
ja
Seit wann? 1. Juni 1937
Mitgliedsnummer? S. 674.974
Welche Ämter bekleiden Sie in der Partei und seit wann nehmen Sie diese Ämter wahr?
keine

2. Beziehen Sie sich auf die Mitgliedsrollen der NSDAP, d.h. NSDAP, NS-Dozentenbund, NS-Studienbund, NS-Frauenbund, NS, an und zu welchen?
ja
NSDAP, NS-Dozentenbund (44)
NS-Studienbund, NS-Frauenbund
keine

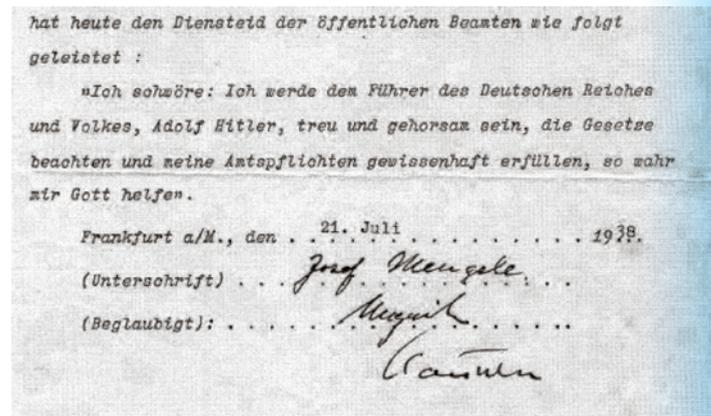
Faksimilie Fragebogen zur NSDAP



Dissertation

B. Nr.: 11.04
Betr.: Verlobungs- und Heiratsgesuch
Anlage:
An das
Rasse- und Siedlungshauptamt-44
44-Platzstelle
Frankfurt a.M.
Ich bitte um Erteilung der Verlobungs- und Heiratsgenehmigung
Erlaubnis/Zeugnis Frau Schoenbein
und übernehme entgegen der auftrag angefallenen Abgabe

Faksimilie "Verlobungs und Heiratsgesuch"



Faksimilie "Diensteid"

Kurze Biographie Josef Mengele (1911 – 1979)

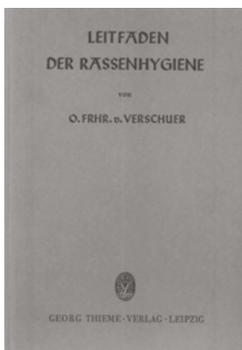
- ▶ Geboren am 16. März 1911 in Günzburg (Baden-Württemberg).
- ▶ 1930 Beginn des Medizinstudiums in München.
- ▶ 1931 Eintritt in die deutschnationale Gruppe „Jung-Stahlhelm“ und Mitglied einer schlagenden Verbindung.
- ▶ 1935 Promotion an der naturwissenschaftlichen Abteilung der philosophischen Fakultät. Titel: „Rassenmorphologische Untersuchung des vorderen Unterkieferabschnitts bei vier rassischen Gruppen“. Zwischenzeitlich studierte er auch in Wien und Bonn.
- ▶ 1936 Praktikum an der Kinderklinik der Universität Leipzig (Später Experimente an Kindern in Auschwitz).
- ▶ Mai 1937, nun in Frankfurt, tritt er der NSDAP bei und wird am „Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene“ der Goethe-Universität eingestellt. Dort arbeitet er auf dem Papier bis 1943.
- ▶ 1938 medizinische Promotion an der Goethe-Universität.
- ▶ Ab 1938 SS-Mitglied, 1940 SS-Truppenarzt. Ab 1942 Teilnahme am sogenannten Russland-Feldzug. Juli 1942 Gutachter der SS in Polen für die Feststellung der „Eindeutschungsfähigkeit“.
- ▶ Mai 1943 – Januar 1944 SS-„Arzt“ in Auschwitz.
- ▶ 1945 – 1979 Flucht, erst in Oberbayern, dann Argentinien, Paraguay und Brasilien. 1979 Tod in Brasilien.

Mengele in der
Verbindungsuniform

- 1 Mengele 1939, Benzenhöfer, Udo: Bemerkungen zum Lebenslauf von Josef Mengele unter besonderer Berücksichtigung seiner Frankfurter Zeit, in: Hessisches Ärzteblatt 72 / 2011: 228–230, 239f.
- 2 Universitätsarchiv Frankfurt, UAF, Abt. 4, Nr. 1502
- 3 Posner, Gerald L. / Ware, John: Mengele. Die Jagd auf den Todesengel, Berlin 1998: 34.
- 4 UAF, Abt. 4, Nr. 1502, Bl. 5R und Bl. 5V
- 5 UAF, Abt. 4, Nr. 1502, Bl. 11

Das „Universitätsinstitut für Erbbiologie und Rassenhygiene“ – Prof. Dr. Verschuer und sein Assistent Josef Mengele

Auf die Initiative der Universitätsleitung und des Fachbereichs Medizin wurde 1935 das „Universitätsinstitut für Erbbiologie und Rassenhygiene“ gegründet. Dabei ist zu bemerken, dass der Antrag noch vor den Nürnberger Gesetzen gestellt wurde.⁶ Professor Otmar Freiherr von Verschuer wurde am 1. April 1935 zum Direktor des Instituts ernannt und bezog mit Unterstützung der Stadt Frankfurt 58 Räume im „Haus der Volksgemeinschaft“ in der Gartenstraße 140, am südlichen Mainufer nahe der Friedensbrücke. Verschuer, ein überzeugter Rassist, trat erst spät, 1940, der NSDAP bei und verfasste 1941 einen „Leitfaden der Rassenhygiene“. Sehr deutlich wird hier formuliert, dass es um das „Eindringen der gegenüber unserem Gesamtvolk völlig Fremdrassigen, der Juden und der Zigeuner“ geht.⁷



Ottmar von Verschuer:
Leitfaden der Rassenhygiene



Foto des Gebäudes des Universitätsinstituts für Erbbiologie und Rassenhygiene aus der NS-Zeit: Gartenstraße 14, heute Theodor-Stern-Kai 3.

Aufgaben und Wirken des Instituts:

- ▶ Forschung zur Vererbung, insbesondere die Zwillingsforschung.
- ▶ Erstellung von „Rassegutachten“ im Falle von Konflikten und im Rahmen vorgeschriebener „rassenhygienischer Eheberatung“. Jährlich wurden etwa 1000 Gutachten im Zusammenhang mit Ehestandsdarlehen, Ehefähigkeitszeugnissen und Begutachtungen zur „Unfruchtbarmachung“⁸ erstellt.
- ▶ Das Institut fungierte neben dem Gesundheitsamt ab 1936 auch als „Beratungsstelle für Erb- und Rassenpflege“.
- ▶ Anträge auf Sterilisierung.
- ▶ Die sogenannte „rassenmäßige Erfassung“ der gesamten Frankfurter Bevölkerung.⁹ Allein bis 1938 wurden im Erbachiv 250.000 Einträge erfasst, etwa die Hälfte der damaligen Frankfurter Bevölkerung.¹⁰
- ▶ 1935-1941 wurden nach rassistischen Fragestellungen 448 Vaterschaftstest durchgeführt.
- ▶ Als die Nazis in Frankfurt die Deportationslisten zusammenstellten, wurde in Zweifelsfällen auf die Gutachten, deren Erstellung auch zu Mengeles Aufgaben gehörte, des Instituts zurückgegriffen.¹¹

6 Vgl. Hammerstein, Notker: Die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main Band 1: 1914-1950, Neuwied 1989: 356.

7 Verschuer, Ottmar von: Leitfaden der Rassenhygiene, Leipzig 1941: 99.

8 Sandner, Peter: Das Frankfurter Institut für Biologie und Rassenhygiene, in: Fritz-Bauer-Institut (Hrsg.): „Beseitigung des jüdischen Einflusses...“. Antisemitische Forschung, Eliten und Karriere im Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 1999: 79.

9 Vgl. Hammerstein 1989: 360, Stuchlik, Gerda: Goethe im Braunhemd, Universität Frankfurt 1933-1945, Frankfurt/Main 1984: 189f., Sander 1999: 77.

10 Vgl. Stuchlik, Gerda 1984: 189.

11 Vgl. Lagnado, Lucette Matalon / Cohn Dekel, Sheila: Die Zwillinge des Dr. Mengele. Der Arzt von Auschwitz und seine Opfer, Reinbek bei Hamburg 1994: 39.

Mengele in Auschwitz

(Mai 1943 – Januar 1945) I

Die Aufgabe von Ärzten in Auschwitz war genau das Gegenteil des Grundsatzes der medizinischen Ethik, dem Hippokratischen Eid. Darüber hinaus beaufsichtigten sie die Ermordung durch Giftgas, Erschießungen und körperliche Züchtigungen. Sie sollten zudem den Krankheitszustand von Häftlingen beurteilen. Gleichzeitig waren sie für die Gesundheit der SS-Leute verantwortlich und für die Seuchenbekämpfung.

Systematische Mordverbrechen Mengeles in Auschwitz

Brief von Verschuer

„Als Mitarbeiter in diesem Forschungszweig ist mein Assistent Dr.med. et Dr.phil. Mengele eingetreten. Er ist als Hauptsturmführer und Lagerarzt im Konzentrationslager Auschwitz eingesetzt.

Mit Genehmigung des Reichsführers SS werden anthropologische Untersuchungen an den verschiedensten Rassengruppen dieses Konzentrationslagers durchgeführt und die Blutproben zu Bearbeitung an mein Laboratorium geschickt.“

(Brief Verschuer an die DFG, 20.3.1944, zit. n. Biospektrum 1/06, S. 47)

Mengeles Einsatz

Am 30. Mai 1943 wurde Mengele als Leitender „Lagerarzt“ für das sogenannte „Zigeunerlager“ (B II e) nach Auschwitz versetzt. Ab August 1944 war er „Lagerarzt“ im „Häftlingskrankenbaulager“ (B II f). Grundsätzlich wurden als arbeitsunfähig eingestufte Personen, insbesondere Kinder, sofort selektiert und in die Gaskammern geleitet. Ausnahmen waren die, die für medizinische Versuche ausgewählt wurden, so wie die Sinti- und Roma Kinder an denen Mengele mörderische Experimente durchführte.

Er nannte sie „meine Meerschweinchen“.¹²

Exzesse und Wutausbrüche gegenüber Einzelnen

Über seine Beteiligung an den Aufgaben aller SS-„Ärzte“ und seine mörderischen Menschenexperimente hinaus, die Mengele in der Regel mit ausgeglichener Gemütsverfassung durchführte, wissen wir durch die Berichte von Überlebenden, dass er einzelne Häftlinge und vor allem „Häftlingsärzte“

brutal zusammengeschlagen hat, selbst willkürliche Erschießungen vorgenommen hat und besondere Brutalität gegenüber Schwangeren und jungen Müttern hat walten lassen.¹³

Ermordung der für „medizinische Versuche“ vorgesehenen Kinder Mengele wollte nicht, dass die sogenannten „Zigeunerzwillinge“ getötet werden, weil er sie noch als „Forschungsmaterial“ aufbewahren wollte. Das wurde nicht erlaubt: „Nachdem er am Tag der Liquidierung des Zigeunerlagers noch versucht hatte, die Zwillinge im Stammlager Auschwitz unterzubringen, erschoss er die Kinder im Vorraum des Krematoriums in Birkenau, als ihm diese Schonfrist von der Lagerleitung verweigert worden war. Anschließend befahl er die Sektion der Leichen für wissenschaftliche Zwecke.“¹⁴



Für Mengeles Versuche ausgewählte Sinti- und Romakinder

¹² Vgl. Zdenek, Zofka: Der KZ-Arzt Josef Mengele. Zur Typologie eines NS-Verbrechens, in: Vierteljahreshefte der Zeitgeschichte, Jg. 34, 1986, Heft 2:245-267.

¹³ Vgl. Langbein, Hermann: Menschen in Auschwitz; Wien/München 1995.

¹⁴ Völklein, Ulrich: Josef Mengele – der Arzt von Auschwitz, Göttingen 2000: 123



Foto der Rampe in Auschwitz bei der Ankunft von Häftlingen.

Aufgaben von SS-Ärzten in Auschwitz

I. Selektion

- ▶ bei der Ankunft an der Rampe
- ▶ in den Lagerblocks und
- ▶ im Krankenbau

II. Menschenexperimente

- ▶ An Zwillingkindern und Kleinwüchsigen
- ▶ „Genforschung“ zur Augenfarbe
- ▶ Medikamententests für die Pharmaindustrie
- ▶ Entwicklung von Sterilisationsverfahren
- ▶ Infektion mit „Noma“ (Erkrankung, die aus Mangelernährung resultiert)



Blau markiert Abschnitt B II f. Rechts daneben das von den Nazis sogenannte „Zigeunerlager“

Mengele in Auschwitz – Zeugenberichte

„Ich erinnere mich noch an Herrn Mengele, wie er breitbeinig dagestanden ist und den Daumen immer nach rechts oder nach links bewegt hat. Ich hatte keine Ahnung, was die Daumenbewegungen bedeuteten – und dass der Herr dort Herr über Leben und Tod gewesen ist. Dann bin ich mit vielen anderen Frauen in die Duschen gekommen. Ich hatte keine Ahnung, dass das auch eine Gaskammer hätte sein können. Aber nach einer Stunde in Auschwitz habe ich genau gewusst, wo ich bin: in der Hölle.“¹⁵

[Trude Simonson, Vorsitzende des Überlebendenrats des Fritz-Bauer-Instituts](#)

„Dann wurden wir in eine Baracke geführt und da war der Mengele. Das war der schlimmste Mann, den ich je in meinem Leben gesehen habe, und ich hab' geglaubt, wenn ich ihn gekriegt hätte, ich hätte ihn umgebracht. Dann wurden wir an dem Arm tätowiert, jeder bekam eine Nummer. Ich habe die Nummer Z, weil »Zigeuner«, Z2784... Nachdem das geschehen war, wurden wir mit den SS-Leuten und dem Bundesscharführer in das Birkenau-Lager II gebracht, das ist das sogenannte »Zigeuner-Lager« gewesen.“¹⁶

[Ricky Adler, bis zu seinem Tod Mitglied des Überlebendenrats des Fritz-Bauer-Instituts](#)

Sie hoben „den Deckel ab, brechen den Patentverschluss der Blechdose auf und schütten den Inhalt, eine violette, bröckelige Masse, in die Öffnung: Zyklon.

Das Zyklon entwickelt Gas, sobald es mit Luft in Berührung kommt. Es fällt durch die Blechrohre in den unterirdischen Raum. Das Gas entweicht sofort durch die Löcher der Säulen und füllt den Raum unten in Sekundenschnelle. Zyklon tötet zuverlässig innerhalb fünf Minuten. Die Gas-Scharfrichter warten noch weitere fünf Minuten, um ihrer Sache ganz sicher zu sein. Sie zünden sich Zigaretten an und steigen dann wieder in ihr Auto. Fast dreitausend unschuldige Menschen haben sie innerhalb von wenigen Minuten umgebracht...

Nach zwanzig Minuten werden die elektrischen Entlüftungsapparate eingeschaltet, um die giftigen Gase zu vertreiben. Die Tore öffnen sich, und schon rollen Lastwagen heran. Männer vom Sonderkommando laden die Kleider und Schuhe auf. Noch nach 2 Stunden verursacht es einen erstickenden Reizhusten. Deshalb trägt das Sonderkommando, das jetzt mit Schläuchen hereinkommt, Gasmasken. Wieder ist der Raum in grelles Licht getaucht, und es bietet sich ein grauenhaftes Bild dar.“¹⁷

[Mikls Nyiszli \(Häftlingsarzt\)](#)

„Im Gegensatz zu anderen SS-Ärzten war bei Mengele auffällig, dass er bei Selektionen in besonders guter, fast fröhlicher Stimmung war. Ich kann mich daran erinnern, dass er irgendwelche Melodien piff und ein regelrecht heiteres Wesen zeigte. Erkennbar bereitete ihm das Treffen dieser Entscheidung Vergnügen.“¹⁸

[Marie Stoppelmann, Häftlingsärztin](#)

„Es traf ein Transport aus Łódź ein, und Mengele wählte aus, wer zur Arbeit und wer ins Gas sollte. Eine Frau mit einem Mädchen von 13 bis 14 Jahren wollte sich von ihrem Kind, das ins Gas sollte, nicht trennen. Mengele gab dem Posten Befehl, der Frau das Kind mit Gewalt wegzunehmen. Die Frau sprang darauf auf den Posten los, biss ihn und zerkratzte ihm das Gesicht. Daraufhin hat Mengele die Pistole gezogen und Frau und Kind erschossen. Ich habe das genau gesehen.“

„Daraufhin schickte Mengele auch die Leute dieses Transports, die schon zur Arbeit ausgewählt waren, ins Gas mit dem Bemerken: ‚Weg mit der Scheiße!‘“¹⁹

[Efraim Stiebelmann, Häftling](#)

„Ich erinnere mich an die kleine Dagmar. Sie kam in Auschwitz auf die Welt, und ich habe bei der Geburt geholfen. Sie ist gestorben, nachdem Mengele ihr Einspritzungen in die Augen gegeben hatte, weil er versuchen wollte, eine Änderung der Augenfarbe herbeizuführen. Die kleine Dagmar sollte blaue Augen bekommen.“²⁰

[Ella Lingens, Häftlings-Nr. 36088, Häftlingsärztin](#)

Mengele versuchte herauszubekommen, „wieviel Volt Spannung eine Person ertragen kann, bevor sie stirbt“. Eine „erhebliche Anzahl Häftlinge“ starb unmittelbar durch die Stromstöße. „Soweit die Häftlinge diese Versuche mit den hochgespannten Strömen lebend überstanden“, wurden sie „ausnahmslos selektiert und kamen ins Gas.“²¹

[Judith Guttman, einer der überlebenden „Mengele-Zwillinge“](#)

- 15 Simonsohn, Trude: Noch ein Glück, Göttingen 2013: 85.
- 16 Adler, Herbert (Rickie): Bericht Holbeinschule 17.2.1993, in: Ortmeier, Benjamin: Schulzeit unterm Hitlerbild, Frankfurt am Main 2016: 125.
- 17 Zitiert nach Adler, Hans Günther / Langbein, Hermann / Lingens, Ella (Hrsg.): Auschwitz – Zeugnis und Berichte, Frankfurt am Main 1979: 64ff.
- 18 Zitiert nach Klee, Ernst: Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer, Frankfurt am Main 2004: 274.
- 19 Zitiert nach Langbein, Hermann: Menschen in Auschwitz; Wien/München 1995: 181.
- 20 Zitiert nach Klee, Ernst: Auschwitz. Täter, Gehilfen, Opfer und was aus ihnen wurde. Ein Personenlexikon; Frankfurt am Main 2013: 275.
- 21 Zitiert nach Völklein 2000: 163.

Nach 1945:

Mengele auf der Flucht

Aus Mengele wird Fritz Hollmann

- ▶ In einem Wehrmachtlazarett in Saaz (Tschechoslowakei) wechselt er seine SS-Uniform gegen eine Wehrmachtuniform. Eine SS-Blutgruppentätowierung hatte er nicht.²²
- ▶ Internierung als Kriegsgefangener der US-Arme im Lager Schauenstein bei Hof, später in Helmbrecht. Nach sechs Wochen mit manipulierten Papieren, die sein Kollege Fritz Ulmann vorher angeblich verloren hatte, als „Fritz Hollmann“ entlassen.²³
- ▶ Im August 1945 versteckte sich Mengele einige Wochen im Wald bei Grünzburg, nahe seiner Familie, die ihn versorgte. Im September gelangte er auf den Lechnerhof in Mangolding, wo er sich bis 1948 als Knecht versteckte.²⁴

»Persilschein« von Verschuer
 „Ein Assistent meines früheren Frankfurter Instituts, Dr. M. ... wurde gegen seinen Willen als Arzt an das Lazarett des Konzentrationslagers Auschwitz kommandiert; alle, die ihn kannten, bekamen zu erfahren, wie unglücklich er darüber war und wie er unermüdlich Versuche unternahm, ein ablösendes Kommando an der Front zu erreichen, leider vergeblich. Von seiner Arbeit ist nur bekannt geworden, daß er sich bemüht hat, den Kranken ein Arzt und Helfer zu sein“.

(Eidesstaatliche Erklärung, 1946)

Als Helmut Gregor nach Argentinien

- ▶ 1948 begann er mit den Vorbereitungen zur Flucht nach Argentinien.
- ▶ Anfang 1949 verzichtete Mengele notariell beglaubigt auf seinen Erbanteil an der Firma seiner Familie zum Schutz des Familienvermögens vor eventuellen Schadensersatzansprüchen von Auschwitzüberlebenden.²⁵
- ▶ Im April 1949 flieht Mengele zunächst nach Italien (Sterzing/ Südtirol). Dort erhält er von seinen Kontaktmännern gefälschte Papiere auf den Namen Helmut Gregor, geboren in Südtirol. Mit diesen Papieren flieht er über Bolzen nach Genua, wo ihm das Schweizer Konsulat auf Grundlage seiner gefälschten Papiere einen Rotkreuzpass ausstellte.²⁶
- ▶ Am 20. Juni 1949 erreichte Mengele mit dem Schiff Buenos Aires, wo ihm ein Fremdenpass auf den Namen Helmut Gregor ausgestellt wurde.
- ▶ Über einen Notar in Buenos Aires stellte Mengele dem Frankfurter Anwalt Fritz Steinacker eine Scheidungsvollmacht aus, die er mit vollem Namen unterschrieb, um sich von seiner Frau Irene scheiden zu lassen.²⁷

Mengele besucht Deutschland

- ▶ 1956 flog Mengele unter dem Namen Helmut Gregor über New York nach Genf und hielt sich im Zuge dessen auch in Deutschland auf, wo er Familie und ehemalige Kollegen aus Frankfurt traf.²⁸
- ▶ Nach seiner Rückkehr nach Argentinien beantragte er einen argentinischen Pass auf den Namen José Mengele. Mit diesem ging er zur Deutschen Botschaft, die ihm darauf einen deutschen Pass mit seinem regulären Namen und Foto ausstellte.²⁹ Dazu muss man wissen, dass der damalige Botschafter in Argentinien selbst im Außenministerium von Rippentrop gearbeitet und die Zusammenarbeit der Wehrmacht mit den kroatischen Ustascha-Faschisten organisiert hatte.³⁰
- ▶ 1958 besuchte er wiederholt Deutschland, diesmal legal unter seinem echten Namen, obwohl er auf der Liste der international gesuchten Kriegsverbrecher stand, aber nicht auf deutschen Fahndungslisten. Zurück in Lateinamerika heiratete er bei einem Kurzbesuch in Uruguay seine mitgereiste Schwägerin Martha. In der dortigen Zeitung erschien eine entsprechende Anzeige. Im selben Jahr kaufte er auch ein Haus in Buenos Aires; mit der dafür notwendigen Hypothek wurde die Firma seines Vaters belastet.

²² Vgl. Posner/Ware 1998: 82 ff.

²³ Völklein 2000: 187ff., Keller, Sven: Günzburg und der Fall Josef Mengele. Die Heimatstadt und die Jagd nach dem NS-Verbrecher. München 2003: 46ff.

²⁴ Vgl. Völklein 2000: 200ff., Keller 2003: 47 f.

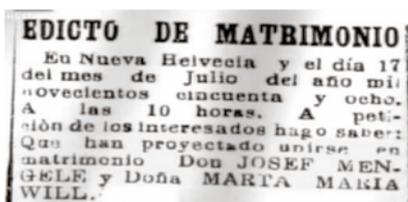
²⁵ Vgl. Völklein 2000: 225

²⁶ Vgl. Posner/Ware 1998: 118f., Völklein 2000: 232f.

²⁷ Vgl. Posner/Ware 1998: 139

Beginn der Strafverfolgung in Deutschland

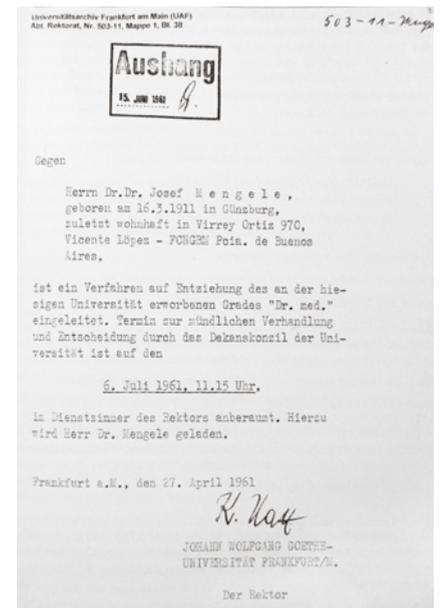
- ▶ Im Jahr 1958 stellte der Auschwitz-Überlebende Hermann Langbein Strafanzeige. Sie wurde zuerst vom Bonner Justizministerium verweigert, weil Langbein nicht nachweisen konnte, in welcher Stadt Mengele zuletzt gemeldet war. 1959 wurde schließlich in Freiburg ein erster Haftbefehl ausgestellt.³¹
- ▶ Wegen des ausgestellten Haftbefehls beschaffte sich Mengele 1959 die Staatsbürgerschaft von Paraguay, wo unter Diktator Stroessner keine Nazis ausgeliefert wurden.³²
- ▶ Mit diesen Papieren tauchte er in Brasilien unter, wo er 1971 den Namen Wolfgang Gerhard annahm.³³
- ▶ 1979 starb Mengele und im Juni 1985 wurde seine Leiche exhumiert und mehrere internationale Experten kamen zu dem Schluss, dass es sich tatsächlich um Mengele handelt.³⁴



Heiratsanzeige aus einer uruguayischen Zeitung 1958/ Standbild aus der TV-Dokumentation zu Mengele von Carlos de Napoli

Entziehung der Doktorwürde

Auf die Initiative Langbeins und des „Comité international de Camps“ hin mit Verweis auf den Haftbefehl wurden 1960 und 1961 Verfahren an der Münchner und Frankfurter Universität eingeleitet, um Mengele den Dokortitel zu entziehen. In Frankfurt wurde hierzu ein Ausschuss eingesetzt der Mengele per Aushang aufforderte „im Dienstzimmer des Rektors“ zu erscheinen. Mengele wehrte sich gegen die Aberkennung seines Titels, indem er über seine damalige Frau den Frankfurter Anwalt Fritz Steinacker einschaltete. Dieser klagte in drei Instanzen, bis zum Bundesverwaltungsgericht. Schließlich jedoch erklärte die Münchner und Frankfurter Universität am 23.9.1964, „...dass der ehemalige Arzt Josef Mengele nicht mehr berechtigt ist, einen Doktorgrad zu führen ... wegen der Verbrechen, die er als Arzt im KZ Auschwitz begangen hat.“³⁵



Aushang der Goethe-Universität vom 27. April 1961, UAF Abt. Rektorat, Nr.503-11, Mappe 1, Bl. 38.

²⁸ Vgl. Völklein 2000: 244

²⁹ Vgl. Posner/Ware 1998: 146

³⁰ Vgl. Posner/Ware 1998: 146

³¹ Vgl. Posner/Ware 1998: 151f. und 159

³² Vgl. Völklein 2000: 288

³³ Vgl. Völklein 2000: 288

³⁴ Vgl. Völklein 200: 310

³⁵ UAM, Sen.-II-201

Die Geschichte ist nicht zu Ende –

Auschwitzleugner Rainer Ballreich an der Goethe-Universität

1993: Die „Frankfurter Rundschau“ berichtet über einen Professor der Goethe-Universität, der sich im Rahmen einer Sitzung des Deutschen Sportbundes als Auschwitz-Leugner entpuppte. Ballreich hatte behauptet, die Berichte über Auschwitz könnten nicht stimmen, da es laut Aussagen von Klimatechnikern gar nicht möglich sei, dass aus den Schornsteinen der Krematorien in Auschwitz Flammen herausgestoßen seien. Seine Veranstaltungen wurden von Studierenden boykottiert, die forderten seine Lehrbefugnis zu entziehen. Es kam schließlich zum Disziplinarverfahren gegen Ballreich.

Trotz dessen blieb Ballreich weitere vier Jahre als Professor an der Universität Frankfurt bis er 1997 mit 67 Jahren emeritierte. Jedoch kam es im Zuge des Disziplinarverfahrens zu einem Prozess und der Kürzung seiner Pension. Obwohl Ballreich als Auschwitz-Leugner öffentlich bekannt war, veröffentlichte die Goethe Universität, nachdem Ballreich im Oktober 2010 verstorben war, einen Nachruf, indem festgehalten wurde, dass dieser sich um die Wissenschaft „außerordentlich verdient gemacht“ habe.³⁶

Mengeles Rechtsanwalt Fritz Steinacker vertritt Ballreich

1997, als Ballreich endgültig emeritiert war, kam es zu einem Verwaltungsgerichtsprozess, um die Pensionskürzungen, die aufgrund des Disziplinarverfahrens gegen Ballreich erfolgt waren. Vertreten wurde er dabei von Mengels Anwalt Fritz Steinacker, der auch schon NS-Verbrecher im Auschwitz-Prozess in Frankfurt und im Majdanek-Prozess in Düsseldorf vertreten hatte.

Dieser verkündete während des Prozesses gegen Ballreich, dass die Amerikaner die Gaskammer im KZ Dachau angeblich selbst gebaut hätten. Daraufhin wurde Steinacker vom Zentralrat der Juden in Deutschland angeklagt. Dies blieb allerdings erfolglos, da das Verwaltungsgericht nicht öffentlich tagte und der Tatbestand der Volksverhetzung nur in der Öffentlichkeit erfüllt sei. Ein weiteres Verfahren innerhalb der Anwaltskammer blieb ebenfalls erfolglos.

Gleichzeitig wurde bekannt, dass Steinacker als Vorsitzender eines Frankfurter Sportvereins die Bundesverdienstmedaille bekommen sollte. Angesichts der Anzeige gegen ihn wurde dieses Verfahren zunächst ausgesetzt, später wurde ihm dennoch diese Auszeichnung verliehen.

³⁶ Haase, Henning: Nachruf auf Ballreich in UniReport, Heft 2, April 2011: 33.

Gegen Verdrängen und Vergessen!

Das deutsche Nazi-Regime hat zwischen 1940 und 1945 Millionen Juden und Hunderttausende von Sinti und Roma aus ganz Europa deportiert und ermordet. Sie wurden vom deutschen NS-Staat systematisch vom Kleinkind bis zum Greis erfasst und durch Hunger, mörderische Arbeit, Erschießungskommandos und in eigens errichteten Vernichtungslagern, industriellen Mordfabriken mit Gaskammern und Krematorien (Treblinka, Sobibor, Chelмно, Belzec, aber auch Majdanek und vor allem in Auschwitz-Birkenau) ermordet.

Über 1,5 Millionen Kinder wurden von den Nazis ermordet. Der offizielle Gedenktag – der 27. Januar – kann und sollte allen Menschen in Hessen Anlass sein, der Ermordeten zu gedenken, aber auch die Täter nicht zu vergessen und nach Vorgeschichte, Ursachen, Umständen und Folgen dieses welthistorisch einmaligen Verbrechens zu fragen.



Eine kleine Gruppe von Zwillingen, die von SS-Ärzten für pseudomedizinische Versuche ausgewählt wurden, erlebte die Befreiung in Auschwitz am 27. Januar 1945 durch die Soldaten der Sowjetarmee. Bereitwillig zeigen die Kinder den Befreiern ihre eintätowierten Nummern auf ihren Armen.

Eine gemeinsame Plakataktion zum Gedenktag an die Befreiung von Auschwitz am 27. Januar: Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen, Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Hessen, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hessen. Mit Unterstützung der Landes-Schüler-Vertretung Hessen und der Landes-Asten-Konferenz Hessen. Kontakt: info@gew-hessen.de

Sexismus auf dem Campus & Kundgebung

Resolution des Studierendenparlaments an der Goethe Universität gegen Sexismus

Das Studierendenparlament solidarisiert sich mit allen Betroffenen von sexuellen Übergriffen und sexualisierter Gewalt an der Goethe-Universität. Im Rahmen der aktuellen Vorfälle stellt sich das Studierendenparlament hinter die beiden Studentinnen.

Sexuelle Belästigung, sexuelle Übergriffe und das Ausnutzen von Machtgefällen sind gerade im universitären Umfeld keine Einzelfälle, sondern Alltag. Die patriarchalen Gesellschaftsverhältnisse existieren und reproduzieren sich auch in den Universitäten. Es ist daher umso wichtiger, die bestehenden Verhältnisse zu reflektieren und sich statusgruppenübergreifend für Veränderungen und eine öffentliche Debatte einzusetzen. Weiterhin müssen der Schutz und die Unterstützung von Betroffenen oberste Priorität haben und darf nicht zur Debatte gestellt werden.

Das Studierendenparlament unterstützt die vom AStA auf der Kundgebung am 17. Januar an die Universitätsleitung gestellten Forderungen ausdrücklich und fordert die Universität auf, schnellstmöglich mit der Umsetzung der Forderungen zu beginnen.

1. Professionalisierung der Beratung:

- ▶ Es soll eine unabhängige Erst- und Verweisberatungsstelle geben, die nicht identisch mit der Instanz ist, welche die universitätsinternen Maßnahmen einleitet.
- ▶ Weiterbildungsmaßnahmen für Beratende sollen ausgebaut werden.

2. Mehr Ressourcen für Beratung und Gleichstellung:

- ▶ Es sollen weitere Beratungsstellen geschaffen werden.
- ▶ Die Antidiskriminierungsstelle soll schnell nachbesetzt werden.
- ▶ Frauenrät*innen sollen für ihre Arbeit finanziell entschädigt werden.

- ▶ Unabhängige und Selbstorganisierte Beratungsstellen sollen von der Universitätsleitung unterstützt werden.

- ▶ Die Mittel für Weiterbildungen und Schulungen sollen erhöht werden.

3. Feedback-Strukturen müssen eingerichtet werden:

- ▶ Beratungen sollen intern dokumentiert werden.
- ▶ Für Personen, die eine Beratung wahrnehmen, soll es eine Möglichkeit zum Feedback geben.

4. Mehr Transparenz und Zugänglichkeit für Beratungen

- ▶ Der Beratungswegweiser der Goethe-Uni soll über die Erstsemestertaschen, in den öffentlichen Zeitschriftenständen sowie über die Frauenrät*innen verbreitet werden.
- ▶ Im Gleichstellungsmonitor soll die Anzahl von bei Beratungen dokumentierten Diskriminierungen, sowie die Anzahl organisatorischer oder arbeitsrechtlicher Konsequenzen aufgeführt werden.

5. Die Antidiskriminierungsrichtlinie soll umgesetzt werden.

Das Studierendenparlament wird sich selbst in seinen Sitzungen, Beschlüssen und in der Rolle als oberstes Beschlussgremium der Studierendenschaft weiterhin gegen sexistisches Verhalten und patriarchale Machtstrukturen einsetzen.

Sexismus an der Uni: Studierende fordern Konsequenzen nach Belästigung

Datum der Veröffentlichung:

Mittwoch 3.1.2018

Für den 17.01. rufen Studierende zu einer Kundgebung gegen sexuelle Belästigung, Sexismus und Ausnutzung von Machtgefällen an der Goethe-Universität in Frankfurt auf. Anlass ist eine Berichterstattung der FAZ über sexualisierte Übergriffe durch einen Dozierenden. Kritisiert wird auch der Umgang des Gleichstellungsbüros der Universität mit dem Fall, sowie eine unzureichende Unterstützung der Betroffenen.

„Auch wenn es viele nicht sehen wollen gehört Sexismus und Übergriffigkeit leider zum Alltag an der Goethe-Uni. Gerade deshalb ist eine funktionierende Struktur wichtig, die beratend tätig ist und Sexismus auch entschlossen entgegnet“, sagt Clara Mißbach (AStA Uni Frankfurt) Josefine Hertle (Autonomes Frauen*Lesben-Referat): „Es kann nicht sein, dass die Universität so sehr um ihr Image besorgt ist, dass sie Betroffenen von sexualisierten Übergriffen droht. Aufgabe eines Gleichstellungsbüros ist die Unterstützung von Betroffenen, und nicht das Schützen von Tätern. Dass sich Opfer von sexualisierten Übergriffen an die Öffentlichkeit wenden, zeigt dass in diesem Fall offensichtlich keine ausreichenden Maßnahmen von Seiten der Universität ergriffen wurden. Gerade in einer Beratungsstelle, darf sexualisierte Gewalt nicht relativiert werden.“

Anna Yeliz Schentke (AStA-Vorsitzende) fordert, dass die Universitätsleitung Stellung zu den Vorwürfen bezieht: „Es muss aufgeklärt werden, ob der Dozent noch an der Uni tätig ist, welche Maßnahmen gegen die Übergriffe eingeleitet wurden und warum diese nicht erfolgreich waren. Außerdem wollen wir wissen, welche Konsequenzen für die internen Abläufe die Universität und das Gleichstellungsbüro aus diesem Vorfall ziehen.“

Die Kundgebung soll am Mittwoch den 17.01.2018 um 12:00 Uhr auf dem IG-Farben Campus stattfinden

Meinungsfreiheit

Beitrag des AStA bei der Podiumsdiskussion

»Diskurskultur im Zwielficht

– Wie viel Meinungsfreiheit verträgt die Uni?«

Geehrtes Publikum,

wir als Studierende erfahren die Universität dem Anspruch nach, als einen Ort der Wissensproduktion und Bildung. - Lernend setzen wir uns kritisch mit dem Wissen der Wissenschaften auseinander und eignen es uns damit an. Aber Bildung hat hier auch einen bildungspolitischen Aspekt, der auf die demokratisch-kapitalistische Gesellschaft abzielt. Diese bildungspolitische Seite müssen wir durch aktive Einübung hervorbringen. Nur so, kann eine Erziehung zur Mündigkeit gelingen.

Für das heutige Thema der zwielfichtigen Diskurskultur an der Uni folgt für uns daraus, dass wir nicht nur kritisch nachfragen, sondern notfalls auch intervenieren. Dies ist gerade einen Grundaspekt bei der Einübung demokratischer Aushandlungsprozesse. Deshalb haben wir als AStA auch gegen Rainer Wendt interveniert; mit dem Ziel, seinen öffentlichen Vortrag in der Universität - und damit nicht seine Ausübung sogenannter Meinungsfreiheit - zu verhindern. Wir wollten auch kein "Denkverbot" (FNP, 26.10.2018) erteilen. (Das dann der Vortrag vor Übersenden eines Protestbriefes und in Widersprüchen zwischen nicht belegter Gewaltandrohungen oder auch nur einer inhaltlichen Neuausrichtung abgesagt wurde, kam unerwartet wie auch unverhofft.)

Was bleibt, scheint vielmehr eine heillose Konfusion über Meinungsfreiheit zu sein, die im Raum steht. Aber hierzu müssen wir

auch sagen: Wir sind weder despotische Monarchen, noch diktatorische Regime. Auch nicht einmal der Rechtsstaat sind wir, dass wir durch Zensur und Gesetze Meinungsfreiheit einschränken könnten. Wir wollen Rainer Wendt nur die *Reichweite* und *Ressourcen* einer halbprivaten Uni und am wichtigsten, die Legitimierung durch einen Vortrag *an der Universität* nehmen. Davon wird seine Meinungsfreiheit nicht tangiert, wie er zuletzt behauptete. Wir sehen uns auch darin bestätigt, hat er uns noch zuletzt "rotlackierte Nazis" geheißt.

Aber wie sollen wir dann mit Populisten und Rechten im Besonderen streiten? Der rationale oder wissenschaftliche Streit ist scheinbar die richtige Strategie, um gegen wahnhaftige Meinung vorzugehen: der zwanglose Zwang des besseren Arguments.

Dies ist leider wahr und falsch.

Wahr ist es, Vorurteile und diskriminierende oder wahnhaftige Meinungen rational-kritisch anzugreifen und an der Realität zu widerlegen. Das geschieht auch die ganze Zeit in unterschiedlichsten öffentlichen Medien. Aber hier gibt es auch Probleme und Grenzen.

Denn der Populismus und der rechte im Besonderen, zwingt dem rationalen Diskurs sein Übel auf.

Falsch am rationalen Diskurs ist, dass er Populisten zur Rationalisierung von

nicht-rationalen Argumenten zwingt. Denn der Populist integriert das Unsagbare in das Reglement des Sagbaren. Er übersetzt rassistische und irrationale (Vor-)Urteile in eine scheinbar nicht-rassistische und damit eine rationale Form. Diese sind dann immer noch falsch, werden aber beständig öffentlich wiederholt. Dadurch werden sie aber auf die Ebene des scheinbar so rationalen Diskurses gehoben und anerkennend legitimiert. In Falle solcher Rationalisierung hilft auch praktische Kritik der Intervention. - Denn Wie Karl Kraus einmal sagte: „so liegt insofern ein bedauerliches Mißverständnis vor, als durch Politik höchstens die Freiheit vom Maulkorb erstrebt werden kann, nie aber das Recht, zu stinken.“ (Karl Kraus, Literatur und Lüge)

Inklusion

Inklusion bedeutet Elektrifizierung, vollständige Digitalisierung und Barrierefreiheit!

Es geht darum, allen Menschen von vornherein die Teilnahme an allen gesellschaftlichen Aktivitäten auf allen Ebenen und in vollem Umfang zu ermöglichen.

Was wir mit euch erreichen wollen:

- ▶ Eine gesundheitsfördernde Hochschule und ein gesundheitsförderndes Studium, sprich *mehr* UNIABILITY
- ▶ Sensibilisierung der Kommiliton*innen, aber auch der Lehrenden und Anerkennung für Studierende mit chronischen Erkrankungen, Behinderungen, besonderen psychischen Belastungen und Neurodiversities (stärkender Begriff aus der Bewegung der Menschen mit Asperger Autismus und AD(H)S.), durch spezielle Förderung und Unterstützung und Workshops
- ▶ Die Umsetzung der Forderungen der UN Kommission für Menschen mit Behinderungen an der Uni umzusetzen (<https://www.behindertenrechtskonvention.info>)
- ▶ Beratungsmöglichkeiten auch an der Uni über außeruniversitäre Fördermöglichkeiten wie Studienbegleitung nach dem SGB IX, Hilfen bei der Bewältigung des Studiums im Rahmen der beruflichen, also für uns hochschulischen „Rehabilitation“ (https://www.studentenwerke.de/sites/default/files/2017_roessler_studienfinanzierung_fuer_studierende_mit_behinderung.pdf)
- ▶ Ein barrierefreies Studium, d.h. nicht nur *mehr* Nachteilsausgleiche bei Prüfungen, sondern auch *mehr* digitalisiertes Material & Audiomaterial für von Seh- und Wahrnehmungsbehinderung Betroffene
- ▶ *Mehr* Ruhe und Rückzugsräume für Studierende mit Behinderung und chronischen Erkrankungen, sowie

Dyslexie bzw. Legasthenie und Neurodiversitäten (ADHS & Asperger/Autismus) bzw. für psychisch Beeinträchtigte und anders gesunde Studierende an allen Campi!

- ▶ *Bessere* Verbindungswege auf und zwischen den Campi für Rollifahrer*innen
- ▶ *Orte*, an denen Leute, die nicht in der Mensa essen können, Nahrungsmittelallergiker*innen und Hypersensible, ihre Mahlzeiten aufwärmen und zu sich nehmen können
- ▶ Die Wissenschaft & Forschung zu Konstruktion von Behinderung, zu Barrierefreiheiten & zu *Disability Studies* fördern
- ▶ *Stärkung* der Rechte & Wahrnehmung von anders gesunden, chronisch erkrankten und schwer behinderten Studierenden, Promovierenden & auch aktiven Alumni an der Uni

Wir sammeln barrierefreie Materialien aus allen wissenschaftlichen Fachgebieten und identifizieren, archivieren, aktualisieren Datenbanken zu Audio und Filmen. Apropos angewandte Disability Studies: Studierende, die Interesse haben, eine Lektüre oder Diskussionsgruppe oder auch eine Unterstützerguppe zu gründen, können sich gerne an uns wenden, wir verbreiten das und helfen bei der Suche nach

Räumen, Moderator*innen und Referent*innen etc.

Auch *Räume* für regelmäßige Gruppentreffen, die ihr im Bereich der Disabilities organisieren möchtet, können wir für euch bei der Hörsaalverwaltung buchen.

Wir freuen uns auf euch und beraten, informieren, unterstützen euch gerne.

Schaut öfters mal auf unsere Facebookseite (www.facebook.com/inclusion.ffm.)

Inklusion bedeutet:

Es geht darum, allen Menschen von vornherein die Teilnahme an allen gesellschaftlichen Aktivitäten auf allen Ebenen und in vollem Umfang zu ermöglichen.

Das neue Bundesteilhabengesetz von 2016 sollte den Weg dazu ebnen, wird aber von vielen Behindertenverbänden massiv kritisiert.

Es ist *nicht* Aufgabe des Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Neurodiversitäten und Behinderung*en, sich an die Mehrheitsgesellschaft gesundheitlich anzupassen, sondern es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Gesellschaft barrierefrei für alle zu gestalten.

Die Forderung nach Abschaffungen von Barrierefreiheiten soll Ansporn bedeuten, seine konstitutiv in der UN Charta verankerten Rechte adäquat wahrzunehmen, zu würdigen, das heißt auch, *praktisch* umzusetzen.

Unterstützungsangebote...

Eine Unterstützung dazu können die im Sozialrecht SGB IX festgelegten Möglichkeiten der (finanziellen) Eingliederungshilfen, mit der schwer behinderte Studierende z.B. Studienassistenten bezahlen können.

Der Weg dahin ist allerdings kompliziert und bedarf fundierter sozialrechtlicher Beratung und Unterstützung, wir

wünschen uns von daher verstärkt eine fachkompetente Beratung an der Uni selber, z.B. von Seiten der Studentenwerke. Den Ratgeber zu „Studieren mit Behinderung“ der Studentenwerke (s.o.) ist eine gute Unterstützung, bei der inklusiven Umsetzung sollte es juristische Beratung und Workshops geben.

Das Autonome Inklusionsreferat hat bei dem Inklusionsauftrags-Workshop am 18.2. den der neue Inklusionsbeauftragte der Goethe Uni, Christoph Trüper, mit seinen Kollegen vom Diversity Büro dankenswerterweise organisierte, vorgeschlagen, dass es an der Uni eine Beratungsstelle dazu geben sollte.

Bis dahin helfen das Inklusionsbüro und der Leitfaden des Studentenwerks für barrierefreies Studieren weiter: <https://www.studentenwerke.de/de/behinderung>

Auf dass sich das Leben möglichst barrierefrei gestalten! Gemeinsam rollen wir voran!

Schon gewusst?

Behinderung bezeichnet eine dauerhafte und gravierende Beeinträchtigung der Möglichkeit an gesellschaftlicher Teilhabe. Sowohl bekannte Handicaps wie Blindheit, Gehörlosigkeit, Wahrnehmungsbehinderungen und Querschnittslähmung zählen dazu, als auch chronische Erkrankungen wie beispielsweise Diabetes, Rheuma, Morbus Crohn oder Depression Lebensmittelunverträglichkeiten.

Auch Menschen mit nicht auf den ersten Blick sichtbaren Erkrankungen & Neurodiversitäten wie z.B. Autismus, Asperger & ADHS haben ein Recht auf Nachteilsausgleiche, wie eine längere Regelstudienzeit, angepasste Lern- und Prüfungsbedingungen, also Leistungen der Gleichstellung und Integration.

11% der Bevölkerung der EU, also 80 Millionen Menschen werden behindert, haben unter den Barrieren signifikant zu leiden; das sind 80 Millionen, also die größte sogenannte Minderheit überhaupt!

Autonomes Inklusionsreferat &
Autonomes Behinderten Referat der
verfassten Studierendenschaft

Berichte aus dem AStA & Studierendenparlament

Niederrad Referat

Dass es ein eigenes Referat für den Campus Niederrad im AStA überhaupt gibt, mag vielleicht den ein oder anderen Studierenden erst einmal verwundern. Wie wichtig und unerlässlich dieses Referat für den Medizincampus ist, haben wir in dem ersten Jahr nach unserer Gründung bestätigt bekommen. Daher hier ein kurzer Einblick was uns beschäftigt und was wir noch erreichen wollen:

Dass es keine Mensa mit Studenten[sic!]werk-Preisen, sondern nur eine Krankenhaus-Kantine mit aufgewärmter Tiefkühlkost zu teuren Mitarbeiter*innen-Preisen gibt - das ist die eine traurige Sache. Hier ist immer noch sehr viel schwierige Arbeit auf allen Ebenen nötig um die Interessen der rund 4000 Medizinstudierende zu artikulieren.

Die andere traurige Wahrheit in Niederrad ist die Bibliothek. Sie mag ja sehr hübsch aussehen mit ihren hohen Decken und alten Fenstern, aber sie ist zu klein und von den 170 Plätzen haben knapp die Hälfte weder funktionierenden Lampen noch Steckdosen.

Für diejenigen, die nicht in Niederrad lernen, mag es eher den Charakter einer unterhaltsamen Anekdote haben, denn:

Es werden dieses Jahr neue Arbeitslampen für die Schreibtische kommen, die Toiletten wurden gestrichen und es gibt endlich Pausenuhren. Auch konnten wir bereits ein paar neue zusätzliche Lernplätze schaffen. Und wir arbeiten an noch weiteren Projekten zur Lernverbesserung am Campus Niederrad.

Aktuelle ringen wir außerdem mit den Verantwortlichen hart um die Öffnungszeiten. Natürlich geht es hierbei wie immer auch um viel

Geld, weshalb von allen Beteiligten eine Portion Kreativität gefragt ist. Abschließend ein kleiner Grund zur Verwunderung von unserer Seite aus der täglichen Arbeit: Der einzige EC-Goethecard-Geldaufwerter am gesamten Campus wurde abgeschaltet. Wir hoffen, dass sich das bald klären lässt.

Ihr merkt also, warum ein Referat Niederrad bitter nötig ist und warum es eine oft schon eine Sisyphosarbeit ist, auch nur den Status Quo am Campus Niederrad zu halten.

Eine Bibliothek die auch nur dem Campus Westend ähnlich ist wird es wohl vorerst nur in unseren kühnen Träumen geben, aber Niederrad bleibt authentisch und stabil und wir sind motiviert und zuversichtlich auch weitere echte Verbesserungen an allen Ecken und Enden für die Mediziner*innen zu schaffen.

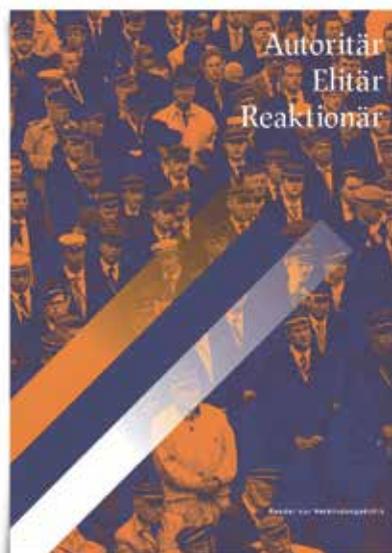
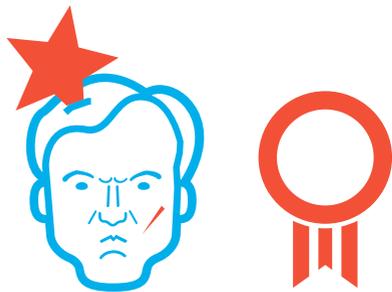
Bei Fragen, Anregungen oder Interesse schreibt uns gerne an: niederrad@asta-frankfurt.de



Verkehr- und Ökologie

- ▶ Der neue Vertrag mit Call a Bike ist unter Dach und Fach! Ab dem Sommersemester 2018 können wir uns ohne Zuschlag drei Bikes auf einmal ausleihen und damit jeweils bis zu 60 Minuten am Stück fahren.
- ▶ Wir fordern, dass die Preise für das Semesterticket günstiger werden und dass alle Studierenden sich auch das hessenweite Azubi*-Ticket kaufen können. Wir haben diesbezüglich schon den RMV kontaktiert und beraten uns mit anderen ASten in derselben Position.
- ▶ Die Einführung eines Pfandbechers wird weiterhin von uns anvisiert. Wir haben uns dabei mit anderen interessierten ASten in der Region zusammengeschlossen und planen nun die nächsten Schritte.
- ▶ Die Fahrradwerkstatt wird bald eröffnet! Wir suchen hierfür noch interessierte Schrauber*innen und mindestens eine Person für organisatorische Dinge. Gezahlt werden 9,50€ pro Stunde.

Bei Interesse meldet Euch bitte beim Verkehrsreferat (verkehr@asta-frankfurt.de)



Referat für politische Bildung

Neuer Reader zur Verbindungskritik "Autoritär, Elitär, Reaktionär"

Der Reader "Autoritär, Elitär, Reaktionär", der sich der Kritik studentischer Verbindungen widmet, ist kürzlich in einer neuen und erweiterten Auflage erschienen. Die erste Auflage des Readers hat der AstA Uni Frankfurt bereits vor 5 Jahren herausgegeben. Nicht nur war diese seit geraumer Zeit vergriffen, auch hat sich in den letzten Jahren im Verbindungswesen sowie gesamtgesellschaftlich einiges getan. Dem wird in dem neuen Reader durch zusätzliche Artikel Rechnung getragen, die sich insbesondere mit dem Zusammenhang von Studentenverbindungen und der sogenannten »neuen Rechten« befassen. Daneben findet ihr weiterhin grundständige Beiträge zu Struktur, Geschichte und Kernelementen des Verbindungswesens.

Den Reader "Autoritär, Elitär, Reaktionär" könnt ihr im AstA oder im Cafe KOZ erhalten, oder euch bei burschireader@asta-frankfurt.de melden.

Günstige Kleintransporter für Studierende an der Uni Frankfurt

Das KFZ-Referat („Kraftfahrzeug-Referat“) existiert seit 1960 an der Universität Frankfurt. Es wurde vom Allgemeinen Studentenausschuss (AstA) gegründet, um den Studierenden preiswerte Umzugstransporter zur Verfügung zu stellen.

Im Jahr 2003 wurde das KFZ-Referat privatisiert und vermietet seine Transporter heute auch an Nichtstudenten.

Mit dem AstA der Johann Wolfgang Goethe Universität besteht ein umfangreiches Kooperationsabkommen.

Die Fahrzeuge – Mercedes Sprinter und Ford Transit – sind Transporter für Umzüge, Kleintransporte und Einkaufsfahrten.

Besonders günstig sind Anmietungen im Vier-Stunden- oder Nachttarif an Werktagen. Bei Anmietungen am Wochenende empfehlen wir rechtzeitige Reservierung bzw. Buchung.

Studierende der Goethe-Uni erhalten gegen Vorlage des Studierendenausweises einen Studierendenrabatt von 20 % auf den Mietpreis.

Unsere Fahrzeuge und Tarife finden Sie auch im Netz unter: www.kfz-referat.de
Mo-Fr 8.30 bis 18.00 Uhr; Tel: 069/705469

kleine laster für studenten!

www.kfz-referat.de



Sozialzentrum der Universität
Bockenheimer Landstraße 133
Tel. : 069 / 798 230 48
transporter@kfz-referat.de

AStA**Allgemeiner Studierendenausschuss
der Universität Frankfurt am Main**

im Studierendenhaus,
Mertonstraße 26–28, 60325 Frankfurt
Tel 069 798-23181
Fax 069 7020-39
e-mail info@asta.uni-frankfurt.de
asta-frankfurt.de

Sekretariat Regine Nicoleit

im Studierendenhaus, Raum B2
Mo, Di, Do, Fr 9:30–12:30 Uhr
Mo, Di, Do 13:30–15 Uhr
Tel 069 798-23181
Fax 069 7020-39
e-mail info@asta.uni-frankfurt.de

Beratung & Hilfe**AStA-Sozialberatung**

Termine für das Sommersemester 2018:

IG Farben Campus, Westend;
AStA-Gebäude (Random White House):
Di 14:14–15:45 Uhr

Campus Bockenheim,
Studierendenhaus, Raum B7:
Do 16:15–17:45 Uhr
e-mail soziales@asta.uni-frankfurt.de

AStA-Mietrechtsberatung

Immer Donnerstags 16–18 Uhr
im AStA Haus (Random White House)
IG-Farben Campus; www.mhm-ffm.de

DGB Campus Office -**Arbeitsrechtliche Anfangsberatung**

Im Büro des AStA-Beratungszentrums
(Random White House); Sprechzeiten
gemeinsam mit der Sozialberatung (s.o.)
e-mail campusoffice@asta-frankfurt.de

Fördermöglichkeiten**für Studierende mit Behinderung**

www.barrierefrei-studieren.de

Studentischer Projektrat

projektratunifrankfurt.wordpress.com
e-mail Projektrat.unifrankfurt@gmx.de

Wohnraum gesucht!

www.wohnraum-gesucht.de

Nightline Frankfurt

Mo, Mi, Fr 20–0 Uhr
Tel 069 798-17 238
e-mail info@nightlineffm.com
nightlineffm.com

Goethe Law Clinic

Im Seminarraum 1 des ESG Gebäudes auf dem
IG Farben Campus; Offene Sprechstunde
Fr 10–12 Uhr

**Psychoziale Beratung des Studenten[sic]
werkes**

Im Beratungszentrum IG Farben Campus,
Hörsaalzentrum; Offene Sprechstunde
Di, Do 15–17 Uhr
Tel 069 798-34905
e-mail psychozialberatung@studentenwerkfrankfurt.de

AStA Awareness Struktur

e-mail awareness@asta-frankfurt.de
awareness.blogspot.eu





Autonome Referate

Autonomes AusländerInnenreferat

Tel 06979825236

e-mail alrf@stud.uni-frankfurt.de

Autonomes FrauenLesben-Referat

<http://aflr.blogspot.de>

Tel 069-798 23095

Autonomes Schwulenreferat

www.frankfurter-schwule.de

Tel 06979823052

Autonomes Inklusionsreferat

e-mail inklusionunifrankfurt@gmail.com

Autonomes Elternreferat

Tel 015223535351

e-mail eltern@asta-frankfurt.de

Sonstige

Academic Experience Worldwide

www.aeworldwide.de

Hilfskraftinitiative Frankfurt

E-mail hilfskraftini-ffm@lists.riseup.net

AK Recht (Ermittlungsausschuss)

www.akrechtunifrankfurt.wordpress.com

AK Kritische Jurist_innen der Uni Frankfurt

www.facebook.com/akjffm

e-mail akj-frankfurt@gmx.de

Halkyonische Assoziation

für radikale Philosophie, www.harp.tf

Initiative Kritische Ökonomik

kritische-oekonomik.de

Initiative Studierender am IG-Farben Campus

initiativestudierenderamigfarbencampus.wordpress.de

UTV, facebook.com/utvfrankfurt

youtube.com/utvfrankfurt

Project Shelter, www.projectshelter.net

Pupille e.V. – Kino in der Uni

jeweils um 20:15 Uhr, Eintritt 3€,

Campus Bockenheim, www.pupille.org

Campus Trinkhalle

am IG Farben Campus (AStA-Kiosk)

Café Anna Blume, IG 0.155

Philo-Café, IG 2.451

Fachschaftscafé Jura & WiWi

RuW 1.127, IG Farben Campus

TuCa, PEG 1.G 208, IG Farben Campus

Café KOZ Mertonstr. 26, im Studierendenhaus

Café Profitratte Gleimstraße 2, FH Frankfurt

Café Kurzschluss, Kleiststr. 5, Rotes Haus, FH Fr.

Unter_bau, unterbau.org

Autonome Zentren

IVI – Institut für vergleichende Irrelevanz

zur Zeit ohne Wohnsitz

www.ivi.copyriot.com

«Faites votre jeu!»

im ehemaligen Polizeigefängnis »Klapperfeld«

Klapperfeldstraße 5, 60313 Frankfurt,

www.klapperfeld.de

Café ExZess

Leipziger Straße 91, 60487 Frankfurt

www.cafe-exzess.tk

AU in der Au 14–16, 60489 Frankfurt

www.au-frankfurt.org

Call for Papers

Depression, Alltag und Gesellschaft

– I can't swim,
so I dog paddle



Das Regionalbüro für Europa der WHO hält Depressionen für den „wichtigste[n] Einzelfaktor für psychische Gesundheitsprobleme in Europa“ und schätzt die Anzahl der weltweit Erkrankten auf circa 350 Millionen Menschen. Unter anderem aufgrund von Scham- und Schuldgefühlen der Betroffenen werden viele Fälle jedoch gar nicht erst diagnostiziert, weshalb die Dunkelziffer weit höher einzuschätzen ist. Innerhalb der am stärksten betroffenen Gruppe, junge Menschen im Alter von 18-29 Jahren, leiden Studierende öfters an Depressionen als Erwerbstätige gleichen Alters.[1] Viele Soziolog*innen, beispielsweise Alain Ehrenberg, vertreten die These, Depression sei ein spezifisch zeitgenössisches Krankheitsbild, das durch die stark gestiegenen Anforderungen an den Einzelnen innerhalb neoliberaler Gesellschaften bedingt sei. War die Neurose die pathologische Signatur eines repressiven Kapitalismus, so sei die Depression die Kehrseite einer kapitalistischen Gesellschaft, die das authentische Selbst zur Produktivkraft macht und es bis zur Erschöpfung fordert.

In der kommenden Ausgabe widmen wir uns den vielseitigen Wechselbestimmungen von Depression. Hierzu scheint eine kritische Betrachtung derjenigen gesellschaftlichen Verhältnisse und Institutionen als unabdingbar, welche Depression als ein Alltagsphänomen hervorbringen. Mögliche Fragestellungen könnten sein:

Welche Wechselwirkung besteht zwischen Depression, (universitären) Alltag und Gesellschaft? Warum ist Depression gerade in der heutigen Zeit so omnipräsent? Wie ist das Verhältnis einer kapitalistischen Gesellschaft zur psychischen Erkrankungen des Einzelnen zu bestimmen? Kann in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen diese Form der „Krankheit“ geheilt werden, oder lediglich nur ein Umgang damit gefunden werden? Warum beschreiben vor allem junge Menschen (Aus)Weglosigkeit als das, woran sie am meisten leiden? Woran krankt der Versuch der Selbstbestimmung innerhalb verschiedenster Institutionen? Welche Geschichte hat die Krankheit Depression? Und wird sich dieses Phänomen im Zuge ändernder Arbeits- und dementsprechend Lebensverhältnisse sogar noch weiter zuspitzen?

Oder anders gefragt: Kann man sich Sisyphos als glücklichen Menschen vorstellen?

Wir freuen uns sehr auf eure Texte, Gedichte oder Comics zu diesem Thema, das gewissermaßen jede und jeden mittel- oder unmittelbar (be)trifft oder (be)treffen kann.

Bitte versucht die formale Vorgabe von maximal 8000 Zeichen einzuhalten und reicht eure Beiträge bis spätestens Montag, den 02 Juli, ein.

Fragen und Entwürfe könnt ihr jederzeit an zeitung@asta-frankfurt.de schicken.



Oder anders gefragt: Kann man sich Sisyphos als glücklichen Menschen vorstellen?



**Gender Trouble? - Veranstaltungsreihe zu
feministischer Theorie und Kritik**

23. Mai, 18.30 Uhr, KOZ

**Buchvorstellung: Feministisch Streiten.
Texte zu Vernunft und Leidenschaft unter Frauen**

Koschka Linkerhand, Randi Becker, Teresa Streiß

30. Mai, 18.30 Uhr, KOZ

Vortrag: Konzepte neomaterialistischer Feminismen

Anastassija Kostan

07. Juni, 18.30 Uhr, KOZ

**Vortrag: Of Frogs and Men.
Zum Männlichkeitsbild der Neuen Rechten**

Veronika Kracher

14. Juni, 18.30 Uhr, KOZ

**Vortrag: Von der friedfertigen Antisemitin
zur queer-theoretischen Post-Zionistin**

Ljiljana Radonić

21. Juni, 18.30 Uhr, KOZ

Vortrag: Postödipale Subjekte und ihr Geschlecht

Tove Soiland

28. Juni, 18.30 Uhr, KOZ

**Vortrag: Antisemitismus - ein Nebenwiderspruch
in (queer)feministischen Diskursen?**

Franziska Haug

Thema der nächsten Ausgabe:

Depression, Alltag und Gesellschaft